

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

139 · Mai 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	387
Essay	
PIERRE BOURDIEU Für eine neue europäische Aufklärung	389
NIKOLAI RÖSCHERT Trauer um Pierre Bourdieu	398
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ERHARD CROME Sozialismus als Politik	402
VOLKMAR SCHÖNEBURG Volkssouveränität und Bundesverfassungsgericht	418
Das Interview	
JENS-F. DWARS »... in der elitären Ebene.« Ein Gespräch mit Karl Schirdewan	428
Wiedergelesen	
ROLF HECKER Auf der Suche nach dem authentischen Marx	439
LOTHAR FRITZE Ein Gott, der keiner war	447
Standorte	
KATJA OSKAMP Du hast ja ein Ziel vor den Augen	456
Konferenzen & Veranstaltungen	
MARIO CANDEIAS Links ist nicht genug	462

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	466
---	-----

Bücher & Zeitschriften

Fritz Fiehler: Die Gesellschaft der Vermögensbesitzer. Über Geld, Chicago und Milton Friedman (ULRICH BUSCH)	468
---	-----

Peter Döge, Michael Meuser (Hrsg.): Männlichkeit und soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung (STEPHAN MOEBIUS)	469
--	-----

Thomas Meyer: Die humane Revolution. Plädoyer für eine zivile Lebenskultur (JÜRGEN MEIER)	471
--	-----

Georg Seeßlen, Markus Metz: Krieg der Bilder – Bilder des Krieges. Abhandlung über die Katastrophe und die mediale Wirklichkeit (PAUL C. MARTIN)	472
--	-----

Alexandra Michailowna Kollontai: Diplomatische Tagebücher 1922-1940 in 2 Bänden (HELLA HERTZFELDT)	475
--	-----

Summaries	478
-----------	-----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	480
---	-----

VorSatz

Der Sieg über die DDR hat die politischen Eliten der alten Bundesrepublik noch behäbiger gemacht, als man bisher schon wußte. Nur ein paar Unbelehrbare hatten seinerzeit schon erstaunt angemerkt, daß die Herstellung der deutschen Einheit in all ihrer immer wieder beschworenen historischen Einmaligkeit und Größe nicht nur nicht einmalig und groß genug war, um etwa eine neue Verfassung zu erarbeiten, sondern auch, um zum Beispiel in der Zählung der Legislaturperioden des Deutschen Bundestages – oder auch des Berliner Abgeordnetenhauses – einen Neuanfang zu wagen. Größe hin und Bedeutung her: Auf die 11. folgte 1990 nicht etwa eine neue 1., sondern die 12. Wahlperiode – und es war ja auch etwas dran: Sie machten alle weiter wie bisher.

Und so sind sie eben auch bis heute noch nicht auf die Idee gekommen, ihre zweifellos vielbewährte Demokratie mal irgendwo kritischer Selbstprüfung zu unterziehen. »Mehr Demokratie wagen« – das war einmal. Sie hat gesiegt, diese Demokratie – also bleibt sie, wie sie ist, lautet das selbstgerechte Motto auch noch 12 Jahre danach. Daß die Welt sich derweil beachtlich dreht, gerät bei solcher Sichtweise zwangsläufig aus dem Blickfeld.

Beispiel Bundesrat. Er steht im Grundgesetz, also ist er. Einst geschaffen zur ausgewogenen Geltendmachung von Länderinteressen in einem föderalen System, in das die beteiligten Bundesländer unter weitgehend ähnlichen Bedingungen und mit ziemlicher Chancengleichheit starteten, hat er schon gründlich versagt, als er nicht begriff, daß aus dieser ursprünglichen Chancengleichheit mit dem Beitritt der neuen Bundesländer eine fundamentale Chancenungleichheit geworden war. Was seither unter den Nägeln brennt, sind Ost-West-, Hauptstadt- und Europa-Probleme – aber der Bundesrat verhandelt wie eh und je auf eingefahren trockene, bürokratische und für die Öffentlichkeit weitgehend unerhebliche Weise die ohnehin durch Kompromiß und wieder Kompromiß längst allen Charakters entkernten zustimmungspflichtigen Gesetzentwürfe.

Und dann kommt plötzlich dieser Freitag, dieser 22. März, dieser Rosenmontag der bundesdeutschen Demokratie, an dem der Bundesrat mit einer Mehrfach-Nachfrage seines Präsidenten in der knappsten aller denkbaren Abstimmungen und anschließendem Tumult der unterlegenen Seite vor aller Augen ganz unverblümt zum peinlichen Schmiesrentheater wird.

Plötzlich? Nein, plötzlich kam das nicht. Damit es so geschehen konnte, mußten viele Voraussetzungen erfüllt sein.

Zunächst in der Sache selbst. Um ein Einwanderungsgesetz ging und geht es – und allein die Tatsache, daß es ein solches Gesetz bisher nicht gegeben hat, wo doch Globalisierung längst jeder zweite Herzschlag unseres Lebens geworden ist, zeigt, welche enge Beziehung Behändigkeit, Krähwinkelei und Zuspätkommen auch in Demokratien eingehen können.

Und nun paart sich dieses Zuspätkommen auch noch mit einer schmerzhaften Wankelmütigkeit im Umgang mit der Demokratie überhaupt. Bevor es das Schmierentheater gab, hieß es oft, man wolle ein so gewichtiges Thema wie die Einwanderung aus Parteienstreit und Wahlkampf heraushalten. Das klingt gut, ist es aber nicht wirklich, denn es impliziert, daß der Parteienstreit nur um Nebensächliche gehen möge – für das wirklich Wichtige indes gäbe es dann das »Überparteiliche«. Ja, wozu dann aber Parteien überhaupt? Und wer, bitte, schiebe das Wichtige vom Unwichtigen? Freilich: In der Krieg-Frieden-Frage, an deren Wichtigkeit kaum irgendwo Zweifel bestehen dürften, hat die Regierung dem Parlament – mit dessen mehrheitlicher Billigung! – ja auch schon eine Statistenrolle zugewiesen. Was wunder, daß sich das naßforsche »Ich kenne keine Parteien mehr« des Kaisers 1914 nicht aus dem Gedächtnis stehlen will!

Aber verlangt das Grundgesetz nicht genau etwas anderes? Nämlich, daß die Parteien mitwirken an der Willensbildung des Volkes? Und also einen aufklärerischen Auftrag haben? Den sie eben nicht monolithisch in Nationaler Front erfüllen, sondern im transparenten, erlebbaren Meinungsstreit? Weil man aber diesen aufklärerischen Meinungsstreit nicht mehr führt, wurde das, was sich zunächst so stolz als »Überparteilichkeit« gerierte, zunächst zum Schutzvorhang für vielgesichtig fortgelebte nationale Engstirnigkeit – um nur das Mindeste zu sagen – und schlug dann um in wildeste Parteihuberei.

Auf der Strecke bleiben: das Gesetz selbst, das zwar ohnehin den Anforderungen an eine moderne, von allem Rassismus wirklich freie Einwanderungspolitik vorn und hinten nicht genügt, aber doch wenigstens Baustein hätte sein können für Künftiges, wenn CDU und CSU sich nicht schon längst seine Abschaffung auf ihre Wahlkampffahnen geschrieben hätten; weiter die Würde und Rolle des Bundesrates, denn die Opferung des Verfassungsauftrages »Wahrnahme von Länderinteressen« zugunsten der Parteihuberei ist ohne gründliche Neubesinnung und Reform nicht vergessen zu machen; und schließlich ein weiteres Stück Lust und Freude an demokratischer Teilhabe. Man wird sich nun wieder endlos in Klagen über Politikverdrossenheit ergehen können.

Grund zum Frohlocken hat niemand – auch nicht die sozialistische Opposition. In Brandenburg, das im Bundesrat zum Zünglein an der Waage geworden war, hat sich die nur scheinbar zum Zerreißen gespannte Koalition aus SPD und CDU schnell wieder auf gemeinsames Weitermachen geeinigt. Von der Landesspitze der PDS war ein paar Tage lang zu hören, die Koalition sei tot. Sie war es aber nicht, und was noch schwerer wiegt: Es gab auch keinen öffentlichen Ruf nach einer Alternative. Das Signal ist deutlich: Abwarten ist bei der notwendigen Stärkung der Demokratie kein guter Ratgeber.

WOLFRAM ADOLPHI

PIERRE BOURDIEU

Für eine neue europäische Aufklärung

Ich bin heute bei Ihnen, um von der europäischen sozialen Bewegung zu sprechen und Sie einzuladen, gemeinsam daran mitzuwirken. Seit langem schon habe ich, angesichts der Schaffung des neuen Europas, eine soziale Bewegung vermißt, in der sich kritische Wissenschaftler mit Gewerkschaften und Verbänden zusammenfinden.

Wir haben ein Europa der Banken und Bankiers, ein Europa der Unternehmen und der Unternehmer, ein Europa der Polizeibehörden und Polizisten, und demnächst werden wir ein Europa der Armeen und Soldaten haben. Aber, selbst wenn von einem europäischen Gewerkschaftsbund die Rede ist, kann man nicht ernsthaft behaupten, daß es tatsächlich ein Europa der Gewerkschaften und Verbände gebe. Und trotz der unzähligen Kolloquien zum Thema Europa und der akademischen Institutionen, die europäische Probleme auf akademischer Ebene diskutieren, gibt es kein Europa der Künstler, Schriftsteller und Gelehrten.

Die Schaffung Europas ist eine Sache der Machthaber und Mächtigen, und die aktuelle Kritik daran ist in der Tat so wenig europäisch, daß sie, wirkungslos und unnützlich, letztlich noch zur Stärkung der neuen europäischen Ordnung beiträgt, weil sie letztere, im Gegensatz zu den archaischen Widerständen eines reaktionären Nationalismus (der, leider, unbestritten vorhanden ist), als modern oder gar fortschrittlich erscheinen läßt.

Im Zentrum des Unternehmens der Gestaltung Europas muß etwas geschaffen werden, was die europäischste aller europäischen Traditionen aufnimmt, nämlich eine kritische soziale Bewegung, eine Bewegung der Sozialkritik, die in der Lage ist, die Gestaltung Europas zum Gegenstand einer effizienten Auseinandersetzung zu machen, und die über gleichermaßen intellektuelles wie politisches Gewicht verfügt, um sich Gehör zu verschaffen und reale Effekte zu erzeugen. Ziel dieser kritischen Auseinandersetzung ist nicht etwa ein Abbruch oder eine Neutralisierung des europäischen Projektes, sondern, im Gegenteil, seine Radikalisierung, die dazu dienen soll, dieses Europa den Bürgern *näher* zu bringen, vor allem den Jüngeren, denen oft eine unpolitische Haltung nachgesagt wird, die sich aber in Wahrheit angewidert von einer Politik abwenden, die ihnen von den Politikern geboten wird, das heißt von einer von Politikern gemachten Politik.

Der Politik muß wieder ein Sinn gegeben werden, und dazu müssen Zukunftsprojekte entwickelt werden, die in der Lage sind, den Sinn der wirtschaftlichen und sozialen Welt erkennen zu lassen, die in den letzten Jahren immense Veränderungen erfahren hat. In die-

Pierre Bourdieu –
1. August 1930 bis
23. Januar 2002;
Professor für Soziologie
am Collège de France und
Studiendirektor an der
l'École des Hautes Études
en Sciences Sociales
(Paris); der nebenstehende
Beitrag wurde von Pierre
Bourdieu für die Konferenz
»Bankwatch – Gegenmacht
des Großen Geldes« ver-
faßt, die am 17. Juni 2000
in Frankfurt/Main unter
anderen von der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
ausgerichtet wurde.
(www.bankwatch.de).

sem Zusammenhang werde ich zunächst versuchen, ein vereinfachtes Modell der erfolgten wirtschaftlichen Veränderungen vorzulegen, die zumeist mit dem Einverständnis der Politiker stattgefunden haben, und zwar auch solcher Politiker, die dem Sozialismus nahestehen. In einem weiteren Schritt werde ich dann versuchen, die Kräfteverhältnisse aufzuzeigen, die sich heute zwischen den Herrschenden herausbilden, um daraus dann einige Aktionsrichtlinien für eine europäische soziale Bewegung abzuleiten.

Eine Höllenmaschine

In den 1930er Jahren haben Bearle und Means die Aktionäre und Eigner (owners) den Managern und höheren Angestellten (cadres) gegenübergestellt und den Triumph der letzteren vorausgesagt. Heute erleben wir die erneute Machtergreifung der Aktionäre. Aber dieser Triumph ist nur *scheinbar*, sie haben nicht mehr Einfluß als zu Zeiten von Galbraiths »Technostructure«. Die Herren der Ökonomie sind weder *owners* noch *managers*. Es sind weder die Kleinaktionäre, wie es der Mythos von der »Demokratie der Aktionäre« glauben machen will, noch die *manager*, die sich der Tyrannei der Profitraten unterordnen müssen, also die Vorstände der Unternehmen, deren Weiterwirken oder Ablösung (meist mit beträchtlichen Abfindungen verbunden) von der vierteljährlichen Prüfung des erwirtschafteten Aktiengewinns abhängt, oder die Manager, deren Einkommen sich nach den von ihnen erwirtschafteten Geschäftszahlen richtet und deren tägliche Lektüre die Börsenkurse sind, die über den Wert ihrer *stock-options* Auskunft geben. Heute wird die Wirtschaft von der blinden Logik des ökonomischen Feldes, oder, genauer gesagt, des Feldes des Finanzkapitals beherrscht, das nur seinem Selbstzweck folgt: dem Streben nach maximalem Profit.

Wir erleben eine neue *Konzentration des Kapitals in den Händen einer kleinen Zahl sogenannter institutioneller Investoren*, die einen ständig zunehmenden Teil des Kapitals, und damit der Investitionen, kontrollieren. Die Verwalter der großen Institutionen (Pensionskassen, große Versicherungsgesellschaften, und, vor allem in den Vereinigten Staaten, Anlageeinrichtungen wie *money market funds* oder *mutual funds*) beherrschen das Feld des Finanzkapitals, das hier zum Einsatz und zur Waffe wird, und können beträchtlichen Druck auf die Unternehmen wie auch den Staat ausüben. Sie sind somit in der Lage, die ihnen auferlegte Forderung durchzusetzen, die Frédéric Lordon, in Anlehnung an einen garantierten Mindestlohn, ironisch als *garantiertes Mindesteinkommen der Aktionäre* aus dem (investierten) Kapital bezeichnet hat (in der Fachsprache auch EVA, Economic Value Added genannt): Die Logik des Systems zwingt die Verwalter der Pensionsfonds, die auch in den Aufsichtsräten der Unternehmen sitzen, ständig höhere Gewinne anzustreben (12, 15 oder auch 18 Prozent des investierten Kapitals), die von den Unternehmen nur zum Preis von Entlassungen und damit einer Abwälzung der Risiken auf die Angestellten zu erzielen sind. Dies bedeutet nebenbei auch, daß die Herrschenden und jene, die ihnen, wie Ulrich Beck und Anthony Giddens, durch ihre Lobpreisung des Risikos und der Risikogesellschaft als Sprachrohr dienen, von den Beherrschten Tugendenden verlangen, denen sie sich selbst mit Bedacht entziehen.

Durch seine Verlagerung auf die Manager wird der Imperativ des kurzfristigen Profits zum eigentlichen Zweck des gesamten Systems – unter Mißachtung ökologischer und, vor allem, menschlicher Konsequenzen. Das Feld des Finanzkapitals hat die Funktion einer Hölle-Maschine, die ihre Gesetze den Staaten aufzwingt.

Im vorigen, fordistischen System wurden Gewinne auf Grundlage der Produktivität der Arbeit erzielt, die mit Beschäftigungssicherheit sowie einem relativ hohen Lohnniveau einherging und, über die Steigerung der Nachfrage, Wachstum und Gewinne förderte. Der neue Produktionsmodus maximiert die Profite über ein Absenken der Löhne und Gehälter sowie durch Entlassungen. Für den Aktionär sind lediglich Börsenkurse und Preisstabilität ausschlaggebend, die über sein Nominaleinkommen und die damit verbundene Kaufkraft entscheiden.

Das Streben nach kurzfristigem Profit wirkt sich auf allen Entscheidungsebenen aus: es bestimmt die Einstellungspolitik, die (mit kurzfristigen oder zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen) dem Imperativ der Flexibilität und der Mobilität unterliegt; es bestimmt die Individuation der Gehaltsstrukturen; es schließt jede langfristige Planung aus, vor allem auf der Personalebene. Die konstante Bedrohung der »Verschlankung« stellt das gesamte Leben der Arbeitnehmer unter die Zeichen von Unsicherheit und Ungewißheit.

Hier bildet sich ein wirtschaftliches Regime, das untrennbar mit dem politischen Regime verbunden ist, ein mit einem Herrschaftsmodus verbundener Produktionsmodus, der die *Institutionalisierung von Unsicherheit* zur Grundlage hat und Herrschaft mittels Prekarität ausübt: Ein deregulierter Finanzmarkt begünstigt einen deregulierten Arbeitsmarkt und damit prekäre Arbeitsverhältnisse, denen sich die Arbeitnehmer zu fügen haben. Damit läßt sich zum Beispiel ein Umstand erklären, der die Ökonomen beschäftigt und teilweise auch der Schwächung der Gewerkschaften zuzuschreiben ist: das trotz der geringen Arbeitslosenrate niedrige Lohnniveau in den Vereinigten Staaten. Was jedoch zunächst als ungewollte Entwicklung, Notbehelf oder Störung im Betriebsablauf der Unternehmen galt, wird zur vorgefaßten Meinung, zur Politik und zum erklärten Willen. Die Unternehmen verfügen über ein rationelles Management, das (neben anderen Instrumenten) die Waffe der Unsicherheit einsetzt, um die Arbeitnehmer beständigem Risiko, Streß und Spannung auszusetzen und der Selbstausbeutung Vorschub zu leisten. Im Unterschied zur »traditionellen« Prekarität im Dienstleistungsbereich und Baugewerbe wird die *institutionalisierte Prekarität* der Unternehmen der Zukunft zum Prinzip der Organisation von Arbeit und Lebensstil. In bestimmten Unternehmen, die Verkauf oder Marketing über Telefon betreiben und deren Angestellte, sogenannte »Telefonberater«, von ihrer Wohnung aus Produkte über das Telefon zu verkaufen haben, sind Strukturen geschaffen worden, die unter den Gesichtspunkten Produktivität, Kontrolle und Überwachung, Arbeitszeiten und fehlenden Karrieremöglichkeiten als wahrhafter *Taylorismus der Dienstleistung* bezeichnet werden können. Im Gegensatz zu den angelernten Arbeitern des Taylorismus sind diese Arbeitnehmer hochqualifiziert (es handelt sich oft um Studenten, die ihr Studium abgebrochen haben, oder um rekonvertierte Techniker) und sozial

instabil (die erste Generation der Familie, die ein Studium aufgenommen hat). Die Supermarktkassiererinnen sind durch das elektronische Einlesen der Preise zu Fließbandarbeiterinnen geworden und fungieren als eine Art angelernte Arbeiterinnen der ›neuen Ökonomie‹, deren Arbeitstakt mit der Uhr gemessen und kontrolliert wird und deren Arbeitszeiten von der jeweiligen Kundendichte bestimmt werden.

Es steht zu befürchten, daß die Strukturen dieses *Systems chronischer Instabilität* sich in Form kognitiver Strukturen in den Köpfen festsetzen und zur Schaffung eines *neuen Menschen* beitragen, der, als universeller Rechner, nicht nur der Politik mit opportunistischem Zynismus begegnet und, aufgrund von Persönlichkeitszerrüttung und Zerstörung von Solidarstrukturen (vor allem in den Bereichen Familie und Vereinigungen) zu Unbeständigkeit, Individualismus oder gar Egoismus neigt.

Die weitreichendste Folge dieses neuen Produktionsmodus ist jedoch die Einführung einer *dualistischen Ökonomie* (die derjenigen sehr ähnlich ist, die ich in den sechziger Jahren in Algerien beobachten konnte, wo es einerseits eine enorme industrielle Reservearmee gab, die sich aus einem Subproletariat ohne Karriereaussichten, Zukunft und individuelle oder kollektive Ziele rekrutierte und deshalb zu chiliastischen Träumereien – anstelle von revolutionären Ambitionen – verurteilt war, der eine kleine, privilegierte Minderheit von Arbeitern in festen Anstellungsverhältnissen und mit gesicherten Löhnen entgegenstand). Die Dualität von unterschiedlichem Status und Einkommen ist beständig im Wachsen begriffen: Die unterbezahlten, unqualifizierten oder unterqualifizierten Arbeitsplätze im unteren Bereich des Dienstleistungssektors, die höchstens ein kurzes »short term on the job training« voraussetzen und kaum Karrieremöglichkeiten bieten, oder, kurz gesagt, die *entsorgbaren Arbeitsplätze* einer »Gesellschaft von Dienern« (André Gorz) nehmen ständig an Zahl zu. Nach einer von Jean Gadrey zitierten Studie erfordern von den 30 Gattungen von *jobs*, bei denen das höchste Wachstum zu erwarten ist, 17 keinerlei Qualifikation und 8 eine gehobene Qualifikation; 7 von 10 erfordern keine Qualifikation. Am anderen Ende des sozialen Raums lernen die *beherrschten Herrschenden*, die Manager und leitenden Angestellten, eine neue Form der Entfremdung kennen: die Unsicherheit des Luxus der *hurried leisure class*, die zwar viel Geld verdient, aber keine Zeit mehr findet, es auszugeben. Ihre Rolle ist, wie die der Kleinbürger, ambivalent und führt zu Formen organisierter Selbstausbeutung: Die Erhöhung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit in den Vereinigten Staaten geht mit einer entsprechenden Verkürzung der Freizeit einher. Obwohl überarbeitet, gestreßt und von Entlassung bedroht, sind die Manager und leitenden Angestellten an das Unternehmen gebunden.

Dieser Dualismus zeigt sich, was auch immer die Propheten der ›neuen Ökonomie‹ dazu zu sagen haben, am deutlichsten bei der *sozialen Anwendung der Informatik*. Die Kündler der ›neuen Ökonomie‹ und der Vision von Silicon Valley (Manuel Castells spricht in *La société en réseaux* – die vernetzte Gesellschaft – von einem »kollektiven Kapitalismus ohne Gesicht, der aus Geldflüssen besteht, die

von elektronischen Netzwerken gelenkt werden«; S. 530) neigen dazu, die heute sichtbaren ökonomischen und sozialen Veränderungen als fatalen Effekt der Technologie anzusehen, obwohl sie das Ergebnis des sozial und ökonomisch bedingten Gebrauchs sind, der von ihr gemacht wird. Entgegen der Illusion von nie dagewesenen Neuerungen wirken die der sozialen Ordnung immanenten strukturellen Zwänge – wie etwa die Logik der Weitergabe von kulturellem Kapital und Bildungskapital als Voraussetzung für die tatsächliche Beherrschung des neuen, *technischen wie finanziellen*, Instrumentariums – auch in der Gegenwart weiter und tragen zur Gestaltung des Neuen und Außergewöhnlichen bei.

Die Statistik über die Anwendung der Informatik belegt eine deutliche Trennung zwischen »Interakteuren« und »Interagierten« und das Prinzip einer ungleichen Verteilung kulturellen Kapitals, also des Bildungskapitals und der Weitergabe dieses Kapitals innerhalb der Familie. (Dabei wird sichtbar, daß die Verwendung des Begriffs »kulturelles Kapital«, im Gegensatz zu der von den Ökonomen bevorzugten Notion des »Humankapitals« den Vorzug hat, daß die *Naturalisierung* ökonomischer und sozialer Unterschiede vermieden wird, indem diese auf soziale Unterschiede bezüglich Ausbildung und sozialer Herkunft und nicht auf natürliche »Gaben« zurückgeführt wird). Der typische Informatikanwender ist männlich, jünger als 35 Jahre, verfügt über einen höheren Bildungsabschluß, bezieht ein gehobenes Einkommen, ist Städter und spricht Englisch. Er hat so gut wie nichts mit den neuen Fließbandarbeitern der Informatik gemein, etwa den Telefonassistenten, die rund um die Uhr schichtarbeiten, um die *hotlines* der Anbieter 24 Stunden am Tag besetzt zu halten, oder etwa den Netsurfern, die für die Bestückung von Adreßdateien oder HTML-Servern zuständig sind und, isoliert und bar jeglicher Interessensvertretung (etwa durch Personalräte), bis zum Umfallen arbeiten. Dementsprechend stehen im Bereich der ökonomischen und finanziellen Anwendungen die Internetnutzer mit Zugang zum Direktbanking denen gegenüber, die sich am anderen Ende des Netzes befinden.

Auch der Mythos, daß die Nord-Süd-Beziehungen durch das Internet eine Veränderung erführen, wird von den Tatsachen widerlegt: 1997 stellten die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung 93,3 Prozent der Internetnutzer, die ärmsten 20 Prozent lediglich 0,2 Prozent. Das Immaterielle stützt sich, auf der Ebene der Nationen wie auch der Individuen, auf sehr reale Strukturen, wie etwa Bildungssysteme und Laboratorien.

Innerhalb der reichsten Gesellschaften beruht dieser Dualismus zu einem großen Teil auf der ungleichen Verteilung des kulturellen Kapitals, das, neben seiner ungebrochenen Funktion bei der Festlegung der Arbeitsteilung, ein äußerst wirksames Instrument der *Soziodizee* bildet. Die außergewöhnliche Arroganz der herrschenden Klasse ist zweifelsohne auf den Umstand zurückzuführen, daß sie mit einem hohen kulturellen Kapital beziehungsweise Bildungskapital ausgestattet ist (der bequeme Gegensatz zwischen dem uneigennütigen, inspirierten Künstler und dem bourgeoisen Philister des 19. Jahrhunderts besteht nicht mehr) und ihre Existenz, so wie sie ist, für vollkommen gerechtfertigt ansieht (ein Musterbeispiel für den neuen

Bürger als »Eroberer« wäre etwa Bill Gates). Ein Abschlußdiplom ist nicht lediglich ein Titel des Bildungsadels; es ist ein Beweis für *Intelligenz*, natürliche Intelligenz, Gabe. So weist die »neue Ökonomie« alle Eigenschaften auf, die sie als beste aller Welten erscheinen lassen (im Sinne von Leibniz und, vor allem, Huxley): Sie ist global – und ihre Herrscher sind international, polyglott und polykulturell (im Gegensatz zu den »nationalen« oder »provinziellen« Ortsansässigen); sie ist »immateriell«, produziert immaterielle Güter und bringt sie in Umlauf, etwa Information oder kulturelle Produkte – der Computer handhabt Information, Codes, Symbole und Botschaften. Somit kann sie als Ökonomie der Intelligenz erscheinen, die den intelligenten Menschen vorbehalten ist (was ihr die Sympathie von Journalisten und »Machern« einbringt). Die Soziodizee erscheint hier als *Rassismus der Intelligenz*. Die Armut hat eine andere Form angenommen. Im 19. Jahrhundert galt Armut als Folge mangelnder Voraussicht, Verschwendung, Unmäßigkeit usw. (im Gegensatz zu den *deserving poor*). Heute werden Dummheit und intellektuelles Unvermögen als Gründe der Armut gesehen, gemäß dem Leitsatz: »jedem das, was er [aufgrund seiner schulischen Leistungen] verdient«. Einige Ökonomen, wie der unvermeidliche Becker, mögen in einem Neo-Darwinismus, der aus einer theoretisch postulierten Rationalität das Produkt einer natürlichen Auslese der Besten macht, die unangreifbare Rechtfertigung der Vormacht des »best and brightest« finden. Der Kreis ist dann geschlossen, wenn die Ökonomie von der Mathematik (die zu einem der wichtigsten Instrumente der sozialen Auslese geworden ist) verlangt, eine möglichst unwiderlegbare, epistemokratische Rechtfertigung der bestehenden Ordnung zu liefern. Die Opfer einer so mächtigen Form der Herrschaft, die sich auf ein so universelles Prinzip von Herrschaft und Legitimation wie die (vom Bildungssystem übermittelte) Rationalität berufen kann, erleiden eine tiefe Beeinträchtigung ihres Selbstbildes. Und über diesen Umweg kann sich eine oft übersehene oder unverstandene Beziehung zwischen neoliberaler Politik und gewissen faschistoiden Formen der Revolte derjenigen entwickeln, die sich vom Zugang zur Intelligenz und Moderne ausgeschlossen fühlen und im Nationalismus Zuflucht suchen.

Die Realpolitik der Vernunft und die Rolle der Wissenschaft

Das kulturelle Kapital ist in sich ambivalent: Es ist gleichzeitig Mittel zur Kommunikation als auch zur Herrschaft (Kultur vereint und trennt ebenso wie die neuen Kommunikationstechnologien). Die Managerklasse ist von der Ambivalenz des Kapitals bestimmt, auf das sich ihre Herrschaft gründet. Die Führungskräfte sind intellektuelle Arbeiter mit sozial anerkannten Kompetenzen und einem gewissen Marktwert, die jedoch nicht im Besitz ihrer Produktionsmittel sind und deren Hauptfunktion innerhalb der sozialen Arbeitsteilung darin besteht, zur Reproduktion etablierter Kultur und sozialer Beziehungen beizutragen. Der Anteil der im eigentlichen Sinn kulturellen Investitionen an der ökonomischen Produktion (Forschung und Entwicklung, Ingenieurwesen, Entwurf, Planung, Werbung, Marketing, Finanzverwaltung) wächst beständig, ohne daß das ökonomische und politische Gewicht der Eigner des kulturellen Kapitals in glei-

chem Maße steigen würde: Das kulturelle Kapital bleibt dem ökonomischen Kapital untergeordnet, das allein in der Lage ist, kulturelles Kapital zu bündeln und die zu seiner vollen Nutzung notwendigen Mittel, etwa Forschungslaboratorien usw., zur Verfügung zu stellen. Dieses neue, internationale Bildungsbürgertum (Chicago Boys, Mitglieder der großen Anwaltsfirmen etc.) verdankt seiner gehobenen sozialen Herkunft ein sprachliches Kapital und besondere Dispositionen, die eine internationale Tätigkeit begünstigen; die Kultur trägt zu seiner Einheit bei und trennt es gleichzeitig von den anderen Klassen.

All diese Quasi-Intellektuellen bilden eine beherrschte Fraktion innerhalb des neuen Feldes der Macht und nehmen, als solche, den Herrschenden gegenüber ambivalente Haltungen ein. Sie erfahren den Einfluß der Herrschenden auf ökonomischer wie auf symbolischer Ebene, und zwar umso mehr, als sie näher an das eigentliche ökonomische Feld heranrücken oder die Autonomie ihres Tätigkeitsfeldes durch das ökonomische Feld geschwächt wird (dies läßt sich insbesondere am Beispiel des journalistischen Feldes feststellen). Im wissenschaftlichen Feld hatte sich während des 19. Jahrhunderts eine gewisse Begeisterung für die Uneigennützigkeit entwickelt, die, wie Thomas Haskell gezeigt hat, vor allem bei R. H. Tawney, Emile Durkheim oder Charles S. Peirce zu einer Haltung führte, die nicht mit den herrschenden Interessen der kapitalistischen Welt in Einklang stand. Diese Bestrebungen, die Welt nicht den blinden Kräften der Ökonomie zu überlassen und die professionellen Maßstäbe der Wissenschaft auch auf die soziale Welt anzuwenden, war von der – sicher auch etwas naiven – Überzeugung inspiriert, daß die Welt der Gelehrten eine Art Wirklichkeit gewordener Utopie darstellte.

Man kann nun die Frage stellen, ob diese Revolte der Uneigennützigkeit gegen das nackte Nutzenprinzip nicht lediglich als Alibi für eine neue Form von Epistemokratie zu sehen sei. Ich bin der Überzeugung, daß man heute wieder an diese äußerst kritische Tradition der Ausdehnung der Marktwerte auf alle Bereiche des Lebens anknüpfen muß, wobei man allerdings von einer realistischen Sicht der Welt der Wissenschaften ausgehen sollte, die, nach Pierce, »auf der Basis von Rivalität und Wettbewerb (ebenso wie das ökonomische Feld), und nicht auf der Grundlage von Kooperation und Zuneigung«, oder, um es mit Habermas zu sagen, auf nicht instrumentaler Kommunikation arbeitet. Ohne hier im Detail auf meine Analysen einzugehen, mit denen sich meine ansonsten als naiv und peremptorisch verurteilten Aussagen vollständig begründen ließen, will ich nur darauf hinweisen, daß die Felder der Wissenschaft (und, in einem geringeren Maß, der Bürokratie) sehr charakteristische soziale Universen bilden, in denen die im Lauf der Geschichte schrittweise ausgebildeten sozialen Zwänge zu einem *echten Interesse an der Uneigennützigkeit*, einer Leidenschaft für die Vernunft und einer Liebe zur Wahrheit geführt haben, die an diese, von Indifferenz gegenüber materiellen Gratifikationen gekennzeichnete Uneigennützigkeit gebunden ist.

Wenn ich nun, wie hier, die Forscher aufrufe, sich zur Verteidigung ihrer Autonomie zu mobilisieren und die ihrem Beruf verbundenen

Werte auf die Gesamtheit der sozialen Welt anzuwenden, ist mir das Risiko bewußt, als jemand zu erscheinen, der die Führungsrolle einer intellektuellen Bewegung beanspruchen will (dieser Eindruck wird durch die Presse verstärkt, die durch die Personalisierung jeglicher Intervention den Glauben erzeugt, es handle sich darum, einer bestimmten Person oder ihren Ideen zu folgen). Es ist mir auch bewußt, daß ich diejenigen schockieren kann, die sich sittsam in ihren Elfenbeinturm zurückgezogen haben und jede Intervention außerhalb der akademischen Sphäre als gefährlichen Verstoß gegen die berühmte »axiologische Neutralität« erachten, die fälschlicherweise mit wissenschaftlicher Objektivität gleichgesetzt wird. Wenn es darum geht, das Risiko von Mißverständnissen auf sich zu nehmen und im Namen akademischer Tugenden verurteilt zu werden, die man gegen sie selbst zu verteidigen sucht, dann scheint mir nur der von mir beschworene kollektive Intellektuelle heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Verbänden und allen aktiven Gruppen eine Realpolitik der Vernunft zu entwickeln und durchzusetzen, eine Politik, die in der Lage ist, in der sozialen Welt zu intervenieren und die, soweit als möglich, den im wissenschaftlichen Feld geltenden Regeln gehorcht; eine Politik, die dazu in der Lage ist, den letzten Stand der Wissenschaft in den öffentlichen Diskurs einzubringen, wo er tragischerweise noch nicht wahrgenommen wurde, und die es möglich macht, die geschwätzigen und inkompetenten Feuilletonisten zur Zurückhaltung oder zum Schweigen zu bewegen, die sich ununterbrochen in Presse, Rundfunk und Fernsehen äußern; eine Politik, die es ermöglicht, die Gesamtheit der kritischen Energie zu befreien, die hinter den Mauern des akademischen Dorfes eingeschlossen ist: Einerseits aufgrund falsch verstandener wissenschaftlicher Tugend, die es dem homo academicus verbietet, sich in die plebejischen Debatten der Welt der Journalisten und Politiker einzumischen, andererseits aufgrund der Denk- und Schreibgewohnheiten, die dazu führen, daß die Spezialisten es einfacher und, im Hinblick auf akademische Profite, lohnenswerter finden, die Produkte ihrer Arbeit wissenschaftlichen Publikationen vorzubehalten, die ausschließlich von ihresgleichen zur Kenntnis genommen werden. Ich kenne eine ganze Zahl von Ökonomen, die im privaten Bereich ihr Mißfallen darüber äußern, wie ihre Theorien von den Präsidenten der Zentralbanken zur Rechtfertigung von Entscheidungen verwendet werden. Diese Ökonomen wären mit Sicherheit empört, würde man sie darauf hinweisen, daß sie durch ihr Schweigen einen beträchtlichen Teil Verantwortung für Beiträge übernehmen, die von den ökonomischen Wissenschaften zur Rechtfertigung einer Politik geliefert werden, die politisch nicht akzeptabel und wissenschaftlich nicht haltbar ist.

Abschließend möchte ich sagen, daß mein erster Beitrag zu einer kollektiven Unternehmung, wie ich sie mir wünsche, nicht darin bestehen kann, eine wie auch immer geartete Skizzierung eines Aktionsprogramms vorzuschlagen, sondern darin, zur Organisation der Arbeit aufzurufen und beizutragen, die notwendig ist, um den interdisziplinären und internationalen kollektiven Intellektuellen zu schaffen, der in der Lage sein wird, ein solches Programm zu entwickeln. Die dringlichste Aufgabe besteht also zunächst darin, die

materiellen, ökonomischen und intellektuellen Mittel zu finden und, in einem ersten Schritt, alle willigen und kompetenten Forscher aufzufordern, an der kollektiven Forschungsarbeit teilzunehmen und ihre Kräfte zu vereinen, um dann gemeinsam fortschrittliche Problemlösungen vorzustellen, zu diskutieren, auszuarbeiten und durchzusetzen, die bis heute nur virtuell, im privaten und isolierten Denken (als Revolten, Empörung, Utopien, Projekte usw.) oder, unzusammenhängend, als Randpublikationen, vertrauliche Mitteilungen des grauen Literaturmarktes oder in esoterischen Zeitschriften zu finden sind. In einem zweiten Schritt wird es darum gehen, *die kritischen, praktischen sowie theoretischen Aktivitäten aller Forscher und Aktiven* zu koordinieren (das heißt zu integrieren, ohne sie annekieren zu wollen), die dazu beitragen können, die Lücken im entpolitisierten politischen Denken und Handeln der regierenden Sozialdemokratie zu füllen und zu einer *neuen Art von Politik* zu finden, indem auf verschiedenen Ebenen (international, national, regional, in Stadtparlamenten, Fabriken, Werkstätten, Verwaltung, Universitäten etc.) Strukturen für Forschung, Diskussion und Mobilisierung geschaffen werden, die einen wahrhaftig praktizierten Internationalismus ermöglichen, ohne dabei den Kontakt zur Basis zu verlieren.

Es liegt auf der Hand, daß keine Dokumentation, sei sie auch noch so sorgfältig und umfassend zusammengestellt, und genausowenig eine theoretische Synthese, wie genial sie auch sein mag, das Produkt einer Konfrontation zwischen aktionsbereiten Forschern und von Erfahrung und Reflektion geprägten Militanten ersetzen können wird. Lassen Sie mich, aus dem Gedächtnis und ohne beabsichtigte Reihenfolge, einige Ihnen bekannte oder auch unbekannt Namen zitieren, wie Claus Offe, Franz Schultheis, Frédéric Lordon, Amartya Sen, Loïc Wacquant, Detlef Hensche, Günther Grass, André Gorz, die Autorinnen der Hefte zum Weltmarsch der Frauen, Annick Coupé, Keith Dixon, José Bové, Nikos Panayotopoulos, Edward Saïd, Saskia Sassen, Noam Chomsky, Dieter Hooge, Suzan George, Jürgen Habermas, Phillipe von Parijs, Richard Sennet, Forscher des INSEE, François Chesnais, James Tobin, Ricardo Petrella und noch so viele andere; jedem Namen ließe sich, wie homerische Epitheta, der Beitrag hinzufügen, den sie zum Bau des großartigen kollektiven Gebäudes beisteuern könnten, das, für einmal, der abgedroschenen Bezeichnung »Gesellschaftsprojekt« würdig wäre: etwa eine globale Spekulationssteuer, weltweite Beihilfeleistungen oder die Organisation einer Arbeitslosenbewegung. Diese geträumte, *imaginäre Versammlung* all derjenigen, die wirklich etwas zur Zukunft Europas zu sagen haben, müßte, real, im Oktober oder November 2000 in Wien stattfinden, dann, in einem größeren Rahmen, Anfang des Jahres 2001 in Athen, und weiterhin, solange es notwendig ist, jährlich an einem anderen Ort, damit eine *neue europäische Aufklärung* entstehen kann, die sich in allen Belangen gegen das neue ökonomische und soziale Modell richtet, das uns heute angeboten wird und das deshalb so schwer zu bekämpfen ist, da es in Gestalt eines aufgeklärten Obskurantismus erscheint.

NIKOLAI RÖSCHERT

Trauer um Pierre Bourdieu

*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert,
es kömmt drauf an, sie zu verändern.
Karl Marx (11. Feuerbachthese)*

Nikolai Röschert – Jg. 1976; studiert Politische Wissenschaft an der FU Berlin, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 »Es handelt sich nicht um Gott (dieu), es handelt sich um Bourdieu!« – So die erregte Intervention eines jungen Mannes aus der Pariser Banlieu, der sich über die angereisten Gäste echauffiert, die sich scheinbar nur um Bourdieu zu hören in die Pariser Vorstadt getraut haben; aus dem 2001 erschienenen Film: »La Sociologie est un sport de combat« (Die Soziologie ist ein Kampfsport).

»Ce n'est pas dieu; c'est Bourdieu!«¹ Nur Gott ist unsterblich und so ist der französische Soziologe Pierre Bourdieu am Abend des 23. Januar 2002 im Pariser Hôpital Saint-Antoine im Alter von 71 Jahren gestorben. Schon zu Lebzeiten war sein Name mit einer quasi-mythologischen Aura belegt, die sich aus vielerlei begründeten wie unbegründeten (Vor)Urteilen um seine Person zusammensetzte. Sicher ist, daß er wie kein anderer die Soziologie der Gegenwart, ja sogar die Soziologie als Disziplin in der Welt der Wissenschaft beeinflusste, veränderte und prägte. Sicher ist aber auch, daß er einer ihrer umstrittensten Repräsentanten war, weil er Kritik übte und zwar nicht nur innerhalb der klassischen Analysefelder der Soziologie verweilend, sondern weil er das akademische Feld selbst zum Objekt seiner Analyse und ungeschminkten Kritik machte und überdies noch Partei ergriff für die sozial, kulturell und ökonomisch Schwachen. Insgesamt verkörperte er das Bild des französischen Intellektuellen, der sich einmischt in die wichtigsten Fragen des öffentlichen Lebens, wie kaum ein zweiter nach Sartre.

Dabei trennt die beiden großen französischen Theoretiker wiederum einiges – zumal Bourdieu sich entschieden gegen Sartres Konzeption des totalen Intellektuellen und dessen »spekulative« Philosophie stellte. Auch verwahrte sich Bourdieu zeitlebens davor, irgendeiner politischen Partei beizutreten und damit das »wissenschaftliche Feld« zugunsten des »politischen Feldes« zu verlassen. Die Legitimation für sein späteres Engagement in den sozialen Bewegungen leitete er aus seiner Tätigkeit als Soziologe ab, um eine totale Schließung des öffentlichen Raums und eine totale Machtkonzentration in den Händen einiger weniger zu verhindern. Dabei begründete er den Hinweis auf diese Gefahr durch seine Analyse, daß sich in Gestalt der großen Medienkonzerne alle symbolische Macht mit der vormals von ihr getrennten politischen und ökonomischen Macht zu vereinigen drohe. Die Gesamtheit der Instrumente zur Produktion wie auch zur Distribution kultureller Güter wäre somit in einigen wenigen Händen vereint. Dazu erklärte er zuletzt in *Gegenfeuer 2*: »Ich habe mich in der Logik meiner Arbeit dazu veranlaßt gesehen, die Grenzen zu überwinden, die ich mir im Namen einer Idee von Objektivität auferlegt hatte, die mir nun vorkam wie eine Form von Zensur.«²

2 Pierre Bourdieu: Pour un mouvement social européen, in: Contre-feux 2, Paris 2001.

Es ist schwer, in einem Text diesem Mann voll gerecht zu werden. Sein Auftreten war niemals polternd. Er suchte nicht durch große Gesten und markiges Auftreten zu überzeugen, so wie wir es vielleicht von einem französischen Intellektuellen erwarten würden. Dennoch war er für viele unerträglich, ja lästig, denn er überzeugte durch seine unbotmäßige wissenschaftliche Strenge und seine Ausdauer – vielleicht einer der letzten Aufklärer im klassischen Sinne. Seine Waffe war stets die empirisch verankerte »am wenigsten illegitime symbolische Macht, die der Wissenschaft, und zumal in Gestalt einer Wissenschaft von den symbolischen Mächten, mit dem Vermögen, den gesellschaftlichen Subjekten die Herrschaft über jene trügerischen Transzendenz wieder zu überantworten, die durch Verkennung und Verleugnung stets aufs neue erzeugt werden«³. Die von ihm immer wieder eingeforderte wissenschaftliche Strenge (rigueur) versuchten seine zahlreichen Gegner in Wissenschaft, Medien und Politik ihm schließlich als »Elitismus« vorzuwerfen. Anderen wiederum blieb sein Festhalten an der Empirie suspekt und sie warfen ihm ein zu statisches, pessimistisches Theoriesystem vor, das keine Veränderungsmöglichkeiten vorsehe. Das verwundert, da es gerade zu Bourdieus Verdiensten gehört, mit der einseitig dogmatisch abgeschlossenen Theorieschule des Strukturalismus und Vulgärmaterialismus zu brechen. Jedoch unterlag er auch nicht dem Trend seiner Zeit, dem monolithischen Strukturalismus einen ebenso dogmatischen, spekulativen Subjektivismus entgegenzusetzen. Mit seinem Konzept von »Habitus« und »Relationalität« wurde es möglich, diese feindlichen Theorieschulen und ihre scheinbar unlösbaren Widersprüche dialektisch aufzuheben, zumindest miteinander zu vermitteln.

Bourdieu hinterläßt ein Gesamtwerk von mehr als dreißig Büchern. Er stammte ursprünglich aus einem kleinen Pyrenäendorf und studierte Anfang der fünfziger Jahre zusammen mit Michel Foucault Philosophie an der renommierten französischen Elite-Universität Ecole Normale Supérieure, die er später zusammen mit den anderen Grandes Ecoles einer Radikalkritik⁴ unterziehen sollte. Der Militärdienst in Algerien von 1955 bis 1958 wurde für ihn dann zur entscheidenden Erfahrung. Er kehrte der Philosophie den Rücken und wandte sich zunächst der Ethnologie und später der verwandten Soziologie zu, um die naiven Vorstellungen der Pariser Intellektuellen über Algerien zu differenzieren.⁵ Aber auch das Feld der Soziologie gefiel dem aufstrebenden Wissenschaftler damals nicht und er faßte den Entschluß, diese Disziplin von Grund auf zu revolutionieren, wie er es in seiner Abschiedsvorlesung 2001 darstellte. Unter anderem mißfiel ihm die Tatsache, daß sich kriterienlos so gut wie jeder Soziologe nennen konnte, um mit der Autorität der Wissenschaft seinen jeweiligen Partikularinteressen nachzugehen. Deshalb begann er sich leidenschaftlich für die wissenschaftliche Strenge (rigueur) in den Sozialwissenschaften einzusetzen, ohne sich an der Naturwissenschaft zu orientieren und damit dem Positivismus das Wort zu reden, sondern vielmehr, indem er auf einer »Objektivierung des objektivierenden Subjekts« insistierte. So entstand neben *La Distinction* (1979)⁶ sein zentrales Werk *Le sens pratique* (1980)⁷, in welchem er eine spezifische Logik der Praxis formulierte und diese

3 Pierre Bourdieu: Sozialer Raum und ›Klassen‹ & Leçon sur la leçon – Zwei Vorlesungen, Frankfurt/M. 1985, S. 80 f.

4 Vgl. Pierre Bourdieu: La Noblesse d'État – Grandes Ecoles et Esprit de Corps, Paris 1989.

5 Vgl. Pierre Bourdieu: Sociologie de l'Algérie, Paris 1958.

6 Vgl. Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede – Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1987.

7 Vgl. Pierre Bourdieu: Sozialer Sinn – Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. 1993.

der ›intellektualistischen‹ Vorstellung, die Sichtweise des Beobachters sei identisch mit derjenigen des Handelnden, entgegenstellte. Damit entthob Bourdieu die Individuen ihrem durch den Strukturalismus zugewiesenen Automatenstatus und gab ihnen durch sein Habitus-Konzept auch in der Theorie ihre Handlungsfreiheit zurück, ohne freilich zu behaupten, daß diese außerhalb jeglicher struktureller Zwänge und Gewohnheiten stünden. Ebenfalls in der algerischen Kabylei stellte der junge Soziologe eine relative Unabhängigkeit des Symbolischen gegenüber dem Ökonomischen fest, was ihn in Opposition zu vielen Marxisten und Marxismen brachte, obwohl auch Marxisten wie Gramsci diesen Aspekt besonders hervorzuheben wußten. Bourdieu schrieb hierzu unter anderem: »Symbolische Macht ist die Macht, Dinge mit Wörtern zu schaffen. (...) Der Kampf ... um Klassifikationen ist eine grundlegende Dimension des Klassenkampfes. Eine Sicht der Trennungen und Gliederungen sichtbar und explizit zu machen, stellt die politische Macht par excellence dar: die Macht, Gruppen zu schaffen, die objektive Struktur der Gesellschaft zu manipulieren.«⁸

8 Pierre Bourdieu: Sozialer Raum und symbolische Macht, in: Rede und Antwort, Frankfurt/M. 1992.

In unserer »dürftigen Zeit« (Hölderlin) sind Menschen wie Pierre Bourdieu selten geworden. Er wurde in seinen letzten Lebensjahren zu einem Held wider Willen in einer Welt, die es leider immer noch nötig hat, Helden zu brauchen. Als ich ihn 1999 zum ersten Mal traf, ging von ihm eine unbeschreibliche Wärme aus, wie ich sie bei kaum einem Menschen zuvor erlebt hatte. Er war fähig, sofort Brücken zu bauen in seiner schlichten menschlichen Größe: ein Mensch des aufrechten Gangs. Sein Tun war zu jeder Zeit auf die Veränderung der Dinge gerichtet und auf die Hilfe für Menschen, die an einer Gesellschaft leiden, die besser sein könnte, als sie momentan ist. Bourdieu stand für eingreifendes Denken: Über die wissenschaftliche Strenge, die Wirklichkeit so zu analysieren, wie sie ist, vergaß er nie die Möglichkeiten einer bessern Welt und ließ keine Ruhe, diese leidenschaftlich einzufordern. So war er, der für eine ›zweite Aufklärung‹ eintrat, Diderot und Marat in einem: Denker und Aktionist. Er überzeugte durch seine praktizierte Dialektik von »rigueur scientifique« einerseits und Allgemeinverständlichkeit andererseits. In einem Interview erklärte er mir 2000 sichtlich erregt: »Unter den Waffen, über die aktuell die Wissenschaftler verfügen, um zu versuchen, ein wenig die Welt zu verändern, liegt die wissenschaftliche Strenge! Ebenso wie die Mythologie! Eine Mythologie, die nicht ohne Befreiungsgedanken benutzt wird, also auf keinen Fall, um die Bevölkerung zu täuschen. Das Gegenteil ist der Fall! Es ist, um sie aufzuwecken. Es ist, um ihr zu sagen: Seht doch, ihr schlaft! Wacht auf! Was wir in den Statistiken als Beobachter sehen, ist schrecklich! Und ihr, ihr seht es nicht, also sagen wir es euch. (...) Ja, das ist eine Mythologie: Ein Diskurs, der nicht einfach stark ist durch die Stärke der Vernunft; der ebenfalls stark ist durch die leidenschaftlichen, ergreifenden ›Verführungen‹.«⁹

9 Interview mit Pierre Bourdieu, in: Kalaschnikow, Ausgabe 15, Berlin 2000.

Durch einen Studienaufenthalt in Paris im Studienjahr 2000/2001 hatte ich das Glück, Pierre Bourdieu ein Stück weit auf seinem Weg zu begleiten. Ich besuchte seine Abschiedsvorlesung am Collège de France und arbeitete in seiner Wissenschaftlergruppe *Raisons d'agir*. Es ist, als hätte ich durch diesen Tod einen Freund verloren, obwohl

ich hierbei natürlich noch von keiner echten Freundschaft sprechen kann. Es ist wohl vielmehr die beruhigende Gewißheit gewesen, die mich mit ihm verband, einen Menschen vor mir gehabt zu haben, der für dieselben Ziele eintrat. Unverfälscht – Ehrlich – Authentisch. Diese Gewißheit hatten hoffentlich viele und so verlieren sie ebenso wie all die Namen- und Stimmenlosen, für die er eintrat, einen Freund. Deshalb möchte ich schließen mit einem Auszug aus Erich Frieds Gedicht *Für Rudi Dutschke*¹⁰, das meines Erachtens auch für Pierre Bourdieu die richtigen Worte findet:

10 Vgl. Erich Fried:
Für Rudi Dutschke, in:
Gründe – Gedichte. Eine
Auswahl aus dem Gesamt-
werk, Berlin 1989.

»Jeder ist ersetzbar
Der Kampf geht weiter«
Das stimmt.
Aber das stimmt auch *nicht*:
Nicht jeder ist ersetzbar
und der Kampf hat immer nur das Gesicht und das Herz
des Menschen der kämpft
Und ich habe *den* Kampf gemocht
der *dein* Gesicht hatte
und *dein* Herz -
und jetzt wird kein anderer mehr
dein Gesicht haben
und man wird dein Gesicht in Zukunft
nur noch auf Bildern sehen wie das Gesicht Che Guevaras
und Rosa Luxemburgs
und das ist nicht dasselbe
Und dein Herz wird man nirgends mehr sehen.

Es liegt nun an uns, dem Verstorbenen und mit ihm seinem Kampf,
der immer ein Kampf Vieler war, die – natürlich symbolische(!) –
Unsterblichkeit zu geben.

ERHARD CROME

Sozialismus als Politik

Programmdebatten bewegen sich stets in einem Spannungsfeld von geistigem Gehalt und praktischer Politik.¹ Den Mitgliedern soll signalisiert werden, wofür die Partei in der Sache steht, und der Wählerschaft, weshalb sie gerade diese Partei wählen soll. Bereits hier ist klar, daß von politischer Partei im Kontext einer demokratisch-parlamentarisch verfaßten Ordnung die Rede ist. Im Realsozialismus war die ideologische Begründung der praktizierten Politik anderen Charakters – worauf weiter unten noch zurückzukommen sein wird.

In rechten beziehungsweise bürgerlichen Parteien ist dieser geistige Gehalt zumeist von eher deklaratorischem Rang; kein Mensch erwartet von der CDU eine Politik der ›Solidarität‹ und ›Gerechtigkeit‹, obgleich das in ihrem Programm steht. Dazu nur zwei Verweise: (1) Setzt man das durchschnittliche Einkommen aller privaten Haushalte im jeweiligen Jahr gleich 100 Prozent, so betrug es 1972 in Arbeiterhaushalten 90,2 Prozent und 96,5 Prozent im Jahre 1982. Für die Haushalte von ›Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft‹ – unter dieser Rubrik erscheinen auch die ›Besserverdienenden‹ – fiel der Index von 1972 mit 255,8 Prozent auf 219,1 Prozent im Jahre 1982. Unter damaliger sozialdemokratischer Kanzlerschaft gestalteten sich die Verhältnisse in der Bundesrepublik also etwas weniger ungleich. Dank des segensreichen Wirkens von Helmut Kohl waren es 1995 bei den Arbeiterhaushalten 87,1 Prozent und den Selbständigen 351,2 Prozent. Der Klassenauftrag wurde also erfüllt, die Reichen waren reicher und die Armen ärmer geworden. (2) Als Wolfgang Schäuble, der 1990 die Einigungsverträge mit der auslaufenden DDR gemacht hatte, in einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Herbst 2001 gefragt wurde, wie er das denn so schön hingekriegt hätte, wo doch »die Schubladen leer« und keine vorgefertigten Pläne für die deutsche Vereinigung da waren, lächelte er fein in sich hinein und antwortete nur: »Wir wußten doch, was wir wollten.« Das gilt für das Regierungshandeln einer derartigen Partei immer: ihre Akteure wissen angesichts ihres Klassen- und Machtinteresses, was sie wollen. Das Parteiprogramm ist die beigefügte Belletristik, und weil das Parteiengesetz es so will.

Linke Parteien dagegen führen seit jeher ausführliche Debatten zu Programmfragen und ein beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder und Wähler erwartet, daß das schließlich Festgeschriebene dann 1 : 1 umgesetzt wird. Besonders ausgeprägt war dies bei marxistischen Parteien, gingen sie doch davon aus, daß sie in ihrem politischen Wirken »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletari-

Erhard Crome – Jg. 1951;
Dr. rer. pol. habil.,
Mitglied der Redaktion der
Zeitschrift »Berliner Debatte
INITIAL«.

1 Das hier Dargestellte knüpft an frühere Überlegungen an. Vgl. Erhard Crome: Linke Positionen, linke Politik. Zur Programmdebatte der PDS, in: UTOPIE kreativ, Nr. 120 (Oktober 2000), S. 972-980; Ders.: Zukunft und Vergangenheit – eine Entscheidung, in: UTOPIE kreativ, Nr. 124 (Februar 2001), S. 101-115.

schen Bewegung voraus«² hätten. In diesem Sinne wurde Politik in erheblichem Maße als ›nur‹ praktische Umsetzung zuvor erarbeiteter Erkenntnis angesehen. Der geistige Gehalt von Parteiprogrammatik wurde als konzentrierter Ausdruck von Wissenschaft betrachtet.

Das muß nach dem historischen Fiasko des Realsozialismus als erledigt gelten. Insofern bleibt eine vorbehaltlos kritische Analyse des Realsozialismus Moment und Bedingung jeglicher Debatte um künftige sozialistische Politik, auch wenn etliche der Protagonisten der derzeitigen Programmdiskussion der PDS dies offensichtlich nicht wollen. Die Voraussetzungen von Politik heute – der real existierende Kapitalismus und die Eigenheiten der demokratischen Gemeinwesen auf der einen Seite und die praktischen wie theoretischen Hinterlassenschaften des Realsozialismus auf der anderen – setzen dies unausweichlich auf die Tagesordnung. Die Analyse des derzeit Seienden verweist auf das zu Tuende, die Untersuchung des gewesenen Realsozialismus zeigt, wie es nicht getan werden kann beziehungsweise nicht wieder unternommen werden darf.

Linkssozialistische Verortung

Im Grunde begann die Programmdebatte der PDS mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 und der dort mit dem historischen Referat von Michael Schumann begonnenen Analyse des kommunistischen Herrschaftssystems – das dort klar als »Stalinismus als System« charakterisiert wurde.³ Obwohl dies lange her ist, zieht sich ein Grundproblem durch die gesamte programmatische Diskussion seither, das augenscheinlich noch nicht hinreichend bearbeitet ist: Wie kann eine moderne, linkssozialistische Partei aussehen, die diesseits von Kommunismus und jenseits von traditioneller Sozialdemokratie steht? Schon die hin- und hergereichten Anwürfe, es handle sich bei der derzeitigen Entwicklung der PDS lediglich um einen notdürftig kaschierten Kommunismus im Schafspelz, oder umgekehrt: sie gehe nur den Weg der ›Sozialdemokratisierung‹, den die SPD schon vor ihr gegangen sei, machen die Problematik deutlich. Die hohe Kunst linkssozialistischer Programmatik und Politik wird daher sein, wohlbehalten den Weg zwischen Scylla (Kommunismus) und Charybdis (einem Sozialdemokratismus, der nur noch das Existierende zu verwalten, meint können zu dürfen) zu finden.

Die Betrachtung dessen bedarf eines historischen Bezuges. Der Bruch zwischen (Mehrheits)Sozialdemokratie und Kommunisten vollzog sich im Kontext des Ersten Weltkrieges. Für Stefan Zweig etwa, als er im britischen Exil 1940 seine Memoiren schrieb, war völlig klar, daß der entscheidende historische Einschnitt im Jahre 1914 lag. Da ging die ›alte Welt‹ Europas unter, Zweig nennt sie die »Welt von gestern«⁴. In eben diesem Sinne spricht der Historiker Eric Hobsbawm vom »kurzen 20. Jahrhundert«, das er von 1914 bis 1991 datiert.⁵ Sebastian Haffner hatte bereits vor der ›Wende‹ betont, daß der Zweite Weltkrieg die Folge des Ersten war, und insofern der Erste Weltkrieg das eigentlich einschneidende Ereignis des 20. Jahrhunderts.⁶ Und zu seinen Folgen gehört die russische Oktoberrevolution.

Das Geborensein aus den Gemetzeln des Ersten Weltkrieges und der sektenmäßige Geheimbundcharakter der Partei der Bolschewiki haben der realen Umsetzung des kommunistischen Versuchs unter Führung

2 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels-Werke (MEW), Bd. 4, S. 474.

3 Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System! Referat: »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«, Referent: Michael Schumann, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien, Berlin 1990, S. 41-56.

4 Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Berlin und Weimar 1985.

5 Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien 1994, S. 17.

6 Vgl. Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987, S. 10.

Lenins, später Stalins, ihren Stempel aufgedrückt, der das von ihnen geschaffene Herrschaftssystem bis zu seinem Untergang 1989/1991 geprägt hat. So waren die kommunistische Bewegung und die von Kommunisten regierten Staaten bleibende Resultate des Ersten (und Zweiten) Weltkrieges und wesentliche Akteure jenes »kurzen« 20. Jahrhunderts. Sie schöpften ihre historische Legitimierung aus den Verbrechen der alten herrschenden Klassen und »des Kapitalismus« sowie aus der Erwartung, daß die Errichtung der sozialistisch-kommunistischen Herrschaft die Voraussetzungen für derlei neuerliche Untaten ein für allemal abschaffen werde.

Das kommunistische Herrschaftssystem hatte seinerseits historische Voraussetzungen. Die soziale Frage hatte seit den 1830er Jahren die Gestalt der Arbeiterfrage angenommen: Wie nehmen die Vermögenslosen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit erwerben, an der modernen, das heißt industriell fundierten Gesellschaft teil? Das hatte eine soziale Dimension, hier ging es um Löhne und Einkommen, soziale Sicherheiten, Absicherung der Familien, Wohnung, Bildung, Zugang zur Kultur. Und es hatte eine politische Dimension, hier standen das allgemeine Wahlrecht, Freiheitsrechte und Partizipationsrechte auf der Tagesordnung, am Ende die Frage nach der Macht im Staate. Die sozialistische Revolution, wie Marx, Engels, Lassalle und andere sie erwartet hatten, sollte beide Probleme lösen, durch Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiter und durch Enteignung der Kapital-eigner. Die »Sozial-Demokratie« war der politische Ausdruck dieses Bemühens, die soziale Frage im Sinne der Arbeiter und insgesamt der unteren sozialen Schichten zu lösen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, zumal der deutschen, ging seit den 1890er Jahren der Streit darum, ob im Zweifelsfalle das Primat bei der Demokratie liegen solle, die nach Wahlen und Mehrheiten fragt, wenn es um die Macht geht, oder ob die Revolution im Sinne der raschen Enteignung der Kapitalisten Vorrang haben müsse vor den demokratischen Spielregeln.

Der Erste Weltkrieg wurde als eklatante Verschärfung aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der es begleitenden politischen Systeme angesehen. Lange vor diesem Krieg war Allgemeinut innerhalb der Arbeiterbewegung, was Bebel wie folgt formuliert hatte: »Nimmt man ... die furchtbaren Störungen und Verwüstungen, die künftig ein europäischer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet anrichtet, so darf man ohne Übertreibung sagen: der nächste große Krieg ist der letzte Krieg... Der politisch-militärische Zustand Europas hat eine Entwicklung genommen, die leicht mit einer großen Katastrophe endigen kann, welche die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt. Auf der Höhe ihrer Entwicklung hat diese Gesellschaft Zustände geschaffen, die ihre Existenz unhaltbar machen, sie bereitet sich den Untergang mit Mitteln, die sie selbst erst als die revolutionärste aller bisher dagewesenen Gesellschaften schuf.«⁷ In diesem Sinne erschien der Erste Weltkrieg als die erwartete, vom Kapitalismus und seinem Imperialismus hervorgerufene Katastrophe, aus der »der Sozialismus« als die Erlösung hervorgehen mußte. Und da alle großen Staaten Europas, ob nun bürgerlich-parlamentarisch, wie Großbritannien beziehungsweise Frankreich, oder mehr oder weniger autoritär verfaßt, wie Deutschland beziehungsweise Rußland, in diesen großen Krieg verwickelt waren, erschien die Demokratiefrage als von untergeordneter Bedeutung.

7 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1913, S. 318 f.

Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich in Deutschland, Frankreich, Rußland und anderen Staaten angesichts des Krieges 1914 auf die Seite ihrer respektiven Regierungen und deren Kriegführung gestellt. Die Kongresse der II. Internationale in Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten zwar beschlossen, mit allen Mitteln für die Verhinderung des Krieges zu wirken und, wenn er dennoch ausbrechen sollte, die entstandene Lage zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu nutzen. Doch hatte sich dies 1914 als Illusion erwiesen, beziehungsweise die Mehrheitssozialisten hatten ›Verrat‹ geübt, was die Linken ihnen folgerichtig politisch zum Vorwurf machten. Von daher datiert denn auch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in der kommunistischen Strömung ab 1918/19 – neben der fortexistierenden Sozialdemokratie bestehend – ihren organisierten politischen Ausdruck fand.

Die Verheißungen von der neuen Gesellschaft waren seit Marx von der Vorstellung geprägt, daß Markt und Profit negativ besetzt seien und abgeschafft gehören und daß ›sozialistische Planwirtschaft‹ als realisierte Wissenschaft möglich sei. So hatte August Bebel – den ich hier nochmals als international anerkannten Parteiführer der alten Sozialdemokratie zitiere – geschrieben: »Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewußtsein lenken. In allen bisherigen Epochen handelte sie in bezug auf Produktion und Verteilung wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewußt; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewußt und planmäßig handeln. Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.«⁸

8 Ebenda, S. 508.

Kommunistische Bewegung und alte Sozialdemokratie unterscheiden sich demzufolge nicht grundlegend in ihren Vorstellungen von der ›Gesetzmäßigkeit‹ gesellschaftlicher Entwicklung, Abschaffung von Markt und Profit usw., sondern in der Betonung der Mittel – Demokratie versus Revolution – und in der Bewertung ihrer politischen Handlungen im und nach dem Ersten Weltkrieg, was sich als Konfliktlinie innerhalb der deutschen Linken im Grunde bis in die Gegenwart zieht. In bezug auf die deutsche Novemberrevolution von 1918 hat Haffner das Problem wie folgt formuliert: »Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.«⁹ Tausende Revolutionäre wurden von den Freikorps mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteiführung umgebracht, angefangen bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die die KPD begründet hatten. Den Kommunisten galt dies dann als hinreichend, um nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone beziehungsweise in der DDR Sozialdemokraten einzusperren und umzubringen. Analoge Auseinandersetzungen fanden in anderen europäischen Ländern statt.

9 Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin 1993, S. 6.

Die russischen Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution 1917 einmal an der Macht, lösten auf Geheiß Lenins im Januar 1918 die gewählte Verfassungsgebende Versammlung Rußlands auf. Damit blieb der errichteten Sowjetmacht – typologisch jeder seither errichteten Macht kommunistischen Typs – der Verzicht auf die Gewinnung der numerischen Mehrheit innerhalb der ›eigenen‹ Bevölkerung einge-

10 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 362.

11 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen 1990, S. 111 und 117.

schrieben. Rosa Luxemburg benannte sehr helllichtig die darin für die sozialistische Bewegung liegende Gefahr und warf den Führern der russischen Revolution die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem »Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande« und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern »einer Handvoll Politiker« führen werde.¹⁰ In diesem Sinne wurde das kommunistische Herrschaftssystem geschaffen, erhalten und ausgebaut. Leo Trotzki schrieb: »Der demokratische Zentralismus machte bürokratischem Zentralismus Platz. Der Parteiapparat selbst wurde nunmehr von oben bis unten radikal umgekrempelt. Als Haupttugend des Bolschewiken galt der Gehorsam. Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition fand eine Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte statt... Das Verbot der Oppositionsparteien zog das Verbot der Fraktionen nach sich; das Fraktionsverbot endete mit dem Verbot, anders zu denken als der unfehlbare Führer. Der Polizeimonolithismus der Partei brachte die bürokratische Straflosigkeit mit sich, die zur Quelle aller Formen der Zügellosigkeit und Zersetzung wurde.«¹¹

Dies festzustellen, verweist auf die systemischen Ursachen, die in das Fiasko der kommunistischen Herrschaft mündeten; es sagt nichts über die Selbstlosigkeit, Ziele und Ideale etwa deutscher Kommunisten, die im Widerstand gegen Hitlers Herrschaft ihr Leben gaben, oder jener jungen Menschen, die sich 1945 nach dem Faschismus für Sozialismus als Alternative entschieden. Gerade jene, die in der real existierenden DDR nicht einen Selbstbedienungsladen, sondern ein persönliches Ziel sahen, für das sie sich selbstlos einsetzten, mußten an der schonungslosen Bloßlegung der Gründe für deren Ruin in besonderem Maße interessiert sein.

Nach diesem Scheitern ist der Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten historisch erledigt. Die Auseinandersetzung zwischen PDS und Sozialdemokratie ist eine qualitativ andere, als es jene war, eine politische auf dem Boden der demokratischen Verfaßtheit dieser Bundesrepublik, und sie geht um die je bessere Politik zugunsten der sozial Schwächeren, zugunsten einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft. Wenn die SPD heute die Mitte dieser Gesellschaft ausmacht, geht es darum, mit linker Politik auf diese Mitte und in die Gesellschaft zu wirken.

Marxistisches

Die Begründung des kommunistischen Herrschaftssystems war und blieb immer ideologisch. Deshalb wurde dem Wort und der »richtigen« Gesinnung stets ein zentraler Platz zugemessen, waren regelmäßige Überprüfungen der Parteimitgliedschaft, insbesondere ihrer Haltung zu den jeweiligen Verkündigungen des respektiven Generalsekretärs und Politbüros, und Parteischulung bis zum Schluß konstitutive Bestandteile der Herrschaft.

Hier hatte eine Metamorphose stattgefunden, eine schrittweise Umbildung des Gedankengebäudes: Aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den »Marxismus« der Arbeiterbewegung (siehe oben Bebels Folgerungen zum erwarteten »Sozialismus«). War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch recht demo-

kratisch angelegt, so formte Lenin daraus den ›Bolschewismus‹, der eine Zuspitzung hinsichtlich des Bekenntnisses zur ›Diktatur des Proletariats‹ und zur Verstaatlichung des Produktiveigentums darstellte und vor allem mit dem Prinzip des ›demokratischen Zentralismus‹, der eigentlich die Abschaffung demokratischen Entscheidens innerhalb der Partei und die Etablierung einer innerparteilichen Befehlshierarchie von oben nach unten bedeutete, die Partei zu einer militärisch straff organisierten Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann ›Leninismus‹ und ließ seine Variante der dazugehörigen vereinfachten Glaubenssätze, deren Anzahl dann schon nicht mehr sehr groß war, Ende der 1930er Jahre, in der Zeit der großen Schauprozesse, kanonisiert festschreiben.¹² Die Parteideologien der meisten herrschenden kommunistischen Parteien in Europa – außer in Titos Jugoslawien – stellten bis zum Schluß eine in je unterschiedlicher Weise gemilderte Variante jenes Kanons dar. So war geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der ›Marxismus‹, aus diesem der ›Leninismus‹ und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen. So hat Stalin mit Lenin, hat dieser mit der alten Sozialdemokratie von Bebel und Engels und haben diese mit Marx zu tun.¹³ Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewußt vollzogen worden.

Es gab natürlich jeweils auch andere Möglichkeiten der Interpretation und Exegese. Insofern war jede dieser Häutungen nicht die einzige der möglichen theoretisch-ideologischen Verwandlungen jenes auf Marx zurückgeführten Gefüges. Und so ist die gesamte Geschichte des Parteimarxismus auch eine Geschichte geistiger und politischer Kämpfe zwischen ›Rechtgläubigen‹, ›Orthodoxen‹ und Häretikern, eine Geschichte von Inquisitionsgerichten, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender. Es war zugleich eine Geschichte von Abspaltungen. Erinnerung sei an den Streit zwischen Lenin und Trotzki, Stalin und Tito, die Kontroversen zwischen Tito und Enver Hoxha, den Kampf zwischen Chruschtschow und Mao, der schließlich bis zu militärischen Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze eskalierte. Ulbricht wurde von Moskau aus abgelöst, als er sich als der neue Interpret des ›Marxismus‹ präsentierte, indem er den Realsozialismus 1967 eine »relativ selbständige sozialökonomische Formation«¹⁴ nannte, während man in der KPdSU-Führung weiter vom baldigen Kommen des Kommunismus (als der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft) schwadronierte¹⁵. Der Kampf um politische Richtungen nahm stets ideologische Formen an, wurde um Worte, Bilder und Texte beziehungsweise ihre ›richtige‹ Auslegung geführt, wie umgekehrt ideologische Unterschiede nicht ohne politische Konsequenzen blieben, die auch in der Erschießung der im ideologischen Streit unterlegenen Seite bestehen konnten. Im Grunde muß Ideologiegeschichte des Kommunismus betrieben werden als eine Art Religionsgeschichte.

Dies allerdings ist schon bei Marx angelegt. Karl Löwith hob hervor, es sei kein Zufall, »daß der letzte Antagonismus der beiden feindlichen Lager, der Bourgeoisie und des Proletariats, dem Glauben an einen Endkampf zwischen Christus und Antichrist in der letzten Geschichtsepoche entspricht, und daß die Aufgabe des Proletariats der welthistorischen Mission des auserwählten Volkes analog ist. Die universale

12 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1949 (die russische Originalausgabe erschien 1938).

13 Vgl. Helmut Fleischer: Epochenphänomen Marxismus, Frankfurt/M 1993; Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

14 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, Berlin 1969, S. 38.

15 Hier sei daran erinnert, daß der Parteimarxismus von Marx und Engels bis zu Stalin und seinen Nachfolgern den ›Sozialismus‹ als erste, niedere Phase einer einheitlich gedachten ›kommunistischen Gesellschaftsformation‹ vorstellte. Insofern waren die Auseinandersetzungen darum, was denn ›Sozialismus‹ sei, von zentraler Bedeutung.

16 Karl Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1990, S. 48.

17 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1987, S. 19 und 21.

18 Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000, Leipzig 2001, S. 537.

Erlösungsfunktion der unterdrückten Klasse entspricht der religiösen Dialektik von Kreuz und Auferstehung und die Verwandlung des Reiches der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit der Verwandlung des alten in einen neuen Äon. Der ganze Geschichtsprozeß, wie er im Kommunistischen Manifest dargestellt wird, spiegelt das allgemeine Schema der jüdisch-christlichen Interpretation der Geschichte als eines providentiellen Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Endziel hin. Der historische Materialismus ist Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie.«¹⁶ Auch Schumpeter reihte den Marxismus unter die Religionen. »Dem Gläubigen bietet er erstens ein System von letzten Zielen, die den Sinn des Lebens enthalten und absolute Maßstäbe sind, nach welchen Ereignisse und Taten beurteilt werden können; und zweitens bietet er sich als Führer zu jenen Zielen, was gleichbedeutend ist mit einem Erlösungsplan und mit der Aufdeckung des Übels, von dem die Menschheit oder ein auserwählter Teil der Menschheit erlöst werden soll... Einfach das Ziel zu predigen, wäre wirkungslos geblieben; eine Analyse des sozialen Prozesses hätte nur ein paar hundert Spezialisten interessiert. Aber im Kleid des Analytikers zu predigen und mit einem Blick auf die Bedürfnisse des Herzens zu analysieren, dies schuf eine leidenschaftliche Anhängerschaft und gab dem Marxisten jenes größte Geschenk, das in der Überzeugung besteht, daß das, was man ist und wofür man einsteht, niemals unterliegen, sondern am Ende siegreich sein wird.«¹⁷

Und was bleibt von den Marxschen Ideen? Nunmehr scheint jegliches Denken in diesem Sinne obsolet, jedenfalls wird dies von interessierter Seite gern wortreich verkündet. Dem steht das berühmte – bald nach der ›Wende‹ ausgesprochene – freundliche Wort von Heiner Müller gegenüber, das marxistische Denken müsse bewahrt und weiterentwickelt werden für die Zeit, da die Menschen seiner wieder bedürfen. Das Scheitern des Realsozialismus bedeutete auch das Ende des offiziellierten Parteimarxismus als der Ideologie der Nomenklaturherrschaft. Damit war die Gesamtheit der Ideen von Marx und seiner unterschiedlichsten geistigen Nachfolger wieder frei, als Gefüge sozialkritischer Ideen und Methode der Kapitalismuskritik benutzt zu werden, kritisch neu gesichtet und neu dort in Ansatz gebracht, wo es neuen Erkenntnisgewinn verspricht. (Insofern kann das umstandslose Streben nach Zerstörung des aus der DDR stammenden sozial- und geisteswissenschaftlichen Potentials – das nicht nur von Kohl initiiert, sondern auch von unzähligen willigen Helfern, die sich selbst oft gern als mehr oder weniger ›links‹ betrachteten, umgesetzt wurde – als der Versuch angesehen werden, die ›antikommunistische Gesinnungsgemeinschaft‹ der alten BRD gegenüber gesellschaftskritischen Sichtweisen abzuschotten. Man fürchtete natürlich nicht den offiziellen SED-Kanon, sondern das »marxistische Denken der einzelnen Intellektuellen, der Wissenschaftler und Künstler«, das »neben dem offiziellen Marxismus«¹⁸ existierte.) Vieles an den ursprünglichen Ideen von Marx war dem 19. Jahrhundert verhaftet und kann ein modernes Sozialismusverständnis nicht mehr tragen. Anderes bleibt analytisch fruchtbar. Zugleich muß über die alten Vorstellungen hinaus gedacht werden. Die heutigen Globalisierungsprozesse und die Individualisierung oder die Geschlechterverhältnisse sind mit den überkommenen Annahmen des ›Marxismus‹ nicht mehr zu fassen. Die unterschiedli-

chen marxistischen Strömungen – einschließlich solcher Theoretiker, wie Trotzki oder Djilas, die einst als Häretiker galten – können für ein sozialismusrelevantes Denken ebenso genutzt werden, wie etwa die Bergpredigt oder Immanuel Kant und unterschiedliche neue Ansätze, die oft nicht sozialistisch gemeint sind, aber entsprechend gesichtet fruchtbar sein können, denken wir etwa an die Texte von George Soros über den derzeitigen Kapitalismus. Eine linkssozialistische Partei, wie die PDS, kann also nicht in einem traditionellen Sinne ›marxistisch‹ sein.

Gesellschaftstheoretisches

Eines der sozialtheoretischen Probleme, die bei Marx ungelöst blieben, ist die Unterscheidung von *Gemeinschaft* und *Gesellschaft*. In der Soziologie und im weiteren Sinne in den Sozialwissenschaften geht diese auf Ferdinand Tönnies (1855-1936) zurück. Tönnies ging davon aus, daß »die bisherige wissenschaftliche Terminologie« Gemeinschaft und Gesellschaft »ohne Unterscheidung nach Belieben zu verwechseln« pflegt. Unter Verweis zunächst auf den umgangssprachlichen Gebrauch des Deutschen machte er die unterschiedliche Verwendung der beiden Wörter deutlich: »Alles vertraute, heimliche, ausschließliche Zusammenleben ... wird als Leben in Gemeinschaft verstanden. Gesellschaft ist die Öffentlichkeit, ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde... Man leistet sich Gesellschaft; Gemeinschaft kann Niemand dem Anderen *leisten*... Gemeinschaft der Sprache, der Sitte, des Glaubens; aber Gesellschaft des Erwerbs, der Reise, der Wissenschaften. So sind insonderheit die Handelsgesellschaften bedeutend; wenn auch unter den Subjekten eine Vertraulichkeit und Gemeinschaft vorhanden sein mag, so kann man doch von Handels-Gemeinschaft nicht reden. Vollends abscheulich würde es sein, die Zusammensetzung Aktien-Gemeinschaft zu bilden. Während es doch Gemeinschaft des Besitzes gibt: an Acker, Wald, Weide. Die Güter-Gemeinschaft zwischen Ehegatten wird man nicht Gütergesellschaft nennen. Im allgemeinsten Sinne wird man wohl von einer die gesamte Menschheit *umfassenden* Gemeinschaft reden, wie es die Kirche sein will. Aber die menschliche Gesellschaft wird als ein bloßes Nebeneinander voneinander unabhängiger Personen verstanden.«¹⁹

Peter Ruben hat diesen Ansatz rekonstruiert und hervorgehoben, daß »die Gemeinschaft durch die unmittelbare Kooperation in der Erhaltung des physischen Lebens via Produktion realisiert« ist, »die Gesellschaft aber durch den Austausch, durch den Handel«²⁰. An anderer Stelle betont Ruben, daß Gemeinschaft gleichsam »die naturhistorische Verbindungsweise zwischen Menschen (ist), die bereits allein auf Grund der sexuellen Reproduktion den Grund der Produktion menschlicher Individuen bildet. Gesellschaft dagegen ist Produkt des Handelns der Individuen als Personen, vermittelt durch den Kontrakt, den sie schließen. Das Individuum ist Teil der Gemeinschaft und zwar sein letzter unteilbarer Teil, wie es diese lateinische Übersetzung des griechischen *atomos* auch meint. Die Gemeinschaft ist gegen ihre Individuen daher auch in der Verteilung, in der Distribution wirklich. Die Gesellschaft wird ... durch den Austausch gebildet, der – in der rein

19 Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Leipzig 1887, S. 3-5.

20 Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 1/1998, S. 6.

theoretischen Annahme – wenigstens zwei gegeneinander verschiedene und miteinander in Verkehr tretende Gemeinschaften voraussetzt, die im Verkehr zumindest eine Preisverhandlung betreiben... Mit dieser Beschreibung verzichte ich auf Tönnies' Bemühung des Willens und denke lieber an die Produktion und den Austausch, wenn ich seine Termini Gemeinschaft und Gesellschaft übernehme. Isolierte Individuen, so wissen wir, können nicht menschliche Generationen garantieren. Dies gelingt erst bei Gemeinschaften von etwa 500 Individuen, die mit interner Arbeitsteilung unmittelbar kooperativ zusammenwirken und in reiner Subsistenzwirtschaft sich bei passenden Umweltbedingungen auf Dauer, das heißt über Generationen hinweg, erhalten können. So ist die Gemeinschaft unerläßliche Bedingung individueller Existenz. Die Gesellschaft dagegen ist die eigentlich historische Erfindung, die mit der Entdeckung gemacht wird, daß Gemeinschaften Bedürfnisse mit fremden Gütern befriedigen können, wenn sie anderen Gemeinschaften eigene Güter zur Befriedigung fremder Bedürfnisse zu liefern fähig sind. Die Entwicklung der Gesellschaft impliziert die Produktion von Gütern über den Eigenbedarf hinaus. Sie ist daher die notwendige Bedingung der Entwicklung des Reichtums.«²¹

21 Peter Ruben: Realität und Problem der Nation, in: Crome, E., Franzke, J. (Hrsg.), Nation und Nationalismus. Aspekte der Annäherung an das Phänomen des Nationalen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Berlin 1993, S. 22.

Folgt man diesem Verständnis, so ist zunächst davon auszugehen, daß Gemeinschaft und Gesellschaft nicht, wie von etlichen zeitgenössischen Geistes- und Sozialwissenschaftlern unterstellt, einen konträren Gegensatz darstellen. Auch ist nicht Gemeinschaft eine niedere Form, weil in ihr etwa die bürgerliche Distinktion der Gesellschaft nicht gelten würde. Allein schon die Vorstellung, daß die Vermarktlichung, wie von der neoliberalen Ideologie unterstellt, immer mehr alle Seiten des menschlichen Lebens erfassen würde, liefe auf die Auflösung der bestehenden Vergemeinschaftungsformen hinaus. Vielleicht ist der Rückgang der Geburtenrate in Deutschland ja gerade Ausdruck des marktförmigen Verhaltens weiter Teile der deutschen Mittelschichten, mit der Folge – wie die Debatten um Zuwanderung zeigen –, daß die einfache Reproduktion der Bevölkerung schon aus Gründen des hierzulande installierten Produktionsapparates nur durch Menschen auszugleichen ist, die in anderen Gemeinschaften aufgewachsen sind. Die öffentliche Thematisierung von ›Ehrenamt‹ und häuslicher Arbeit zeigt ebenfalls, daß die Gesellschaft bei Strafe ihres Untergangs nicht die Gemeinschaftsformen aufzehren kann. Beide sind nicht Geschöpfe von Willensentscheidungen, sondern Ausdruck der wirklichen Existenz und Bewegung menschlicher Bindungen als positiver Verbindungen der Menschen in ihrem Lebensprozeß, die wiederum aus den materiellen Lebensverhältnissen erwachsen. Es handelt sich um »einen unaufhebbaren Dualismus«, der jedoch in einem beständigen Spannungsverhältnis steht. »Wird durch den Austausch keine einfache Reproduktion (Gleichgewicht) bewerkstelligt, sondern Innovation, so stellt die gesellschaftliche Bewegung die Struktur der beteiligten Gemeinschaften in Frage und zwingt sie zur Reorganisation, zur Reform. Dadurch tritt der Schein der Feindlichkeit der Gesellschaft gegen die Gemeinschaft ein... Er bleibt aber ein Schein, weil die Gemeinschaft schon um den Preis der physischen Erhaltung der Gattung gar nicht beseitigt werden kann.«²² Der Dualismus von Gemeinschaft und Gesellschaft erklärt sich hinreichend – nach Tönnies wie nach Ruben – aus dem Verhältnis zwischen Produktion und Austausch.

22 Peter Ruben: Die kommunistische Antwort..., a. a. O., S. 7 (Fußnote 20).

Ist also davon auszugehen, daß die Einzelmenschen in Gemeinschaften Individuen, in Gesellschaften Personen sind, das heißt kontraktfähig und als solche Vertragspartner, so gilt: »Gemeinschaften sind durch gemeinsame Vermögen bestimmt, z. B. durch eine Gemeinschaftskasse... Besondere Gesellschaften unterstellen die Assoziation von Teilen persönlicher Vermögen, die nicht zum Gruppeneigentum in dem Sinne werden, daß nur die Gruppe als solche über seine Verwendung entscheidet (die Geschäftsführung handelt im Auftrag der Gruppe, und nie kann die Geschäftsführung die Gruppenmitglieder entmündigen, ausschließen, kooptieren oder sonst in irgendeiner Form in ihre Funktionäre verwandeln, das gerade kann ein Gemeinwesen mit seinen Individuen in der Tat veranstalten)... Personen bringen Teile ihres Eigentums in eine geschlossene Gesellschaft ein, und sie bleiben darin die persönlichen Eigner.«²³

Bei Marx ist die Ununterschiedenheit der Gemeinschaft von der Gesellschaft Moment seines Konzepts der Entfremdung der Arbeit. So schreibt er: »Die gesellschaftliche Tätigkeit und der gesellschaftliche Genuß existieren keineswegs *allein* in der Form einer *unmittelbar* gemeinschaftlichen Tätigkeit und *unmittelbar gemeinschaftlichen* Genusses, obgleich die *gemeinschaftliche* Tätigkeit und der *gemeinschaftliche* Genuß, das heißt die Tätigkeit und der Genuß, die *unmittelbar in wirklicher Gesellschaft* mit anderen Menschen sich äußert und bestätigt, überall da stattfinden werden, wo jener *unmittelbare* Ausdruck der Gesellschaftlichkeit im Wesen ihres Inhalts begründet ... ist.«²⁴ Ist in diesem Sinne die Gemeinschaft unmittelbare Gesellschaft, so kann nur die vermittelte Gesellschaft nicht Gemeinschaft sein. Sie aber ist eben die, die das Individuum durch Gebrauch der Produkte anderer Individuen eingeht. Marx folgert demgemäß: »Es ist vor allem zu vermeiden die ›Gesellschaft‹ wieder als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum *ist das gesellschaftliche Wesen*.«²⁵ Das läuft dann darauf hinaus, die Gesellschaft als Gemeinschaft zu denken beziehungsweise als die »wahre Gesellschaft« im Gegensatz zur »falschen« oder »entfremdeten«. Konsequenz kann dann nur sein, diese Gesellschaft abzuschaffen. Der Einzelmensch ist dann als Individuum Element der *Gemeinschaft*, sein letzter unteilbarer Teil, gegen den sie das Ganze ist, er ist jedoch nicht mehr kontraktfähige Person in der *Gesellschaft*, die sich am Gütertausch beteiligt. Folgerichtig wurde in allen kommunistischen Ländern nicht nur das Privateigentum am Produktivvermögen beseitigt, sondern gerade in der Anfangsphase jede Form des ›Schachers‹ am Staat vorbei streng geahndet.

Sozialismus oder Kommunismus?

Der Begriff ›kommunistisch‹ wird hier weder pejorativ noch nur auf den kommunistischen Parteytypus bezogen benutzt. Er beschreibt präzise das, was da von 1917 beziehungsweise 1945 bis 1989/91 absolviert wurde. Der ursprüngliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist nicht der, der von Marx kam und später unter Stalin dogmatisiert wurde, nämlich einer von zwei Phasen einer Gesamtentwicklung. Die ursprüngliche Differenz, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa allgemein bekannt war, ist die zwischen zwei unterschiedlichen politischen und Gesellschaftskonzepten: Mit dem Heraufkommen der Industrie hatte sich die soziale Frage, die vordem stets die

23 Ebenda, S. 8.

24 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Ergänzungsband (bis 1844). Erster Teil, S. 538. Peter Ruben merkt zu diesem Zitat an, daß Marx hier das Adjektiv *gemeinschaftlich* durch die Wortfolge *unmittelbar in wirklicher Gesellschaft mit anderen Menschen* erklärt. Das zeigt, daß er die Möglichkeit der Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft ausspricht, aber im eigenen Denken nicht wirklich bestimmt (vgl. Peter Ruben: Grenzen der Gemeinschaft?, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 1/2002).

25 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte..., a. a. O., S. 538.

Agrarfrage, nämlich die Frage nach dem Bodeneigentum war, in die Frage nach dem Anteil der Besitzlosen, der Proletarier an der Gesellschaft verwandelt. Die ›kommunistische Antwort‹ auf diese soziale Frage war die Enteignung des privaten Produktivvermögens und der Versuch, die Produktion anders zu organisieren, nämlich über eine Zuteilung von Ressourcen, die Verteilung der Arbeiter auf die Produktionszweige, die Kontrolle und Verordnung der Preise usw. Die Kommunisten, die 1917 in Rußland und mit dem Zweiten Weltkrieg in anderen osteuropäischen Ländern an die Macht kamen, sahen folgerichtig im Staat das Instrument zu dessen Durchsetzung und in der Diktatur, mithin der Abschaffung der Freiheit und der Demokratie das Mittel, dies zu verwirklichen. ›Sozialismus‹ dagegen ist die »systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit« (Lorenz Stein).²⁶

26 Diese Unterscheidung hat in der neueren sozialtheoretischen Literatur vor allem Peter Ruben herausgearbeitet. Vgl. Peter Ruben: Die kommunistische Antwort..., a. a. O.; Ders.: Grenzen der Gemeinschaft?, a. a. O.

Danach ist *Kommunismus* die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf dem Prinzip der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens beziehungsweise Eigentums beruht, *Sozialismus* dagegen eine *Gesellschaftsordnung*, die die Institutionen der Gesellschaft nicht abzuschaffen, sondern zu nutzen trachtet, um sie den Interessen der Mehrheit, die nicht über großes Kapitaleigentum verfügt, nutzbar zu machen. Soziale Demokratie, demokratische politische Verhältnisse, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat sind die modernen Gestalten, in denen eine politisch erwirkte Kontrolle über die Kapitalverwertung im Interesse der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder sich erreichen lassen kann, um eine Dominanz ›der Arbeit‹ gegenüber ›dem Kapital‹ herzustellen. Das setzt die Fortexistenz und Nutzung der Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft voraus, während deren Abschaffung nur wieder die Notdurft der staatssozialistischen – im sozialtheoretischen Sinne ›kommunistischen‹ – Zuteilungswirtschaft reproduzieren würde. Die allerdings war 1989 gerade in Konkurs gegangen.

Die konstituierenden Elemente des kommunistischen Herrschaftssystems können nun wie folgt zusammengefaßt beschrieben werden:

Erstens: Die utopische Verheißung von der schönen neuen Welt, die grundlegend unterschieden sei von der des schnöden Kapitalismus und die hier und jetzt begonnen habe, blieb Moment des kommunistischen Herrschaftssystems bis zu seinem Dahinscheiden. Es war seine unhin-tergehbare Letztbegründung.

Zweitens: Die kommunistische Staatspartei leitete ihr Selbstverständnis daraus ab: (a) ›gesetzmäßig‹ vollziehe sich der ›Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus‹; dies sozial zu tragen sei (b) die ›historische Mission‹ der Arbeiterklasse; es politisch zu realisieren sei (c) Auftrag der kommunistischen Staatspartei, die sich als »der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes«²⁷ definierte. Sie war in der Leninschen Tradition (d) nach dem Prinzip des ›demokratischen Zentralismus‹ hierarchisch von oben nach unten organisiert. Das hatte zur Folge, daß die Parteiführung auf demokratischem, statuarischem Wege nicht absetzbar war. Politische Kämpfe hatten die Gestalt byzantinischer Palastrevolten, in deren Ergebnis – bis auf Chruschtschow – die unterlegene Seite in der Regel erschossen wurde. Später dann verschwanden die Unterlegenen im politischen Nichts, Chruschtschow in seiner Moskauer Wohnung mit

27 So bis zum Schluß im Statut der SED. Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, 18.-22. Mai 1976, Bd. 2, Berlin 1976, S. 267.

Verbot, öffentlich aufzutreten, zuvor Molotow auf dem Botschafterposten in Ulan Bator.

Drittens: Da die Politik der Partei die einzig wahre Realisation historischer Gesetzmäßigkeiten zu verkörpern beanspruchte, stand nie Politik als solche zur Debatte, sondern immer nur die Umsetzung des ›richtigen‹ Kurses. Insofern wurde jede Form von tatsächlicher Gewaltenteilung abgeschafft. (Ihre partielle Einführung, etwa in Gestalt von Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen in den 1980er Jahren, war eine Rückzugsoperation, die der Schwäche der Partei im Angesicht von Solidarność geschuldet war.) Das höchste Organ der Partei, das Politbüro, war oberste Exekutive, oberste Legislative, oberste Judikative und oberste Glaubenskongregation in einem. Das Politikverständnis blieb instrumentell. Die Wissenschaft, zumal im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die nun Herrschaftswissenschaften waren, mit der Philosophie an der Spitze, sollte dem Prinzip der ›Parteilichkeit der Wissenschaft‹ subordiniert sein.

Viertens: In diesem Sinne stellte sich die Partei mit ihrer ›führenden Rolle‹ auch staatsrechtlich verankert über die Verfassungsordnung. So hieß es im Art. 1 der Verfassung der DDR (von 1974), daß die DDR »die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei«²⁸ sei. Das monistische Herrschaftssystem war mit seinen Staatsorganen um die Partei gruppiert und seinerseits nach dem Prinzip des ›demokratischen Zentralismus‹ aufgebaut, in der DDR war dies im Art. 47 der Verfassung ausdrücklich festgelegt.²⁹ Auch zum Recht war das Verhältnis instrumentell. Regulative Idee war nicht der Rechtsstaat, die Herrschaft des Rechts, sondern die von Staat und Recht als ›Machtinstrument der herrschenden Klasse‹, praktisch des Politbüros.

Fünftens: Da Kapitalismus, und mit ihm der Profit, beseitigt sein sollte, wurden auch Basisinstitutionen der Moderne wie Zins, Kredit usw. abgeschafft, was letztlich dazu führte, daß ›sozialistische Planwirtschaft‹ vordergründig als Zuteilung von materiellen Ressourcen und Erteilung von Produktionsaufträgen der Zentrale (das heißt des Politbüros als des einzig autorisierten Akteurs) an die Betriebe umzusetzen versucht wurde. Auch dort, wo mit finanziellen Steuerungsinstrumenten experimentiert wurde, wie in Ungarn, verzichtete die politische Führung letztlich nicht auf den Zugriff auf die Ressourcen. Die Wirtschaftsreformen fanden stets dort ihre Grenze, wo die Betriebe wirklich die Kompetenzen zur Preisbildung, Lohnfestlegung und Entlassung hätten erhalten sollen. Die Unterordnung der Produktion unter die politische Führung hatte schließlich zur Folge, daß niemand eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung der Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige beziehungsweise Unternehmen anstellen konnte. Technische Innovation wurde erschwert. Die wirtschaftspolitischen Spielräume verengten sich immer mehr. Westliche Kredite sollten seit den 1970er Jahren die Engpässe ausgleichen. Am Ende stieg die Verschuldung, im Falle der DDR von zwei Milliarden ›Valutamark‹ (entsprach faktisch D-Mark), die Ulbricht hinterließ, auf 49 Milliarden 1989 (nach Schürer, Chef der Staatlichen Plankommission) beziehungsweise 37 Milliarden (da nach Schalck-Golodkowski, der den Sonderwirtschaftsbereich des Westhandels der DDR leitete, auf Westkonten der DDR noch zwölf Milliarden Guthaben lagen). Auch

28 Verfassung der DDR, Berlin 1974, S. 9. Ähnliche Formulierungen enthielten die Verfassungen auch der anderen kommunistischen Staaten.

29 Vgl. ebenda, S. 43.

die geringere Summe verkörperte einen Anstieg auf das 18,5fache (ohne Berücksichtigung der Geldentwertung). Das Wort ›Bankrott‹ des europäischen Kommunismus hatte so nicht nur eine metaphorische Bedeutung.

Sechstens: Da das beschriebene Gefüge – Anspruch, eine ›historische Mission‹ zu realisieren, eine ›führende Rolle‹ zu spielen, immer recht zu haben, als der eigentliche Besitzer über die gesamte Volkswirtschaft zu verfügen, in der zugleich wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung verunmöglicht war – in jedem kommunistischen Land bestand, bewirkte dies, daß sich im kommunistischen Staatengefüge unterschiedliche, in sich geschlossene Staatsgebilde beziehungsweise Nationalwirtschaften gegenüberstanden. Tatsächliche Preisbildung, wirkliche Integration fand nicht statt, weder politisch noch wirtschaftlich. Bis zum Schluß wurde im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bilateral bilanziert, konnten Guthaben Ungarns gegenüber der DDR nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion verrechnet werden. Wenn weltwirtschaftliche Arbeitsteilung Entwicklungsstimuli freisetzen kann, was schon Marx wußte, so hatte das kommunistische System darauf verzichtet. Das Herrschaftssystem in seiner real existierenden Gestalt stand dem entgegen.

Der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus war Teil einer grundlegenden Veränderung der internationalen Ordnung, die auch von der Entstehung einer neuen Stufe des Kapitalismus begleitet und mitverursacht wurde. Bei der Betrachtung dieses Zusammenhangs sollte mit Marx zunächst nach den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen gefragt werden.

Bis in die 1970er Jahre hinein entwickelten sich die RGW-Länder vergleichsweise rasch; die Sowjetunion hatte in wichtigen Bereichen der Weltraumfahrt und der Rüstungsindustrie Spitzenpositionen inne. Als jedoch neue Technologien entstanden, die vor allem mit der Computertechnik zusammenhingen sowie mit der wachsenden Bedeutung der Informationsverarbeitung und -verbreitung der Entstehung neuer Medien wuchs der Abstand der kommunistischen Länder zu den kapitalistischen rasch wieder an. Die Produktionsverhältnisse einer nationalstaatlich organisierten Staatswirtschaft erwiesen sich gegenüber der global ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaft als unterlegen. Das Fehlen der Basisinstitutionen einer modernen Wirtschaft (Markt, Zins, Kredit) hatte dazu geführt, daß in den kommunistischen Ländern keine effektiven Allokationsentscheidungen mehr getroffen werden konnten; das System der staatlichen Planwirtschaft konnte tatsächliche Produktivität nicht messen, fühlte sich durch Innovationen gestört, statt sie zu ermuntern; das Herrschaftssystem, das auf obrigkeitlicher Zuteilung von Informationen beruhte, stand der Informationsrevolution zusätzlich im Wege. Die Produktionsverhältnisse der kommunistischen Gesellschaft waren der Revolution der Produktivkräfte nicht gewachsen und wurden durch diese gesprengt.

Das kommunistische System als Staatengefüge zerbarst, weil es als Gesellschaftssystem (mit Ruben: »Gemeinschaftssystem«) gescheitert war. Die kapitalistischen Gesellschaften waren Nutznießer dessen, weil sie die neuen Produktivkräfte besser zu entfalten verstanden, denen sie erweiterte Entwicklungsmöglichkeiten bieten konnten. Beide Produktionsweisen waren vor die gleiche neue Stufe der Produktiv-

kraftentwicklung gestellt; die eine hat sie gemeistert, die andere ist an ihr zerbrochen. Das Wettrüsten hätte nie die bekannte auszehrende Wirkung gegenüber den Ressourcen der kommunistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, haben können, wenn die innere Innovations- und Reproduktionsschwäche ihrer Wirtschaft diese Flanke nicht geöffnet hätte.

Hinzu kommt, daß im kommunistischen Selbstverständnis die Arbeitsproduktivität stets als das entscheidende Kriterium des ›Sieges‹ der neuen Ordnung angesehen und öffentlich proklamiert worden war. Die bereits auf Marx zurückgehende Herleitung, daß es gelte, eine höhere Produktivität der Arbeit zu sichern, war der letztlich alles entscheidende Ansatz, nicht ein Gesellschaftsverständnis, wonach größere Selbstverwirklichung in nichtmateriellen Bereichen, menschliche Wärme und Empathie das entscheidende Kriterium hätten sein können. Ein solches Verständnis, das ein höheres Maß an Freiheit, gerade auf den Feldern der individuellen Freiheit und der Mitentscheidungsrechte, erfordert hätte, wurde durch die quasi-militarisierte, hierarchische Herrschaftsweise des kommunistischen Systems unter der Führung des omnipotenten Generalsekretärs gerade ausgeschlossen. Insofern mußte der immer offensichtlichere Abstand im wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Leistungsvermögen die Legitimationsfrage des Herrschaftssystems in dem Maße immer schärfer stellen, wie auch zuvor systemloyale Kreise den Glauben an die Problemlösungsfähigkeit des Systems verloren. Und die politische Revolution des Jahres 1989 mußte gleichsam mit Notwendigkeit im Namen der Freiheit stattfinden.

Sozialistische Politik

Bereits in den 1990er Jahren war unterschiedlichen Autoren aufgefallen, daß Marx und Engels im Kommunistischen Manifest eigentlich einen globalisierten, sein Entwicklungstempo erhöhenden Kapitalismus beschrieben hatten, wie er offenbar erst jetzt besteht. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte er sich, zumindest was wesentliche Länder mit kapitalistischer Produktionsweise betrifft, unter der politischen Vormundschaft des Adels und vormoderner Institutionen entwickelt, die er gleichsam vorgefunden hatte. In der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges stand er, was etwa Deutschland und Italien anbetrifft, unter politischer Herrschaft totalitärer Kräfte, die er mit hergebracht hatte. (Insofern ist der Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie nicht so zwingend, wie die Ideologen des Neoliberalismus derzeit behaupten. Die Demokratie ist ein Errungenes, das aus einer Vielzahl politischer Kämpfe der Völker auch und gerade in den demokratischen, reichen Ländern des Nord-Westens hervorgegangen ist.) Nach 1917 beziehungsweise 1945 standen diese westlichen Gesellschaften weltweit dem kommunistischen Herrschafts- und Staatensystem gegenüber; erst nach 1989/91 ist das kapitalistische System somit gleichsam ›zu sich selbst gekommen‹: im Innern ohne Subordination unter feudale Verhältnisse und nach außen erstmals tatsächlich in der Tendenz global. Jetzt steht die kapitalistische Wirtschaftsweise rein und klar da, so wie sie wirklich ist.

Und nun erweist sich: Der Kapitalismus produziert selbst, ununterbrochen und auf jeder Stufenleiter neu die soziale Frage; mit der so-

zialen Differenzierung und dem Zerfall der ›traditionellen Arbeiterklasse‹, schon aus produktionstechnischen Gründen ist es nicht mehr die ›Arbeiterfrage‹, aber doch eine deutliche Frage der Differenz zwischen ›denen da oben‹ und denen ›unten‹. Diese hat, zumindest in den reichen Ländern des Nordens, nicht das Ausmaß elementarer Not, wie in Deutschland etwa noch in den 1920er Jahren (Kindersterblichkeit, niedrige Lebenserwartung, schlechtes Wohnen). Doch selbst in diesen Ländern verstärkt sich die soziale Polarisierung. Die materiellen Resultate der immer größer werdenden Produktion werden immer ungleicher verteilt, sofern dem nicht politisch gegengesteuert wird. Und das bedarf gewaltiger politischer Anstrengungen. Die Armut an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems ist ihrerseits Bedingung und Ausdruck des Reichtums im Zentrum.

So folgt: Der ›kommunistische Versuch‹ war die falsche Antwort auf die richtige Frage. »Die Wende 1989/91 war keine Entscheidung über den Sozialismus als eine *Gesellschaftsordnung*, sondern über den Kommunismus als eine *Gemeinschaftsordnung*«³⁰. Sozialistische Politik ist dringlicher denn je. Sie hat sich nicht etwa erledigt, sondern sie hat ihre Perspektive noch vor sich. Doch nicht der ›Totengräber‹ ist gefragt, sondern die Rahmensetzung für einen Strom von Produktivität menschlicher Wesenskräfte, der in die Bahnen humaner Zwecksetzung gezwungen werden muß. Es mag sein, daß kapitalistisches Produzieren historisch endlich ist, wie einst die Sklaverei. Der Raum dieser Endlichkeit jedoch ist offenbar noch nicht ausgeschritten.

Für eine *sozialistische* Partei kann – zumal nach der absolvierten Erfahrung mit dem ›kommunistischen Experiment‹ – eine *kommunistische* Politik nicht in Frage kommen. Es war nicht einfach eine Deformation der an sich gutgemeinten Gesellschaft, das falsche Personal, das da an die Macht gekommen war, sondern das kommunistische Gesellschaftskonzept hat mit Notwendigkeit die Diktatur und die Abschaffung der Freiheit hervorgebracht. Es würde dies auch wieder so geschehen, wenn eine ›kommunistische Antwort‹ auf die neuen sozialen Fragen anvisiert würde.

Von der Freiheit auszugehen heißt, ihr Rechnung zu tragen. Das aber meint, daß Herrschaft nur unter der Voraussetzung der Demokratie und der Gewaltenteilung ausgeübt werden kann; daß die sozialistische Partei sich immer wieder neu zur Wahl und damit zur Disposition stellt, nicht nur, weil es in der Verfassung steht, sondern weil sie selbst es so will; daß sie versuchen kann und muß, das bessere Programm zu haben, aber dieses nicht über eine proklamierte Vormundschaft über die Gesellschaft (›führende Rolle‹) umsetzen kann. Auch innerhalb einer pluralen, demokratischen Linken kann sie nur Netzwerke, Podien anbieten, nicht aber sich zum Besserwisser, der ›immer recht hat‹, aufschwingen wollen.

Es gibt – selbstredend unter der Voraussetzung der Demokratie und der regelmäßigen Wiederwahl – keine linke Politik, wenn es keine Mehrheit dafür in der Gesellschaft gibt. Das darin liegende Spannungsverhältnis ist nur aufzulösen, wenn es einen konzeptionell-programmatischen Rahmen für Reformprojekte auf den verschiedenen konkreten Politikfeldern gibt, die mit einem – mehr oder weniger – konsistenten Gesellschaftskonzept zu tun haben.

30 Peter Ruben: Zehn Jahre danach – Bemerkungen zum Thema, in: Misselwitz, H., Werlich, K. (Hrsg.), 1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Berlin 2000, S. 46.

Allerdings bleibt anzumerken, daß es eine einheitliche theoretische Grundlegung einer einheitlichen Politik nicht geben kann. Ziel sollte daher sein, konsistente, aus dem Wertehaushalt der Partei, ihrem Freiheitsverständnis und ihrem Menschenbild und aus der bisherigen Gesellschaftsanalyse resultierende Begründungen für sozialistische Politik zu geben, die für die Partei, ihre Sympathisanten und Wähler schlüssig sind, die im Kern von ihnen geteilt werden, ohne daß jedes einzelne Argument notwendig von allen geteilt werden muß.

Die Utopie sei tot, wurde seit 1989 getönt. Mittlerweile zeigt sich etwas anderes: Der ›Turbokapitalismus‹ hat »inzwischen auch die geschichtslose Endzeitstimmung der Postmoderne weggeblasen. Die utopischen Diskurse regen sich längst wieder, die Zukunft der Arbeitswelt, die Beziehung von Arbeit und Leben, die Anrechte auf die Ressourcen der Erde wie die Aushandlungsmodi zwischen den Gruppen und Gesellschaften jenseits der Marktkommunikation stehen wieder zur Diskussion. Vor allem aber scheint sich der Kern der neoliberalen Ideologie als untaugliche Utopie zu erweisen. Der Glaube trägt nicht, daß da jeder für sich allein verantwortlich ist. Das vollständig autonome Individuum erweist sich als Fiktion, und es beginnt die Suche nach ethischen Modellen, die die Alltagserfahrung ausdrücken, daß die Menschen einander brauchen.«³¹ Vielleicht liegt die historische Aufgabe (oder Chance, je nachdem, wie man es betrachtet) einer linkssozialistischen Partei auch darin, der linke Stachel, das utopische und soziale Gewissen zu sein.

Es gibt kein einheitliches Subjekt linker Politik; der Traum vom ›revolutionären Arbeiter‹ ist ausgeträumt. Die ›einheitlich und geschlossen‹ handelnde ›Kampfpartei‹ war stets eine Schimäre, und selbst die gehörte einer längst abgestorbenen Welt an. Selbsternannten Avantgardisten, die ›für‹ und ›anstelle‹ der Mehrheit handeln wollen, weil jene angeblich nicht zum Ausdruck ihrer ›objektiven Interessen‹ finde, sollte politisch mit größter Vorsicht begegnet werden. Gleichzeitig müssen verschiedene Figurationen von selbstlosem, idealistischem Handeln ihren Platz in einer pluralen linken Partei haben, wenn und insofern sie dem vorausgesetzten Menschenbild und Wertehaushalt entsprechen. Zugleich muß eine Volkspartei stets auch an die Breite ihrer Wähler- und Anhängerschaft denken, die in ruhigen Zeiten eher nicht zu ›revolutionären Taten‹ neigt, sondern in Ruhe ihrem Tagewerk und ihren Neigungen nachgehen will. Insofern kann ein Programm – der Partei oder für eine Wahl – immer nur Angebot sein, zum Mitdenken, Mithandeln, um als Partei gewählt zu werden, und nach Maßgabe des politischen Gewichts gegebenenfalls auch politischen Einfluß auf Regierungsebene auszuüben.

Nach dem Fiasko des Kommunismus gilt um so mehr: Es setzt sich nur soviel Sozialismus durch, als die Sozialisten durchsetzen, doch dies nur nach Maßgabe der Demokratie. Eine gute Sache, die keine Mehrheit findet, kann nicht gut durchgesetzt werden. Alles hat seine Zeit. Es gibt die Stunde der alternativen Politik, in der gehandelt werden muß, und die langen Jahre, da es nur die vielleicht besseren Wege in den eingefahrenen Bahnen gibt. Wenn es drauf ankommt, erinnern sich die Menschen ihrer Interessen. So wie es ist, bleibt es dann nicht.

31 Dietrich Mühlberg: Alltag und Utopie. Gedanken bei einem Rückblick auf die ostdeutsche Geschichte, in: Becker, F., Merkel, I., Tippach-Schneider, S. (Hrsg.), Das Kollektiv bin ich. Utopie und Alltag in der DDR, Köln u. a. 2000, S. 25.

VOLKMAR SCHÖNEBURG

Volkssouveränität und Bundesverfassungsgericht

*»Die Frage ist,
ob es nicht etwas Moderneres gibt
als den Zirkus der Parteien,
eine Demokratie der Basis,
eine Demokratie,
die Lösungen für alle will...«*
Volker Braun, Oktober 1989

Volkmar Schöneburg – Jg. 1958; Dr., studierte Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und war bis Dezember 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Kritisieren, überwinden und verteidigen – Eckpfeiler einer linken Kriminalpolitik« (Nr. 134; Dezember 2001).

Dem Beitrag liegt der Vortrag des Autors zugrunde, den er auf dem Kolloquium »Volkssouveränität und Parlamentarismus« zum ersten Todestag Michael Schumanns am 3. November 2001 in Potsdam gehalten hat.

Im Kontext von Auseinandersetzungen mit der Geschichte der PDS äußerte sich Michael Schumann vor etwa zehn Jahren, im Heft 13 (September 1991) von *UTOPIE kreativ*, zum Verhältnis der PDS zu Demokratie und Rechtsstaat – übrigens gemeinsam mit Uwe-Jens Heuer und Ekkehard Lieberam. Sein Beitrag beginnt mit einem Bekenntnis zur Volkssouveränität. »Demokratie ist für uns Volkssouveränität. Herrschaft des Volkes. Volkssouveränität bedeutet individuelle und kollektive Selbstentscheidung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen« (Heuer/Lieberam/Schumann 1991: 26). Diese inhaltliche Bestimmung des Begriffs Volkssouveränität ist eine Absage an das Machtmonopol einer Partei, einer usurpierten und verfassungsrechtlich verankerten Führungsrolle und eines mit dieser verknüpften instrumentellen Rechtsverständnisses.

Aktuelle Entwicklungen – insbesondere die immer öfter an das Verfassungsgericht überwiesene endgültige Entscheidung in Gesetzgebungsfragen – und der Tod von Michael Schumann, der sich im Dezember 2001 zum erstenmal jährte, bieten Anlaß und Thema für einige Gedanken zum Spannungsfeld Volkssouveränität und Judikatur des Bundesverfassungsgerichts.

Volkssouveränität und Freiheitsrechte

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« heißt es in Artikel 20, Absatz 2 der Staatsfundamentalnorm (vgl. Wesel 1992 : 57) unserer immer noch provisorischen Verfassung. Das ist die »klassische« westeuropäische Formulierung des Begriffs Volkssouveränität. Die Idee der Volkssouveränität, die in ihrer repräsentativen Version auch parlamentarischen Verfassungssystemen zugrunde liegt (vgl. Maus 1994: 74), wurzelt in der Philosophie der Aufklärung. Die politische Philosophie des 18. Jahrhunderts definiert Volkssouveränität als »Selbstgesetzgebung« des Volkes, die wiederum ungeteilt und rechtlich ungebunden ist (vgl. Kant 1988: 128 f.; Rousseau 1989: 394 ff.;

Sieyes 1981: 117 ff., 167 f.; Maus 1992: 148 ff.; Habermas 1989: 16). Damit kontrolliert das Volk als gesetzgebender Souverän – vermittelt der Gesetzesbindung der Staatsapparate (sowohl Exekutivmacht als auch Justizapparat) – den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols. Mit der Idee der Volkssouveränität ist eine *strikt* arbeitsteilige Version der Gewaltenteilung, die eigentlich eine Gewaltentrennung ist (vgl. Klenner 1999: 10), verknüpft. Das Volk hat unmittelbar oder repräsentativ vermittelt alle gesetzgebende Gewalt und findet seine funktional-gewaltenteilige Grenze im Verbot individueller Regelungen (vgl. Rousseau 1989: 411). Umgekehrt sind Exekutive und Judikative auf die Regelung spezieller Fälle beschränkt. Sie sollen an der Gesetzgebung nicht mitwirken. Die Staatsapparate unterwerfen sich der gesetzgebenden Souveränität des Volkes, das sich wiederum dem staatlichen Gewaltmonopol unterordnet.

Darin liegt zugleich ein Moment der Freiheitssicherung für das Individuum, denn der Gesetzlichkeitsaspekt ist ein Freiheitsanspruch aus der Sicht der Beherrschten (vgl. Klenner 1999: 10). Mit der aufklärerischen Konzeption von Volkssouveränität verflochten ist eine Auffassung von Freiheitsrechten, die zwischen politischen Funktionären in den Staatsapparaten und Nichtfunktionären unterscheidet: Nur die Nichtfunktionäre, die Basis, also die Träger der Freiheitsrechte können darüber befinden, was der Inhalt ihrer Rechte ist. Aus der Logik des Gesellschaftsvertrages folgt für Kant, daß das vorstaatliche Menschenrecht der gleichen Freiheit nur im Wege der demokratischen Gesetzgebung und des öffentlichen Diskurses der Bürger konkretisiert und positiviert werden kann (vgl. Kant 1988: 259 ff.). Und Rousseau sieht in den vorstaatlichen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit den »Zweck eines jeden Systems der Gesetzgebung« (Rousseau 1989: 424). Daraus (und aus dem ursprünglich vorstaatlichen Charakter der Menschenrechte) ergibt sich für die politische Philosophie der Aufklärung, daß kein überpositivrechtliches Argument jemals von seiten der Staatsapparate gegen die Individuen geltend gemacht werden kann (vgl. Maus 1999: 288).

Es waren die Protagonisten der Großen Revolution der Franzosen, die jenem Gedanken zur Volkssouveränität zur geschichtsmächtigen Wirklichkeit verhelfen sollten. Die Basisorganisationen der Sansculotterie, also die Volksgesellschaften und Sektionen, bestanden darauf, daß Gesetze nur Gültigkeit haben können, wenn sie vom Volk gemacht oder von ihm sanktioniert werden. Gleichzeitig korrespondiert diese Forderung mit Vorstellungen über eine Kontrolle der gewählten Vertreter, über das Recht der Basisorganisationen, Abgeordnetenmandate zurückzufordern sowie über die Verantwortlichkeit der Staatsfunktionäre vor den Basisorganisationen (vgl. Schöneburg 1989: 6 f.). Und nicht ohne Grund haben die französischen Revolutionsverfassungen die Volkssouveränität als Ausdruck und Schutz der Menschen- und Bürgerrechte definiert (Artikel 23 der Verfassung von 1793: »Die Garantie der Gesellschaft besteht im Zusammenwirken aller, jedem die Nutzung und die Wahrung seiner Rechte zuzusichern. Diese Garantie beruht auf der Souveränität des Volkes«; vgl. auch Artikel 2 und 3 der Französischen Verfassung von 1791). Die Ausübung der Volkssouveränität sichert zugleich die Menschenrechte – das ist die Botschaft der Französischen Revolution.

»Mit dem demokratischen Verfassungsstaat, wie er sich in einem Zeitraum von mehr als 200 Jahren herausgebildet hat, entstand zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ein Staat, in dem die einzelnen Bürger, wie auch die sozialen Gruppen und Gesellschaftsklassen ihre Interessen artikulieren und zumindest teilweise im politisch-staatlichen Willensbildungsprozeß einbringen und durchsetzen können.«
Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September 1991), S. 27.

»Aus dieser Sicht auf die Verfassung (aus der Sicht des prinzipiellen Wertelativismus des Grundgesetzes – d. Red.) ergibt sich zwangsläufig die beständige Notwendigkeit des Kampfes um Verfassungspositionen. (...) Eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung um diese Interpretation spielt das Bundesverfassungsgericht.«
Uwe-Jens Heuer: Die Sozialisten und das Grundgesetz, in: UTOPIE kreativ, 91/92 (Mai/Juni 1998), 112.

»Die Entwicklung der Demokratie war zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung des Rechtsstaates, in dem die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz proklamiert wird und verfassungsmäßig verankerte Bürgerrechte und Rechtsprinzipien in der Verfassung und den Gesetzen der Staatspolitik und der öffentlichen Gewalt Grenzen setzen.«
Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September 1991), S. 27.

Volkssouveränität unter dem Grundgesetz

Obwohl das Prinzip der Volkssouveränität im Grundgesetz verankert ist, fristet es in Deutschland lediglich ein »floskelhaftes Dasein« (Ridder 1987: 128) und ist nach »dem herrschenden deutschen Verfassungs- und Demokratieverständnis fast so etwas wie ein Unwort« (Abromeit 1999: 17), ein »obsoleter Begriff« (Maus 1992: 20). Selbst Uwe Wesel (1992: 58) meint – zu Unrecht –, heute, in einer Demokratie, sei dieser Begriff überflüssig geworden.

Spürt man der Frage nach, warum der Befund so deprimierend ausfällt – im Gegensatz zu den westeuropäischen bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaaten (vgl. Ridder 1987: 118 f.) –, sind vor allem zwei Ursachen auszumachen:

Erstens liegt dies wohl an der Stellung der Volkssouveränität im Grundgesetz und an den Kompetenzen, die die Väter des Grundgesetzes dem Bundesverfassungsgericht zugeschrieben haben und die größer sind als bei jedem anderen Verfassungsgericht dieser Welt (vgl. Wesel 1996: 8). Es ist – wie könnte es anders sein – Helmut Ridder, der konstatiert, daß die Unterordnung der Volkssouveränität unter die Menschenwürde (Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz) deren Reduktion auf einem ideologischen Null-Wert indiziert. »Denn entweder gibt es die Volkssouveränität oder es gibt sie nicht; eine untergeordnete Volkssouveränität ist keine« (Ridder 1987: 128).

Nur am Rande sei bemerkt: Mit dem Volk hatten die Väter des Grundgesetzes sowohl bei dessen Erarbeitung – »Lebendige Kommunikation mit der Willensbildung des Volkes wurde weder von den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates gesucht, noch durch die Initiative der Bevölkerung und ihrer politischen Parteien geschaffen« (Abendroth 1966: 39) – und Verabschiedung nicht viel am Hut, ebensowenig wie die Herrschenden nach 1990, als sie dem Souverän die Abstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung verweigerten.

Die Unterordnung des Prinzips der Volkssouveränität unter Artikel 1 Grundgesetz, die weitreichenden Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts wie auch der Verzicht auf plebiszitäre Elemente im Grundgesetz wurden mit den Erfahrungen aus dem Dritten Reich, das wiederum durch einen »massendemokratischen Mehrheitsabsolutismus« entstanden sei (vgl. Ridder 1987: 129; Wesel 1992: 66, 76 f.), begründet. Doch wurde in den Beratungen zum Grundgesetz zur Legitimation jener Normen beziehungsweise der Vernachlässigung basisdemokratischer Elemente eine *konstruierte Vergangenheit* herangezogen. Das ist insofern kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Expertenkommission, die den ersten Entwurf des Grundgesetzes erarbeitete, zu einem großen Teil aus Juristen bestand, die ihre Berufstätigkeit auch im Staatsdienst des Dritten Reiches ausgeübt hatten (vgl. Abendroth 1996: 36). *Aber*, nicht die Macht des Volkes hat die Demokratie von Weimar zerstört (33 Prozent der Stimmen entfielen zum fraglichen Zeitpunkt auf die deutschen Faschisten). Nicht die Plebiszite – die beiden Volksabstimmungen in der Weimarer Republik zur Fürstenenteignung (1926) und zum Young Plan (1929) waren bekanntlich gescheitert – haben die Republik von Weimar ruiniert. Richtet man einen verfassungs- und staatsrechtlichen Blick auf das Scheitern der Weimarer Republik, bleibt festzuhalten: Es waren die Funktionseeliten, die das Ermächtigungsgesetz beschlossen haben. Die

übergroße Macht des Reichspräsidenten ebnete den Faschisten mit den Weg an die Macht. Die konservativen Interessengruppen unterminierten die demokratischen Institutionen des Staates und verkehrten sie schließlich in ihr Gegenteil. Weimar ging nicht an seinem formaldemokratischen Institutionssystem zugrunde, sondern an den überkommenen Machtstrukturen, am Bedeutungsverlust des Parlaments, an der dem Rechtssystem fremden Interpretationsfreiheit der Justiz, die sich mehrheitlich ewigen Werten verpflichtet fühlte »anstatt den positiven Gesetzen, denen allein sie gem. Art. 102 WRV unterworfen war« (Staff 1989: 236), an der Verdrängung des allgemeinen Gesetzes durch Maßnahmegesetze und Generalklauseln, wodurch die Formalstruktur des Rechts zerstört wurde (vgl. Meuschel 1992: 97).

Zweitens ist es die Rechtsprechung der ›Hüter der Verfassung – wie sich die Bundesverfassungsrichter zum Teil selbst nennen oder genannt werden, wobei diese Bezeichnung pikanterweise auf einen Aufsatz aus der Feder des Kronjuristen der Nazis, Carl Schmidt, aus dem Jahre 1929 zurück geht (»Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung«), den dieser in der damaligen Kontroverse um eine Verfassungsgerichtsbarkeit mit Hans Kelsen und Heinrich Triepel publiziert hatte – die zur Marginalisierung des Prinzips der Volkssouveränität führt. Aufgrund dessen, daß mit dem Grundgesetz erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte die Grundrechte nicht nur an die gewaltbewehrten Staatsapparate adressiert, sondern auch dem Gesetzgeber übergeordnet sind (vgl. Maus 1999: 280), konnte die Funktion der Verteidigung und Konkretisierung der Grundrechte von der demokratisch gewählten Legislative auf die Judikative übergehen. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch in seiner Rechtsprechung diese Funktion soweit ausgedehnt, daß es sich *selbst* in die Rolle eines ›Super-Gesetzgebers‹, eines »permanenten Verfassungs-Revisors« (Ridder 1987: 120 f.) gehoben hat.

Dies gelingt dem Bundesverfassungsgericht, indem es seiner Rechtsprechung ein Wertordnungsdenken zugrunde legt (vgl. Denninger 1976: 171). So führt das Gericht im ›Soraya-Beschluß‹ aus: »Das Recht ist nicht mit der Gesamtheit der geschriebenen Gesetze identisch. Gegenüber den positiven Satzungen der Staatsgewalt kann unter Umständen ein Mehr an Recht bestehen, das seine Quelle in der verfassungsmäßigen Rechtsordnung als einem Sinnanzien besitzt und dem geschriebenen Gesetz gegenüber als korrektiv zu wirken vermag ... Die Aufgabe der Rechtsprechung kann es insbesondere erfordern, Wertvorstellungen, die der verfassungsmäßigen Rechtsordnung immanent, aber in den Texten der geschriebenen Gesetze nicht ... zum Ausdruck gekommen sind, in einem Akt des bewertenden Erkennens ... ans Licht zu bringen« (Bundesverfassungsgericht E 34: 269). Die Konsequenzen der Berufung auf »objektive Werte« und eine »objektive Wertordnung« (Bundesverfassungsgericht E 7: 205) sind vielfältig (vgl. Denninger 1976: 166 ff.). So bedarf es keiner Legitimation von Herrschaftsakten durch eine reale Analyse von Freiheitsbedingungen. Werte können wiederum durch Werte relativiert werden. Der relative Freiheitschutz wird zu einem ›absoluten‹, nach allen Seiten wirkenden ausgedehnt. Und Werte müssen verteidigt werden gegen die Negation von Werten.

»Der Rechtsstaat hatte sich in Deutschland historisch als Gegensatz zum feudalen Polizeistaat herausgebildet. Mit dem Fortschreiten der bürgerlichen Gesellschaft wurde mit Notwendigkeit sowohl das Thema der Anwendung der Verfassung und der Gesetze, des gleichen Rechts für alle, der liberalen Grundrechte als auch der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung auf die Tagesordnung gesetzt.« Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September 1991), S. 31.

»...die Demokratie lebt von den Grundrechten und der Bereitschaft der Menschen, sie wahrzunehmen und zu verteidigen, und unsere Verfassung ist aus guten Gründen grundrechts-¹zentriert.«

Michael Schumann: Politik und Ideologie. Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: UTOPIE kreativ, Nr. 91/92 (Mai/Juni 1998), S. 82.

»Eine Tendenz zur Einschränkung politischer Freiheitsrechte geht nach wie vor von Konzept und Praxis der sogenannten abwehrbereiten Demokratie aus. Das damit verbundene Staatsschutzinstrumentarium schützt die Demokratie nicht. Es verstümmelt sie. (...) Demokratieschutz wird so in der Realität zur Abschottung des politischen Systems gegen links und zur Einengung der Demokratie, zum Einfallstor von Willkür in den Rechtsstaat.«
Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September 1991), S. 32.

Einige Beispiele aus der Praxis des Bundesverfassungsgerichts sollen die Folgen illustrieren. Mitte der siebziger Jahre entzündete sich die Kritik an der Praxis des Bundesverfassungsgerichts insbesondere an zwei Urteilen: Dem Hochschulurteil (Bundesverfassungsgericht E 35: 79) und dem Urteil zur »Schwangerschaftsunterbrechung«, was bereits eine verlogene Sprache ist (wie in der DDR), da es sich um einen Abbruch handelt (Bundesverfassungsgericht E 39: 1). Ich möchte hier auf das zweite Urteil kurz eingehen. Der Gesetzgeber wollte 1974 auf eine wirkungslose, inadäquate und sogar schädliche Strafandrohung, nämlich den berüchtigten § 218 StGB, weitestgehend verzichten und den Schutz des ungeborenen Lebens durch sozial adäquate Mittel gewährleisten. Die Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts (5 : 3) war jedoch der Meinung, daß jenes 5. Strafrechtsreformgesetz vom 18. Juni 1974 mit der »objektiven Wertordnung« der Grundrechte, die ihrerseits in der »Schöpfungsordnung« verankert sei (vgl. Bundesverfassungsgericht E 39: 67), nicht vereinbar ist (vgl. Rüpkе 1975). Das Bundesverfassungsgericht forderte die strafrechtliche Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs. Die Entscheidung ist zumindest aus zwei Gründen exemplarisch:

Erstens: Obwohl die parlamentarischen Beratungen zur Reform des § 218 StGB mit großem Ernst und ungewöhnlicher Gründlichkeit durchgeführt worden sind, kippt das Bundesverfassungsgericht mit seiner Wertargumentation die Entscheidung des demokratischen Gesetzgebers. Die »objektive Wertentscheidung« wird zum Vehikel, um spezifisch gesetzgeberische Funktionen in der Gestaltung der Sozialordnung auf das Bundesverfassungsgericht zu verlagern. Denn das Gericht beschränkte sich keineswegs auf die verfassungsrechtliche Kontrolle der vom Gesetzgeber getroffenen Entscheidung, sondern ersetzte diese durch eine andere vom Gericht für besser gehaltene Lösung. Es gerierte sich als politische Schiedsinstanz (vgl. Rupp-Brünneck/Simon 1976: 256).

Noch deutlicher wird dies bei der zweiten Abtreibungsentscheidung 1993 (vgl. Bundesverfassungsgericht E 88: 203), als der zweite Versuch des Gesetzgebers zur Durchsetzung einer Fristenlösung in Karlsruhe scheiterte. Das Schwangeren- und Familienhilfegesetz von 1992, unter anderem geboren aus der Notwendigkeit einer Rechtsangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, da in der DDR 1972 die Fristenlösung eingeführt worden war, enthielt nach mühevollen parlamentarischen Beratungen einen Kompromiß, der durch alle Parteien ging (vgl. Denninger/Hassemer 1993). Doch die »Hüter der Verfassung« wußten alles besser. Sie begnügten sich nicht mit der Nichtigkeitserklärung der für verfassungswidrig gehaltenen Normen, sondern schufen im Wege der Vollstreckungsanordnung übergangsweise ein eigenes Schwangerschaftsunterbrechungsgesetz, bestehend aus 21 Punkten (vgl. Denninger 1999: 292). Ein Vorgehen, welches selbst von der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, kritisiert wird (vgl. Limbach 1996: 12).

Mit dieser Art Spruchpraxis usurpiert das Bundesverfassungsgericht eine positive Rechtsschöpfungsinitiative, indem es den parlamentarischen Gesetzgebungsorganen »Empfehlungen« zukommen

läßt, welche in der Regel auch befolgt werden (vgl. Bundesverfassungsgericht E 40: 296).

Aber zurück in das Jahr 1975, als eine schwedische Parlamentskommission sich mit der Reform der Grundrechte in der schwedischen Verfassung beschäftigte und das deutsche Abtreibungsurteil wie folgt kommentierte: Die Gefahr eines Systems mit Verfassungsgerichtsbarkeit werde durch die Entscheidung klar beleuchtet. »Es ist offenbar, daß es hier nicht um Rechtsanwendung im gewöhnlichen Sinne, sondern um eine Stellungnahme von politischem Charakter ging« (Wesel 1996: 40). Die Kommission lehnte eine Verfassungsgerichtsbarkeit für Schweden ab.

Bemerkenswert ist das Abtreibungsurteil aber noch aus einem zweiten Grund. Und hier bewege ich mich auf dem sicheren Grund des Strafrechts. Erstmals wurde nämlich zur Prüfung gestellt, ob der Staat strafen muß. Das ist ein Paradigmenwechsel. Denn die klassische Aufgabe des Verfassungsgerichts besteht darin, Verletzungen des Freiheitsraumes des Individuums durch übermäßige Eingriffe staatlicher Gewalt abzuwehren. Auf der Skala staatlicher Eingriffsmöglichkeiten steht das Strafrecht, eine der schärfsten Waffen in der Hand des Staates, an vorderster Stelle. Im Abtreibungsurteil wird nun jedoch aus der »objektiven Wertentscheidung« eine Pflicht zum Strafen abgeleitet. Aber der Sinn der Grundrechte besteht nicht darin, wie im Minderheitenvotum richtig betont wird, einen Einsatz der Strafgewalt zu fordern, sondern ihm Grenzen zu ziehen. Und auch die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes, das heißt eine historische Auslegung spricht gegen die Auffassung, aus Grundrechtsnormen eine Pflicht zum Strafen herzuleiten (vgl. Rupp-Brünneck/Simon 1976: 259 ff.).

Ulrich K. Preuß, der die Umdeutung des Grundgesetzes in eine dem souverän gedachten Volkswillen entzogene »objektive Wertordnung« durch das Bundesverfassungsgericht (vgl. Frankenberg 1997: 230) eine Ethisierung der Verfassung nennt (vgl. Preuß 1984: 260), hat herausgearbeitet, wie in der Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts nun der Rechtsstaat oft nicht mehr eine Instanz zur Beschränkung staatlicher Gewalt, des Schutzes des einzelnen gegen das staatliche Gewaltmonopol ist, sondern »ein objektives Wertprinzip, dessen Rolle darin besteht, schwere Straftaten zu verhindern, ... aufzuklären und abzuurteilen« (Preuß 1984: 265) wird. Wohlgedemerkter: Niemand bestreitet die Kompetenz des Staates, strafbare Handlungen zu verfolgen. Aber nimmt man den Rechtsstaat ernst und nicht als ideologischen Kampfbegriff, so ist zu konstatieren, daß er gerade gegen eine Auswucherung staatlichen Gewaltpotentials installiert wurde und nicht zur Legitimation einer Ausdehnung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten. Ähnlich verhielt es sich bei der Terrorismusbekämpfung in den siebziger Jahren. Der Rechtsstaat müsse sich zur Wehr setzen, hieß es. Der Preis war der Verlust an Rechtsstaatlichkeit im Straf- und Strafverfahrensrecht. Verbot der Mehrfachverteidigung, Kontaktsperrengesetz, § 129a StGB und Isolationshaft müssen an dieser Stelle als Stichworte genügen. Und heute dient der internationale Terrorismus wieder einer sozialdemokratisch geführten Regierung zur Legitimation, dem Präventions- und Sicherheitsstaat und nicht etwa dem Rechtsstaat(!) einen weiteren »Modernisierungsschub« zu geben.

»Die Fundamente und die Perspektive einer demokratischen und rechtlichen Ordnung werden in erster Linie durch die herrschende neokonservative Politik bedroht, einer Politik, die ihre Anpassungsübungen an durch Gestaltungsverzicht erst konstituierte »Zwänge« der Globalisierung als Gestaltungs- und Reformleistungen anpreist, einer Politik, die dazu führt, daß politische Gestaltungsmacht von den demokratischen Institutionen wegdelegiert und zu mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen verlagert wird. Michael Schumann: Politik und Ideologie. Wandlungen im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: UTOPIE kreativ, 91/92 (Mai/Juni 1998), S. 86 f.

»Das Grundgesetz ist keine Widerspiegelung von dem, was ist. Es ist keine Aussage von dem, was ist, es ist eine Norm, es ist Recht, es ist Verhaltensregel, es soll so sein. Auf die Frage, ob wir ein Rechtsstaat sind, ob wir eine Demokratie sind – wir haben ungeheure Demokratiedefizite, die schlagen beim Rechtsstaat sofort durch – kann ich nur sagen, wir sollen es sein. Das ist eine große Differenz.«
Hermann Klenner: Demokratie, Rechtsstaat und Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, 91/92 (Mai/Juni 1998), S. 95.

Auch in der rationalistischen Aufklärungsphilosophie, beispielhaft verweise ich auf Montesquieu und Wilhelm von Humboldt, spielt der Begriff Sicherheit eine zentrale Rolle. Humboldt verstand unter Sicherheit die Gewißheit der gesetzmäßigen Freiheit, während Montesquieu sie als »politische Freiheit« des Bürgers definierte. Diese Freiheit hing für beide Denker entscheidend von der Güte der Strafgesetze ab. Aber im Auge hatten die Aufklärer nicht die general- und spezialpräventiven Funktionen des Strafens, sondern vielmehr elementare Verfahrensgarantien zum Schutze des Angeklagten. Von diesem liberalen Ansatz löst sich das Bundesverfassungsgericht partiell mit seiner Judikatur.

Im weiteren möchte ich noch kurz auf eine dritte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingehen, die mit der untergegangenen DDR zusammen hängt und die ich ausführlich mit Michael Schumann diskutiert habe. Gemeint ist der Beschluß des Gerichtes vom 24. Oktober 1996 zur Verfassungsbeschwerde von Mitgliedern des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Diese waren der Meinung, daß ihre Verurteilung wegen der Toten an der Grenze zwischen der DDR und BRD verfassungswidrig sei. Nicht ganz unberechtigt. Denn der Einigungsvertrag hatte die bundesdeutschen Gerichte bei der Aburteilung sogenannter Alttaten aus der DDR auf das am Tatort zur Tatzeit geltende Strafrecht, also das der DDR, festgelegt. Da jedoch nach dem Strafrecht der DDR der überwiegende Teil der Handlungen der Grenzsoldaten und DDR-Funktionäre nicht strafbar ist, verstoße, so die Argumentation der Beschwerdeführer, ihre Verurteilung gegen das im Artikel 103, Absatz 2 Grundgesetz geregelte Rückwirkungsverbot, die Bastion des Rechtsstaates im Strafrecht. Die Gerichte hatten nämlich dadurch eine Bestrafung vieler Grenzsoldaten und der hinter ihnen stehenden Offiziere und Staats- sowie Parteifunktionäre herbeigeführt, daß sie durch verschiedene, aber durchgängig naturrechtliche Argumentationen bestimmte Regelungen des DDR-Strafrechts hinweg interpretierten (vgl. Dreier 1997: 424 ff.). Das Bundesverfassungsgericht gab der Beschwerde nicht statt. Obwohl das Rückwirkungsverbot absolut gesetzt sei, immerhin hatte die BRD 1952 bei der Ratifizierung der EMRK sogar vor dem Hintergrund der noch nicht gesühnten Nazi-Verbrechen(!) einen Vorbehalt gegen die das Rückwirkungsverbot relativierende »Nürnberg-Klausel« vorgebracht, gelte es nicht für die Taten an der Grenze, da das DDR-Grenzregime »extremes staatliches Unrecht« gewesen sei. Letztlich bedient sich das Bundesverfassungsgericht einer naturrechtlichen Argumentation, mit der nicht nur über materielle Gerechtigkeitserwägungen Artikel 103, Absatz 2 Grundgesetz ausgehebelt, sondern auch der Wille des demokratischen Gesetzgebers, wie er sich im Einigungsvertrag manifestiert, negiert wurde.

Nur kurz sei angemerkt: Das Bundesverfassungsgericht bemüht hier ebenfalls eine *konstruierte Vergangenheit*, um die gewünschten Resultate zu rechtfertigen. Aus einer Studie der kriminologischen Forschungsstelle der Humboldt-Universität unter Federführung Uwe Ewalds, die demnächst in der *Neuen Justiz* publiziert wird, ergibt sich, daß die Konstruktion der Gerichte, wonach an der Grenze Tod vor Flucht gegolten habe, durch den faktischen Einsatz von Schußwaffen *nicht* gestützt wird. Wohl gemerkt: Der Befehl zum

Einsatz der Schußwaffe barg auch immer das Risiko von Verletzungen und Tötungen. Es hat auch an der Grenze Exzeßtaaten gegeben, die vom damaligen Recht nicht gedeckt waren. Und keineswegs soll das Grenzregime schön geredet werden. Aber das Kriminaljustizsystem produzierte im Kontext der Grenzerprozesse ›Wahrheiten‹ (nicht Kollateralschäden des Staatssozialismus, sondern ›Totschlagopfer‹) und Werte, die empirisch nicht hinterfragt werden, aber in der öffentlichen Diskussion gar nicht mehr in Frage gestellt werden dürfen. Die Politik gab im Einigungsvertrag die Leitkategorie mit der Verdrängungsvokabel »Unrechtsregime« vor, die Strafprozesse kreierten ihre Wahrheiten, die ihrerseits den öffentlichen Diskurs prägen. Für eine Differenzierung von Politik, Gesellschaft und Ökonomie der DDR ist kein Raum. Die Moralisierung der politischen Öffentlichkeit ist angesagt. Selbst die PDS konnte sich mit ihrer Erklärung zum 13. August 2001 jener Moralisierung nicht entziehen.

Als Fazit bleibt: Auch die Mehrzahl der Strafverfahren gegen DDR-Funktionäre wegen sogenannter Systemkriminalität steht für eine Verlagerung der Entscheidungskompetenz vom demokratisch unmittelbar legitimierten Volkssouverän auf die Justiz (vgl. Staff 1999: 267).

Verfassungsgericht als Demokratieersatz

Die demokratietheoretischen und politischen Resultate jener nur beispielhaft angeführten Rechtsprechung seien hier lediglich kurz skizziert. In Kontraposition zu Josef Isensee, der von einer »intakten Normalität« auf dem Felde von Gesetzgebung und Justiz, von einer problemlosen Ausbalancierung der »Gewaltenteilung zwischen tätigen und kontrollierenden Organen« (Isensee 1996: 1088) schreibt, ist ein Ergebnis die *Zerstörung* der funktionalen Gewaltenteilung und des Zusammenhangs von Menschenrechten als individuelle subjektive Rechtsansprüche und Demokratie (vgl. Maus 1999: 289 ff.). Denn in dem Maße, wie Judikative und Exekutive (was hier ausgespart bleiben muß) überpositivrechtlich argumentieren, findet ein Perspektivenwechsel statt. Nicht mehr die gesellschaftliche Basis, wie im aufklärerischen Konzept der Volkssouveränität gedacht, kontrolliert in Wahrnehmung von Freiheitsrechten die Staatsapparate, da die Innovation des Rechts genau an die Staatsapparate übergeht, die an das Recht gebunden werden sollten. Damit hört die Verfassung tendenziell auf, Maßstab der Kontrolle der Staatsapparate zu sein. Extremster Beleg dafür ist die *verfassungswidrige* Beteiligung der BRD am Kosovo-Krieg. Der parlamentarisch-demokratische Prozeß wird durch eine exzessive inhaltliche Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts eingeschnürt. Die Verkehrung der Grundrechtsfunktion in eine Eingriffsbefugnis des Staates, die Dominanz des Bundesverfassungsgerichts im politischen System sind Ausdruck eines Demokratieersatzes. Denn die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse unterliegt nicht der politischen Praxis des Volkes, sondern wird »in letzter Instanz jenen Kräften überlassen, die die Interpretationsherrschaft darüber haben, wann bestimmte legal betriebene Änderungen mit der Verfassungssubstanz übereinstimmen und wann nicht« (Preuß 1984: 261). Dabei möchte ich gar nicht die »parlamentarischen Hinterzimmerdeals nach Maßgabe des Parteien-

»Die Verfassung wird immer mehr inhaltlich aufgeladen, der Rahmen für ›zulässige‹ Auseinandersetzungen eingeeengt. Ein entscheidender Schritt war dabei der Rekurs des Bundesverfassungsgerichts von Rechtsnormen auf Werte, die es in die Verfassung hineinliet. Das Recht sei nicht mit der Gesamtheit der geschriebenen Gesetze identisch. (...) Indem von Normen – also Regeln – zu Werten übergegangen wird, ist der Weg zur Aufdeckung der der Verfassung zugrundeliegenden Widersprüche versperrt. Statt widerstreitender Konfliktgegner gibt es Wert und Unwert, Verfassungsanhänger und Verfassungsfeinde – einen Begriff, den übrigens das Grundgesetz gar nicht kennt, dafür aber der Verfassungsschutz und seine Berichte.« Uwe-Jens Heuer: Die Sozialisten und das Grundgesetz, in: UTOPIE kreativ, 91/92 (Mai/Juni 1998), S. 112.

proporz« (Frankenberg 1997: 229) zur Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts thematisieren. Von der Wahl der Richter zur Souveränität des Volkes führt »allenfalls ein äußerst schmaler, nicht eben direkter Pfad« (Frankenberg 1997: 229).

Dieser Zustand wurde, vielleicht etwas überspitzt und unter Vernachlässigung des Umstandes, daß auch wichtige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts demokratische Handlungsspielräume ausgeweitet haben (vgl. Denninger 1999), als »Refeudalisierung« (Maus 1991: 140), »Beseitigung des Prinzips der Volkssouveränität« (Preuß 1984: 261) oder »Auflösung der Gesetzlichkeit«, »Ent-Gesetzlichung« (Ridder 1987: 124) charakterisiert.

Was tun?

»Der Weg, um mehr Demokratie realisieren zu können und die anstehenden ökologischen, politischen und sozialen Probleme zu lösen, führt über den Ausbau der Planungskapazität des Staates, über qualitativ neuartige Eingriffe der Gesellschaft in die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, über erweiterte Mitbestimmung, Investitionskontrolle und Vergesellschaftung großen Eigentums. (Ferner) ...sind die verfassungsrechtlichen und institutionellen Barrieren zu beseitigen, die sich gegen die gleichberechtigte Teilnahme aller gewaltfreien politischen Kräfte am demokratischen Prozeß richten.«

Uwe-Jens Heuer/Ekkehard Lieberam/Michael Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September 1991), S. 34.

In Anlehnung an Lenin ist zu fragen: Was tun? Für demokratische Sozialisten sehe ich drei, lediglich kurz angerissene Aufgabenfelder.

Rein juristisch ist jener Ausweitung der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts ein »verfassungsrechtlicher Positivismus«, wie ihn beispielsweise Wolfgang Abendroth vertrat, entgegenzuhalten. Dieser »Positivismus«, der sich ausschließlich am Wortlaut der Verfassung und am Willen des historischen Gesetzgebers bei der Auslegung orientiert (nach dieser Auslegung soll die richterliche Gewalt auch nicht die eigene Machtposition ausweiten, um die Willensbildung des Volkes zu überspielen – vgl. Abendroth 1966: 13, 76), ist eine »Schutzmauer gegen das Rückrollen des historischen Verfassungskompromisses« (Ridder 2001: 91), gegen das »Anschmiegen von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit durch die Justiz« (Römer 2001: 68). Es entspricht übrigens auch dem Verfassungskompromiß, daß die BRD verfassungsrechtlich *nicht* an die existente kapitalistische Struktur ihrer Wirtschaftsgesellschaft und an deren herrschende ideologische Spiegelung in der Lehre von der »sozialen Marktwirtschaft« gebunden ist. Vielmehr hat sie »im Verfassungskompromiß der Formel vom »sozialen und demokratischen Rechtsstaat« (Art. 20 Abs. 1, 28 GG) deren Umgestaltung in eine sozialistische Wirtschaftsgesellschaft gänzlich anderen Charakters (Art. 15 GG) bewußt ... erlaubt« (Abendroth 1979: 255).

Ein solcher verfassungsrechtlicher Positivismus hätte wohl auch in Brandenburg bei den Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht zur Abbaggerung Hornos und zum Kita-Gesetz andere Urteile erbracht.

Die angedeuteten Tendenzen sind zum zweiten mit dem Prinzip der Volkssouveränität zu kritisieren. Zugleich ist jenes Prinzip unter den gewandelten Bedingungen einer komplexen Gesellschaft, für die Stichworte wie »Globalisierung« oder »Risikogesellschaft« stehen, zu rekonstruieren. Neue Möglichkeiten einer gesellschaftsadäquaten Institutionalisierung der Rechtsetzung, die die vorhandene parlamentarische ergänzt, sind zu finden. Auf entsprechende Ansätze (vgl. Abromeit 1999; Maus 1991) kann zurück gegriffen werden.

Auch wenn es stimmen mag, daß es nicht die Zeit für Radikaldemokratie ist (Braun 1998: 109), so sind drittens erst recht alle Initiativen zu unterstützen, die bereits vorhandene Möglichkeiten der Volksgesetzgebung – wie hier in Brandenburg, auch wenn sie durch

die Staatsapparate amputiert werden – nutzen oder für deren Ausbau streiten. Denn die von Hermann Klenner zusammengefaßte Botschaft Rudolf von Jherings aus seiner Schrift *Der Kampf ums Recht* (1872) ist immer noch aktuell. »Wirklich, es rettet uns kein höheres Wesen. Wer die von Oben betriebene Rechtsentwicklung nicht durch eine Rechtsentwicklung von Unten zu konterkarieren und daher für seine eigenen Rechte zu kämpfen bereit ist, der wird seiner Pflicht weder gegen sich selbst noch gegenüber der Gesellschaft gerecht« (Jhering 1992: 147).

Literatur:

- Abendroth, Wolfgang (1966): Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Stuttgart.
- Abendroth, Wolfgang (1979): Über den Zusammenhang von Grundrechtssystem und Demokratie, in: Perels, J. (Hrsg.), Grundrechte als Fundament der Demokratie, Frankfurt/M., S. 249 ff.
- Abromeit, Heidrun (1999): Volkssouveränität in komplexen Gesellschaften, in: Brunkhorst, H./Niesen, P. (Hrsg.), Das Recht der Republik, Frankfurt/M., S. 17 ff.
- Braun, Volker (1998): Wir befinden uns soweit wohl. Wir sind erst einmal am Ende. Äußerungen, Frankfurt/M.
- Denninger, Erhard (1976): Freiheitsordnung-Wertordnung-Pflichtordnung, in: Tohidipur, M. (Hrsg.), Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Politik, Frankfurt/M., S. 163 ff.
- Denninger, Erhard (1999): Das Bundesverfassungsgericht zwischen Recht und Politik, in: Brunkhorst, H./Niesen, P. (Hrsg.), Das Recht der Republik, Frankfurt/M., S. 288 ff.
- Denninger, Erhard/Hassemmer, Winfried (1993): Zum Verfahren zu §§ 218 ff. StGB vor dem Bundesverfassungsgericht, in: Kritische Justiz, S. 78 ff.
- Dreier, Horst (1997): Gustav Radbruch und die Mauerschützen, in: Juristen Zeitung, S. 421 ff.
- Frankenberg, Günter (1997): Die Verfassung der Republik, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1989): Ist der Herzschlag der Revolution zum Stillstand gekommen? Volkssouveränität als Verfahren, in: Die Ideen von 1789 in der deutschen Rezeption, Frankfurt/M., S. 7 ff.
- Heuer, Uwe-Jens/Lieberam, Ekkehard/ Schumann, Michael (1991): Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, Nr. 13 (September), S. 26 ff.
- Hoerster, Norbert (1991): Abtreibung im säkularen Staat, Frankfurt/M.
- Humboldt, Wilhelm von (1994): Menschenbildung und Staatsverfassung. Texte zur Rechtsphilosophie (1791-1819), Freiburg/Berlin.
- Isensee, Josef (1996): Bundesverfassungsgericht – quo vadis?, in: Juristen Zeitung, S. 1085 ff.
- Jhering, Rudolf von (1992): Der Kampf ums Recht (1872), Freiburg/Berlin.
- Kant, Immanuel (1988): Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin.
- Klenner, Hermann (1999): Zu dem von Walter Markov herausgegebenen Montesquieu – Essay des Werner Krauss, in: UTOPIE kreativ, Nr. 100 (Februar), S. 5 ff.
- Limbach, Jutta (1996): Das Bundesverfassungsgericht als politischer Machtfaktor, in: Humboldt Forum Recht, Beitrag 12.
- Maus, Ingeborg (1991): Sinn und Bedeutung von Volkssouveränität in der modernen Gesellschaft, in: Kritische Justiz, S. 137 ff.
- Maus, Ingeborg (1992): Zur Aufklärung der Demokratietheorie, Frankfurt/M.
- Maus, Ingeborg (1994): Volkssouveränität versus Konstitutionalismus. Zum Begriff einer demokratischen Verfassung, in: Frankenberg, G. (Hrsg.), Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Maus, Ingeborg (1999): Menschenrechte als Ermächtigungsnormen internationaler Politik oder: der zerstörte Zusammenhang von Menschenrechten und Demokratie, in: Brunkhorst, H. et al. (Hrsg.), Recht auf Menschenrechte, Frankfurt/M., S. 276 ff.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M.
- Preuß, Ulrich K. (1984): Politische Verantwortung und Bürgerloyalität. Von den Grenzen der Verfassung und des Gehorsams in der Demokratie, Frankfurt/M.
- Ridder, Helmut (2001): Der Jurist Wolfgang Abendroth, in: Balzer, F.-M. et al. (Hrsg.), Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker, Opladen, S. 85 ff.
- Ridder, Helmut (1987): Die neueren Entwicklungen des Rechtsstaates, in: Schöneburg, K.-H. (Hrsg.), Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Rechtsphilosophie, Berlin.
- Römer, Peter (2001): Demokratie als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft, in: Balzer, F.-M. et al. (Hrsg.), Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker, Opladen, S. 49 ff.
- Rousseau, Jean-Jacques (1989): Kulturkritische und Politische Schriften, 1. Band, Berlin.
- Rüpke, Giselher (1975): Schwangerschaftsabbruch und Grundgesetz, Frankfurt/M.
- Rupp-von Brünneck, Wiltraut/Simon, Helmut (1976): Minderheitenvotum zur Novellierung des § 218 StGB, in: Tohidipur, M. (Hrsg.), Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Politik, Frankfurt/M., S. 255 ff.
- Schöneburg, Karl-Heinz (1989): Revolutionäre Demokratie-Historizität und Aktualität, in: Staat und Recht, S. 4 ff.
- Sieyes, Emanuel J. (1981): Politische Schriften, München/Wien.
- Staff, Ilse (1989): Zur Rezeption der Ideen der Französischen Revolution von 1789 in der deutschen Staatslehre des 20. Jahrhunderts, in: Die Ideen von 1789 in der deutschen Rezeption, Frankfurt/M., S. 223 ff.
- Staff, Ilse (1999): Zur Problematik staatsverstärkter Kriminalität, in: Brunkhorst, H./Niesen, P. (Hrsg.), Das Recht der Republik, Frankfurt/M., S. 232 ff.
- Wesel, Uwe (1992): Fast alles, was Recht ist, Frankfurt/M.
- Wesel, Uwe (1996): Die Hüter der Verfassung, Frankfurt/M.

JENS-F. DWARS

»... in der elitären Ebene.«

Ein Gespräch mit Karl Schirdewan

Fünf Jahre nach der »Wende« erschienen im Aufbau-Taschenbuchverlag die Memoiren von Karl Schirdewan: »Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik«. Da ich gerade auf der Suche nach Material für eine Biographie über Johannes R. Becher war und Schirdewan in seinem Buch auch eine Begegnung mit dem verzweifelten Kulturminister erwähnt hatte, bat ich ihn um ein Gespräch.

Das Interview fand am 11. Juli 1994 im Wohnhaus der Familie statt. Keine Villa, nicht einmal eine Spur von vergangenem Luxus, wie man es nach Maßgabe heutiger Medien von Ulbrichts Kronprinzen hätte erwarten können. Nein, zu enthüllen gab es nichts. 1957 war er in Ungnade gefallen, wenn auch nicht ins Bodenlose. Die Staatliche Archivverwaltung der DDR war fortan sein Ressort. Ein Bahnbrecher der Zukunft wurde zum Hüter der Vergangenheit degradiert, vom Aussichtsturm der Führung in den Keller der Gesellschaft verbannt. Das war zynisch von den Genossen und bitter für ihn, aber doch leichter zu ertragen als das Los der anderen, die ihre Opposition mit Berufsverbot, Gefängnis oder Zuchthaus bezahlten wie Wolfgang Harich, Walter Janka, Erich Loest und Hunderte von heute wieder Namenlosen.

Das unscheinbare Anwesen in einer Potsdamer Einfamilienhaus-siedlung fiel nur auf, weil sein Putz sich noch mehr als bei den Nachbarn von der Wand zu lösen begann. Im Innern schien die Zeit stehengeblieben zu sein: Ich tauchte in die Formenwelt der späten sechziger Jahre, wie bei meinem Großvater, der gleichfalls 1907 geboren, aber schon vor längerer Zeit verstorben war. Der Siebenundachtzigjährige, der mich mit leicht zitternder Hand an seinen Tisch bat, war fast erblindet, doch von einer geistigen Vitalität, einer Kraft, die alles Äußere vergessen ließ. Noch mehr beeindruckte der Klang seiner Stimme, der bestimmende Duktus seiner Rede, in der noch immer ein Schatten von dem mitschwang, was ihm einst zu eigen war – Macht.

Ein Gespräch im Sinne eines Dialogs kam nicht zustande. Es war, als wartete er nur auf ein Stichwort, um die Überfülle des Erlebten mitzuteilen. Die Ausgangsfrage war vergessen, und mein erstes Interview gescheitert. Gäbe es eine »Becher-Forschung«, wäre der vorliegende Text für sie wertlos. Was Schirdewan zu dem Thema sagt, hatte er schon in seinem Buch geschrieben. Nach den Regeln des Journalismus hätte ich ihn unterbrechen und auf den eigentlichen Gegenstand festnageln müssen. Aber vielleicht war dies gar nicht das Eigentliche, das er mitteilen wollte? Ich ließ ihn reden und sah

Karl Schirdewan – 1907 in Stettin geboren. Wächst als Findelkind bei Pflegeeltern und in einem katholischen Waisenhaus auf. 1914 adoptiert vom Ehepaar Schirdewan in Breslau. Katholische Mittelschule, Lehre in Getreidehandlung, Laufbursche, Bürogehilfe. 1923 Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband, 1925 in die KPD. 1928 Mitglied des ZK des KJVD und Bezirksvorsitzender in Schlesien. 1931/32 Leiter des Verlages »Junge Garde«, danach Bezirksvorsitzender des KJVD in Ostpreußen. Ab 1933 illegal in Sachsen und Norddeutschland, 1934 beim Aufbau der illegalen Inlandsleitung der KPD in Hamburg verhaftet. Verurteilt zu drei Jahren Zuchthaus (Coswig) mit anschließender »Schutzhaft« (KZ Sachsenhausen und Flossenbürg) Am 23. April 1945 auf

später erst, beim Abschreiben des Tonbandes, was da zur Sprache kam: das Muster eines Lebens, die Prägungen eines Politikers, die er im Nationalsozialismus erfuhr und der später zu jenen Akteuren gehörte, die die frühe DDR prägten.

Daß der lange Zeit Vergessene sich selbst in den Vordergrund schob, daß er mehrfach das Urteil der Sowjets über seine Intelligenz zitiert und seinen Willen zur Demokratie im Gegensatz zum Dogmatiker Ulbricht betont, das war nur allzumenschlich. Daß er aber immer wieder, selbst am Ende noch einmal, auf die Jahre im KZ zurückkommt, dies ist das beängstigend Logische seines Berichts: Hier, unter schwersten Bedingungen, hatte er sich bewährt, seine Menschlichkeit, Solidarität und Treue zur Partei unter Beweis gestellt. Hier war er mutig und weitblickend, derselbe Mann, der vor Ulbricht und in Moskau klein beigab. Es ist wie im Falle Dimitroffs: Gegen Feinde, für die wir nur Haß empfinden, sind wir stark, aber uns aufzulehnen in den eigenen Reihen, gegen Vertraute, mit denen uns Gemeinsames verbindet, diese Aufgabe scheint übermenschlich zu sein.

Und noch etwas wirkt erschreckend: Das fatale Primat von Konspiration und Information als Gesetz des Überlebenskampfes, das sich den Verschworenen im KZ so tief eingebrannt hat, daß sie auch in ihrem eigenen Herrschaftsbereich noch danach handeln, im Namen des Neuen überall die alten Feinde und Verräter witternd. Die Härte der Verhältnisse, die das Verhalten konditioniert, bis sie genetisch wird, das Selbstverständnis einer Elite, die aus der Hölle ins Paradies führen wollte.

Vier Jahre nach seinem Tod scheint es mir möglich zu sein, hinter Schirdewans Antworten tiefere Fragen wahrzunehmen, die ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

DWARS: Welche Erinnerungen haben Sie an Johannes R. Becher?

SCHIRDEWAN: Wir haben eigentlich schon über Becher im Konzentrationslager Sachsenhausen erzählt. Da haben wir schon diskutiert über sozialistische Kultur. Also die elitären Kräfte dort. Ich erinnere mich noch ganz lebhaft, wie wir da auch über Becher und seine Entwicklung [sprachen], als Beispiel, weil der ja nicht geboren worden ist als sozialistischer Schriftsteller, weil der ja verschiedene Etappen in seiner Entwicklung durchgemacht hat. Und später dann einer der, ich möchte sagen, klassifizierten Lyriker [war], der Kommunist wurde. Und später ging's ja um den »Sozialistischen Realismus«, und da hatte er auch keine feste Haltung, sondern hatte seine eigenen Gedankenkreise. Und dann war er in der Sowjetunion, in der Emigration.

Ihm ist nichts geschehen, so weit wie ich das weiß. Aber er hatte immer [einen] großen Zwiespalt mit Ulbricht. Während Wilhelm Pieck und die anderen ihn sehr achteten. Er war bestimmt ein Mensch mit großer Sensibilität. Ich bin auch nicht der Meinung, daß das, was Janka geschrieben und veröffentlicht hat – das entsprach der Natur von Janka, das war aber nicht eine objektive Einschätzung von Becher. Ihm Vorwürfe zu machen, in der Verteidigung oder passiven Haltung gegenüber den Gemaßregelten oder sogar Verhafteten, das ist eine sehr schwierige Sache. Dazu etwas mit Recht dazulegen und einzuschätzen.

Todesmarsch durch amerikanische Truppen befreit.
Juni 1945 Wiederaufbau der KPD in Nordbayern, ab August im Apparat des ZK der KPD, später des SED-Parteivorstandes; u. a. Leiter der »West-Abteilung«. März 1952 1. Sekretär der SED-Landesleitung Sachsen.
Mai 1953 ins ZK kooptiert, nach dem 17. Juni zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK gewählt. 1958 auf dem 35. ZK-Plenum wegen »Fraktions-tätigkeit« sämtlicher Parteifunktionen enthoben. Bis 1965 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in Potsdam. 1990 durch die Schiedskommission der PDS rehabilitiert. 1998 in Potsdam gestorben.

Aber er hatte es nicht anders gemacht wie Dutzende von Schriftsteller zu der Zeit auch. Das gilt natürlich auch für unsere Anna Seghers ... Ja, und dann dauerte es ja auch nicht lange, und da kam es zur Verhaftung [Jankas]. Ich war gerade an diesem Tage, Nachmittags, bei Puschkin, in der Frage der Vorbereitung des 29. Plenums. Er sagte, daß bei ihm Harich gewesen wäre mit einer Denkschrift. Und er habe Harich gesagt, er ist Botschafter der UdSSR, und wenn Sie Probleme haben, dann müßten Sie eigentlich zu Herrn Ulbricht gehen. Naja, Harich befolgte diesen Rat, ging zu Ulbricht, und Ulbricht hat ihn dann relativ nüchtern empfangen, hat sich das angeschaut, oder vielleicht sogar übernommen. »Ja, wir werden darüber nachdenken« und so weiter. Dann ist Harich raus, und damit begann seine Observation durch die Staatssicherheit ...

Es kam auch gar nicht richtig zur Entwicklung dabei, denn das, was Harich wollte, ließ sich nicht realisieren. Und ich hatte inzwischen mehrere Versammlungen gemacht bei den Studenten, nachzulesen zum Teil im »Neuen Deutschland«. Das Politbüro hat mich hämisch grinsend, spöttisch verlacht. Ich bin also gegangen, abends in die Versammlungen – der Saal war voll –, und habe dort also gesprochen. Es war in der medizinischen Fakultät, in der veterinärmedizinischen Fakultät. Vor einigen Monaten rief mich aus Kiel ein früherer Student an. Und der schildert mir seinen Eindruck damals: Ich war also da, allein daß ich da war, war von seiten der Studenten mit einer gewissen Bewunderung aufgenommen worden, daß ich nicht feige war, sondern mich stellte. Und es hat eine solche Wirkung gehabt, daß also eine, gewissermaßen, Beruhigung eintrat. Ja, sagt er, er hat sich das damals auch alles überlegt. Ich wollte sie auch schützen vor einem Übergang zu Exzessen, weil es gar keinen Sinn gehabt hätte, sonst wäre es zu Zwischenfällen gekommen. Das war zunächst einmal die Situation.

Die Verhaftung fand, glaub ich, im November statt, 1957, nein 1956, und sie haben dann, dann kam es also zu verschärften Auseinandersetzungen mit einzelnen Teilen des Politbüros, vor allem mit Ulbricht und Stoph, Honecker und mir. Der Haid, Bruno, der stellvertretende Generalstaatsanwalt, hat mich angerufen, wir hatten damals Beziehungen freundschaftlicher Art, und er hat mir gesagt: »Ich kann nicht verantworten, nach dem XX. Parteitag, daß ich das als eine schwerste Verletzung gegen unsere Gesetzlichkeit begreife, wenn ich diese Verhaftung noch länger aufrechterhalten will, der Janka-Gruppe.« Harich hat sie belastet, aber Janka hat nur diskutiert ...

Ja, und dann habe ich dem Politbüro den Vorschlag gemacht, beide, Harich wie Janka, anzuhören. In der prekären Situation nur mit administrativen Mitteln zu arbeiten, da muß man doch mit diesen Exponenten bestimmter Unternehmungen, die ja in die Tausende gingen, ohne daß sie es wußten, alle auf der gleichen Linie etwa, die Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag forderten, ja, für unsere Partei – da hab ich den Vorschlag gemacht: Können doch die beiden kommen, von mir aus noch zwei dazu, aus den Gruppen. Und dann können wir doch erst mal diskutieren mit ihnen, dann können wir das Ganze also auf diese Weise in eine andere Richtung drängen. Aber das wurde natürlich abgelehnt. Das wurde nichts.

Aber die Tatsache, daß ich dort als enfant terrible immer da war, hatte natürlich eine Wirkung insofern gehabt, daß sie ablenken mußten von der ganzen Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die Urteile, die vorbereitet wurden und so weiter. Und da gab es eine Szene, über die ich auch schreibe, wo wir vorbeidefilieren an dem langen Tisch. Und da hinten stand der Mielke, und wir sollten das Aktenmaterial anschauen. Das war ein Manöver. Und der Ulbricht schreibt ja auch beim 35. Plenum in seinem Schlußwort – er hat die Frechheit zu sagen, wir hätten uns die Akten angesehen. Das ist ja nicht wahr. Keiner konnte das. Ich hab eine Akte hochgehoben, aber da drückte hinter mir schon, ich weiß nicht welcher. Das war die Lage. Das war die typische Wiederholung der Stalinschen Methode, wie Todesurteile ausgeführt wurden. Es hat sich keiner erhoben, konnte auch keiner sich erheben, eine irrsinnige Situation. Selbst in höchster Spitze.

Nun hatte der Becher mit mir schon längere Zeit engere Beziehungen gehabt. Unabhängig von den Ereignissen 1956, schon vorher. Ich weiß nicht, vielleicht – er sah in mir auch eine mögliche künftige Figur. Natürlich brauchte ich meine Zeit. Vielleicht haben ihm auch die Sowjets, die da kamen, etwas gesagt: »Das ist einer der kommenden Leute ...«, was mir später zum Vorwurf gemacht wurde. Tatsache war, daß die Sowjets, eine große Gruppe im KPdSU-Politbüro, in der Abteilung für ausländische Beziehungen, da war ich immer oder wurde ich immer gefördert. Und auch meine Entwicklung, die West-Arbeit, und die Arbeit als Landessekretär in Sachsen, war eine Prüfung, die auch von den Sowjets offensichtlich herbeigeführt wurde. Da konnte Ulbricht schlecht nein sagen. Ich war ihnen aufgefallen als intelligent und ich habe oft Gespräche mit ihnen geführt, weil ich ja keine Vergangenheit hatte in dieser Situation, wie die Moskauer. Ich kam als Kämpfer gegen den Faschismus, fleckenlos. Ich hätte mich lieber totschlagen lassen, als Aussagen zu machen. Und ich habe viel leiden müssen. Kurz und gut: Mein Charakter war also geläutert, in dem Sinne, daß ich auch viele Menschen kennengelernt habe in der elitären Ebene. Im Lager gab's doch große Unterschiede, auch geistig natürlich. Einfache Menschen. Abgesehen davon, ich spreche nur von den Politischen, da waren auch Tausende von Asozialen, 1938, Zigeuner, und da hatten wir auch eine große Gruppe von Verwahrungshäftlingen, das sind Kriminelle gewesen, die sogenannten Berufsverbrecher.

DWARS: Hatten Sie selbst ein Arbeitskommando, eine Funktion im Konzentrationslager?

SCHIRDEWAN: Ich bin reingekommen vom Zuchthaus, ich hatte drei Jahre weg, ein Teil in Moabit abgesessen, in Untersuchungshaft. Dann bekam ich eine schöne Charakterisierung vom Direktor. Und dann bekam ich Schutzhaft, von Heydrich unterschrieben, daß ich auf Grund meiner Vergangenheit und so weiter nicht entlassen werden kann. Und dann bin ich in das Lager gekommen. Eine völlige Umstellung, sehr schwere Arbeit, in der Lore, Sand schippen, Sand schippen, ohne Unterlaß. Ich dachte, das Herz bricht, aber es tat's nicht. Und abends dann die große Solidarität, da waren Genossen im Block, und die halfen mir dann, die rieben mir die Füße ein, ver-

wundete Füße, damit ich am nächsten Tag dann wieder fit war, auch nur einen Tag auszuhalten. Wenn jemand schwer krank war, dann schützten die ihn sofort. Aber sie erwarteten von uns allen, die wir körperlich noch intakt waren: »Du mußt das durchstehen, damit Du Dich assimilierst an die Situation, die Härte, die wirkliche Härte mußt Du Dir anziehen.«

Und dann kam ich mit einem anderen jungen Genossen raus in die SS-Kantine. Da war man zunächst erst mal ein wenig geschont. D.h. man mußte da Zubringerdienste machen, wo die Blockführer und die Offiziere aßen. Na ja, und wir saßen da hinten und fraßen uns voll. Und da gab es die interessante Einrichtung, daß jede Baracke, damals 1937, in jedem Block war ein Einkäufer. Da konnte man sich Geld schicken lassen. Am Sonntag hatte man dann Zeit, da wurde alles gesäubert, das war eine besondere terroristische Maßnahme. Da konnte man heißes Wasser holen, man bestellte Kaffee bei dem Einkäufer, und etwas Zubrot. Und dann wurde das geteilt. 1937, da waren auch noch Lauten da und Gitarren. Da waren noch einige Hundert Homosexuelle, die kamen vorwiegend aus der bürgerlichen kleinkünstlerischen Szene, und zwar führende Leute, auch geistig sehr rege Menschen, die aus der bündischen Jugend kamen. Die meisten sind dann später zu Tode gekommen. Furchtbar. Die waren relativ jung da, jedenfalls die brachten viele Volkslieder rein. Und wir unsere Arbeiterlieder.

DWARS: Gab es auch Theatergruppen?

SCHIRDEWAN: Später, später. Sachsenhausen war ein strenges Lager. [...] Diese Einkäufer in der SS-Kantine, da haben wir dann reingepackt, für Kranke. Auch Probst Grüber, Persönlichkeiten, die im Lager waren, oder Künstler, oder Genossen, die viel kränklicher waren, die bekamen dann hineingeschoben. Hätten sie mich mal erwischt, Diebstahl am SS-Eigentum, da wäre ich in die Strafkompagnie, wäre ich vielleicht fertig gemacht worden. Aber wir haben das alles gemacht. Solidarität, sag ich immer, ist eine Anstrengung gegenüber anderen, die mehr brauchen als du selbst.

Und dann kam 1939 die Entlassung, und da stand die Frage: Wer geht in die Bücherei. Und da ich ja bekannt war als Bücherfan und allgemein sehr belesen war, da kamen die Genossen darauf, mich vorzuschlagen, und es wurde auch akzeptiert, und dann bin ich in die Bücherei gekommen. Etwa so im Dezember '39. Vor mir war ein Redakteur der »Roten Fahne« für Außenpolitik – und der hat die Bücherei eingerichtet. Nicht für Häftlinge, sondern wenn Himmler oder andere führende Minister der Nazis kamen, dann wurden sie ins Revier geführt und zuletzt in die Bücherei.

[...] Und auch unser Schauspieler war gekommen, und hat sich fest an mich gebunden, also er brauchte jemanden, und ich sah nur seine starren Augen, und etwas Merkwürdiges war, aber ich hielt ihn fest.

Frau SCHIRDEWAN: Geschonneck.

SCHIRDEWAN: Er ist dann eines Tages, beim Appell, morgens, ist er also in diese Panik gekommen, und hat dann gerufen: »Ihr faschisti-

schen Schweine, nieder. Rot Front!« und so weiter. Runtergerissen, ja, sofort, und aus dem Revier 'ne Trage holen, und der war tob-süchtig geworden, nicht wahr, und darauf hat man ihn festgebunden. Und später hat man ihm im Revier eine Zwangsjacke angelegt, und hat man ihn ins Kabüffchen geschlossen, das ist, wo der Besen stand, der Eimer, das Saubermachzeug, und da wollte der mit Gewalt raus. Da mußten sie ihm noch Spritzen geben zur Beruhigung und haben ihn dann irgendwo versteckt. Und der Blockführer, der kam und sagte: »Was war denn hier los?« »Ist ohnmächtig geworden.« »Ja, wo ist denn der Bursche?« Ja, und da haben unsre Genossen gesagt: »Der ist schon tot.« Da ist der wieder abgehauen. Er wäre auch sonst tot gewesen, wenn sie ihn erwischt hätten. Was für eine wertvolle Persönlichkeit ist dadurch gerettet worden, und so ist es mit vielen gewesen.

Als die Juden kamen, nach der Kristallnacht, da haben wir viel getan für sie, einige tausend Menschen. Einige wurden entlassen, die anderen blieben über den Winter, und es war schrecklich. 1938/39. Es waren Künstler, hervorragende Leute dabei, zum Beispiel Violin- oder Klaviersolisten, ja so eine Tragik hat sich abgespielt.

Ich hatte in der Schreibstube zwei Aufgaben: die eine, die Bücherei, als ein Verbindungsort, mit Intellektuellen und so weiter, den Tschechen, oder der Probst Grüber, oder – der im Zellenbau zwei Zellen hatte – der Niemöller, da kam immer ein Blockführer und holte Bücher für ihn ab. Solche Persönlichkeiten, die zeitweise da waren, die später dann wegekamen: Breitscheid nach Buchenwald ... Da sind wir praktisch durch Fehler in der Konspiration hochgegangen. Mutmaßlich. Es waren ja auch inzwischen einige Spitzel eingeschleust worden. Das wußten wir schon ...

Und dann kamen die Russen, die ersten Kriegsgefangenen. Die 15 000, die später durch Genickschuß getötet wurden, die wurden eingesperrt. Und da hatte Fritz Selbmann, ein Begriff vielleicht auch, war in der Wäscherei tätig, der kam plötzlich zu mir und brachte ein Buch in Polnisch: »Probleme des Leninismus«, also das bekannte Buch von Stalin über die verschiedenen Auseinandersetzungen, seine Reden und das und das ... Aber das Buch hatte noch eine sehr interessante Sache, die wir nicht kannten, eine Rede »Über den Dialektischen und Historischen Materialismus«, die 1936 von Stalin vor einer Universität gehalten wurde.

Keine wissenschaftliche Neuigkeit, keine neuen Erkenntnisse, sondern einfach wie ein Lehrer, populistisch gesagt. Viel Zitate von Engels, was interessant war, von Marx und so weiter. Ja, was tun wir? Das konnte nicht verloren gehen. Also haben wir beschlossen, erst einmal, eine strenge Konspiration darüber, in der Baracke VI, wo wir wohnten, haben wir einen tschechischen Studenten gehabt – ein späterer Neurologe, der Chef der Prager Kliniken, sehr großer, weltbekannter Fachmann später –, und der konnte Polnisch. Und da haben wir uns hingezettelt, am äußersten Tisch, von draußen Wachen – ohne daß die wußten, worum es geht, und da haben wir das in vielen Tagen übersetzt. Diesen Vortrag hauptsächlich, das andere, was wir kannten, nur auszugsweise, zur Auffrischung. Und dann hatte ich zwei Bände »Das deutsche Prag«, der Verfasser war ein sehr bekannter Mann, entsprach der NS-Ideologie. Und die hatte ich so

vorne – wir hatten so 'ne kleine Barriere, wenn Häftlinge kamen, die konnten ja nicht in den ganzen Raum, da wurden Bücher ausgegeben – und da kam Himmler zu Besuch, also zum x-ten Mal schon, aber auch wieder mit irgend einer Gastdelegation. Ich machte Männchen, nicht wahr. »Wie groß ist die Frequenz?« Die war natürlich groß, klar, nach Aussage wieviel Bücher und so weiter. »Ach« – sagt er – »da steht das ›Deutsche Prag‹«. »Jawohl« ... Aber in diesen beiden Rückbänden, in die Rücken, die hatte ich, alles was wir in Perlschrift geschrieben hatten, hatte ich dort untergebracht. In zwei Bände, in einen ging es nicht. Also kann man sagen, Himmler stand da, Jubelschrei »Deutsches Prag!« – und dahinter stand Stalin. (Lacht)

Also Stalin hatten wir ja noch nicht in dieser Analyse, wie ihn später der XX. Parteitag sieht, offenbart. Jedenfalls wir konnten ihn nicht sehen.

DWARS: Sie haben in ihrem Buch angedeutet, daß Sie andere Erfahrungen von Stalin im KZ gewonnen hatten, auch durch sowjetische Gefangene, so daß ein differenziertes Bild entstand.

SCHIRDEWAN: Ja, es gab zum Beispiel einen, ein ganz junger Mensch, der sagte: »Sozialismus ist gut, aber Stalin ist entsetzlich ...« Nun konnte man ja nicht wissen, war es ein Kulakensohn? Man konnte ja nicht auf jede Mitteilung alles ernst nehmen. Und da war dann der Schwozer, der war im »Lux«-Hotel gewesen, dem ist nichts passiert. Und der erzählte mir einmal – es ist ganz selten, daß jemand mal was sagt –, wie da die Verhaftung vor sich geht. Oder wir waren noch im Zuchthaus, 1936, als die Hinrichtung, da haben wir gesagt: »Das kann doch nicht wahr sein, das kann nicht wahr sein.« Aber Sie dürfen ja nicht vergessen, wir hatten ganz andere Sorgen. Täglich neue Anforderungen wurden an uns gestellt. Körperliche und geistige. Und die Arbeit, die wir machen mußten, schmutzige Arbeit in der Teppichfabrik, da wurde nur mit Kokosfasern gearbeitet, für so'n Auftreter ...

DWARS: Also darüber haben Sie wenig gesprochen. Haben Sie etwas gewußt von den sowjetischen Lagern, war das den Gefangenen bekannt, daß es auch Konzentrationslager in der Sowjetunion gab, zur selben Zeit?

SCHIRDEWAN: Nein, das wußten wir nicht, wir wußten die Umfänge gar nicht. Das konnte keiner wissen. Wenn jemand sagt: »Die Oranienburger mußten doch auch gewußt haben, was bei uns geschah.« Das konnte eben nur ein Teil wissen, der unmittelbar mit dem Lager in Beziehung stand, sagen wir mal Bäckermeister, oder was auch immer. Ich würde keinem der Oranienburger, nicht der ganzen Bevölkerung unterstellen, daß sie wußte, wie terrorisiert wurde. Das konnten sie nicht. Was konnten wir denn wissen, was die Staatssicherheit hinter ihren Mauern machte. Und was hätten Sie gewußt, auch nichts. Das muß man berücksichtigen, man darf das nicht pauschalisieren.

DWARS: Es wurden ja auch Gefangene ausgeliefert, von Moskau an die Nazis nach 1939, nach dem [Hitler-Stalin-Pakt].

SCHIRDEWAN: Das stimmt, das habe ich erfahren aber erst 1945. Da war ein Doktor – der war völlig fertig, der ist wie der Geschonneck ausgewiesen worden aus der Sowjetunion. Der wurde an der Brest-Litowsker Brücke mit etwa 30 anderen Deutschen, Kommunisten im Grunde, an die Gestapo ausgeliefert. [...] Der Arzt, der mitgekommen ist, hat darüber in Flossenbürg erzählt, der ist von Auschwitz auf dem Marsch nach Flossenbürg – Dachau und Buchenwald sind ja viele gekommen, die überlebt haben dort, ja das sind Brocken. Aber Sie müssen die Situation verstehen: man hat ja dem nicht nachgehen können, es war ja einfach nur eine Mitteilung. Am schärfsten erinnere ich mich, wie wir da diskutiert haben, ... in einer Gesamtzimmerung in Coswig, in einer Nordzelle, schrecklich, im Winter, kalt, keine, nie Sonne hingekommen, und da diskutierten wir, und keiner von uns hätte gesagt: »Das muß doch zu Recht sein.« Wir haben alle nachgedacht und nachgehungen. Die Jahre, das Bild verschwindet, der Gedanke bleibt. Es war, es ist nicht erklärbar. Zum Beispiel später, als die Auseinandersetzungen waren in den zwanziger Jahren, mit den Ultralinken, da haben die gesagt: »Es gibt ein Testament Lenins. Und das werde von Stalin geleugnet. Das habe ihn schon lange erledigt.« Es gibt ja das berühmte Testament Lenins über Stalin. Die da drüben gewesen sind wie Ulbricht oder Neumann zum Beispiel, oder viele andere, die überlebt haben, Wilhelm Pieck, die haben natürlich viel gewußt. Auch nicht alles natürlich, klar.

DWARS: War Trotzki für Sie ein Begriff, haben Sie ihn vorher, in den zwanziger Jahren gelesen?

SCHIRDEWAN: Ich hab' einiges gelesen, auch seine Erinnerungen, mit der Prophetie, realistischen Sinnes. Aber politisch war die Auseinandersetzung über die »permanente Revolution« natürlich nicht handhabbar. Sie haben gestritten, aber nicht sich umgebracht. Zu Lenins Zeiten hat es noch vieles aus sozialdemokratischer Streitpraxis *gegeben*, den demokratischen Zentralismus eingeschlossen. Aber später wurden die Dinge durch Genickschuß erledigt, bei Stalin. Lenin hat ja keinen umbringen lassen. Wir haben auch über Lenin zu diskutieren, das würde jetzt viel zu weit führen. Mit den Fragen: Wo hat er noch seine Berührungspunkte mit der Sozialdemokratie gehabt, wo hat er sie nicht mehr gehabt, wie hat er sie weiterentwickelt, das Problem der »Diktatur des Proletariats«.

DWARS: Wie haben Sie den Hitler-Stalin-Pakt im Lager erfahren, war das nicht etwas völlig Irritierendes?

SCHIRDEWAN: Für uns war das, zunächst erstmal hatten wir eine große Diskussion. Nach dem Pakt war das. Wollen wir mal chronologisch gehen. Das war so, daß die Mitteilung kam, überraschend an sich, aber wir verstanden es: Es ging um Zeitgewinn. Die treibende Idee war eben Zeitgewinn, während die Westmächte, die wollten ja, daß der Faschismus, der Hitlerfaschismus, also Deutschland sich mit der Sowjetunion zu ihrer Unzeit schon in die Haare kriegen und dabei so geschwächt werden, daß die anderen dann einen größeren Einfluß haben. Die Politik mit den zwei Fronten ist ja auch ein Zei-

chen dafür. Heute wird das verdreht oder verschwiegen. So geht das ja nicht, aber das macht die Geschichte schon mal klar, so oder so. Und wir haben das so gesehen. Manche hängten daran auch Illusionen, daß vielleicht für uns eine Erleichterung käme, was ja nicht der Fall war ...

DWARS: Um auf unsere Ausgangsfrage zurückzukommen: Wie war das Verhältnis von Becher zu Ulbricht?

SCHIRDEWAN: Ja, er kapitulierte dann eben, er war weich, es war eine gewisse Art von Hilflosigkeit. Wir saßen mal zusammen, er kam, nachdem ihn der Ulbricht rausgefeuert hatte – er intervenierte wegen der Verhaftung von Harich und von Janka, und da hat er ihn glatt rausgefeuert.

DWARS: Das war unmittelbar nach der Verhaftung von Janka?

SCHIRDEWAN: Ja. Das hat er getan. Und dann kam er zu mir, den nächsten Tag, am Abend. Völlig hilflos, wie er so war, in seiner Art. Hatte lange diskutiert über die einzelnen Probleme. Ich konnte mit ihm gut sprechen, ich weiß nicht, ob's abgehört wurde. Aber jedenfalls – er wollte weg. Er war verzweifelt, er war so verzweifelt, daß er zum Schluß noch dasaß, er hatte einen Wodka gebracht, ich trank ja keinen, aber er trank eben dann in letzter Zeit – aus lauter Verzweiflung, nicht weil's ihm geschmeckt hätte, und dann sagt er: »Ich werde emigrieren. Ich bleib nicht hier, ich kann das nicht ertragen hier! Ich kann den Ulbricht nicht mehr sehn!« Und dann sagte ich: »Ja, wo willst du denn hin?« Da sagte er: »In die Sowjetunion. Dort ist Tauwetter. Dort hat man Verständnis.« Ich sage: »Bleib hier, halte hier aus, und arbeite mit, daß wir's besser machen.« Er fühlte sich schon als mein Verbündeter. Er sprach ja auch, als die Sache geschehen war, ist er noch einmal gekommen, hat sein Bedauern ausgedrückt. Links war mein Haus, und rechts Ulbricht, da konnte er alles beobachten. Da wollte er mit seinem Segelboot hierher kommen, aber da war er schon sehr krank ...

Ulbricht war ein politischer Pauker, ein Dogmatiker, ein Doktrinär, Sektierer, trotz der Fähigkeit, immer wieder zu organisieren, Neues zu erfinden, neue Ideen zu haben. Aber unsere ganze Politik blieb erfolglos, weil die Ausgangspunkte unserer Entwicklung zum Sozialismus hin falsch waren. Wenn wir geblieben wären – ich betone das – bei der Erklärung vom 11. Juni 1945, daß wir kein Sowjetsystem wollen, sondern eine parlamentarische, demokratische Republik, mit freien geheimen Wahlen und so weiter. Und wenn da die Beschlüsse des Vereinigungsparteitages – und die Sowjetunion als Schutzmacht, niemand hätte da angreifen können. Und hätten wir aufgebaut, also erstmal die antifaschistisch-demokratische Ordnung, sehr solide und auf längere Zeit, auch wenn wir Wahlen [gehabt] hätten und selbst wenn wir nicht da und dort die Mehrheit [gewonnen] hätten, so hätte das niemals zu einer Reaktion oder Konterrevolution kommen können. Denn bei den nächsten Wahlen hätte man anders, wieder neu gewählt. Aber er sagte einfach »Diktatur des Proletariats« ist der Ausgangspunkt, das war sein Lieblingssatz. Daß aber

»Diktatur des Proletariats« als Hauptsorge haben muß eine politische Eroberung der breiten Massen für den Sozialismus, und das kann man nur auf demokratische Weise, nicht diktatorisch-zwangsweise, tun – dann wäre unsere Lage ganz anders. Jetzt einmal gesehen, daß das 1989 gekommen wäre, dann hätten wir ganz anders dagestanden. Dann hätten wir mit einer gefestigten, frei parlamentarisch gewählten, Republik dagestanden. Die Achillesferse, die [sie drüben bei] uns da entdeckt hatten – bei jeder internationalen Verhandlung mit den Sowjets: »Freie Wahlen!«

[...] Das wichtigste war die Informationsabteilung, die ich gefordert hatte, es müsse mit der Schönfärberei Schluß gemacht werden. Aber was sollten Sie machen: Sie haben jetzt einen Bericht geschrieben, und der war nicht entsprechend der kommandierten Vorschrift oben, da flogen Sie von ihrem Posten. Falsche Einschätzung, Pessimismus.

Das war's doch, die SED, ihre Führung, hat doch selbst das ganze Parteivolk irre gemacht. Nach meinen Schlußfolgerungen. Wir hätten auch keinen demokratischen Sozialismus gehabt, trotzdem da viele Versuche waren. Wer hat schon riskiert seine politische Laufbahn. Man mußte ja auch mit Verhaftung rechnen. Es war ja schon soweit, man hat ja ... gesagt: »Der Schirdewan ist verhaftet, Ihr könnt ruhig alles aussagen.« Aber man hat mich nicht verhaftet. Erstens einmal nicht wegen des Skandals im Westen. Meine Frau war vorbereitet, die hätte sich sofort an Togliatti gewandt. Die Italienische Partei war damals am fortschrittlichsten in den Schlußfolgerungen des XX. Parteitages. Aber wir hatten uns entschieden, wir werden nie das Land verlassen. Einmal wegen der vielen Tausend, die gemäßregelt wurden, weil sie so gedacht haben, ähnlich wie ich, nach dem XX. Parteitag, das konnte man nicht machen. Und dann noch wegen meiner sowjetischen Freunde, die ja dahinterstanden, sonst hätt' ich's gar nicht so weit bringen können ...

Das mußte schiefgehen. Das waren alles so tollkühne Sachen. Oder wie der V. Parteitag: »Überholen ohne einzuholen!«. Da entdeckt man plötzlich, daß da, marxistisch gesehen, etwas ganz Falsches steht: Wir wollen die doch gar nicht einholen. Wir wollen ein neues System ... (Lacht)

DWARS: Und dort in Moskau offensiv aufzutreten, das wollten Sie nicht? Also den Bruch auch in Moskau herbeizuführen?

SCHIRDEWAN: Ach nein, das konnten die nicht, die hatten Angst vor dieser DDR, Angst, daß da plötzlich was hochkommt. Das wußten sie genau, daß es unheimlich schwer wäre. Und die Sache [mit Harich] hat natürlich dazu beigetragen, daß sie gesagt haben: »Um Gottes Willen!« Sie haben nie etwa mir eine Schuld gegeben, sie haben mich ja geschätzt hinterher. Ich weiß, einige Leute waren dann hier, offiziell, progressive Leute, Wissenschaftler, Parteifunktionäre. Ich war ja damals schon populär, und da flogen eine Reihe Wissenschaftler überall. Und da sagten diese Leute den Funktionären, die mir das gesagt haben: »Na, so könnt Ihr doch nicht bestehen, was Ihr jetzt macht.« Wir waren gerade dabei, die Justiz aufzuräumen. Alle flogen raus.

DWARS: Sie haben nie Wilhelm Pieck erwähnt, in Ihrem ganzen Buch kaum. War er so völlig isoliert?

SCHIRDEWAN: Wilhelm Pieck war ein ausgleichender Mann. Er war immer für den Ausgleich.

DWARS: Sie schreiben nirgends von Versuchen, Pieck zu gewinnen für Veränderungen, oder ihn gerade als ausgleichende Figur auch im Politbüro mit einzubeziehen. Sie schreiben nur, daß er krank geworden ist nach 1957.

SCHIRDEWAN: Ja ja. Er war schwach, sehr schwach.

DWARS: Er hat sich da gar nicht eingemischt, in die ganzen Prozesse 1957, oder dann in die Auseinandersetzungen um Ihre Person?

SCHIRDEWAN: 1953 hatte er seinen ersten Schlaganfall, gerade als die Krise war, da ist er nach Moskau gekommen. Da ist er geheilt worden, aber der Baum war angesägt. Er kam auch '57 oder '58, eine Zeitlang war er auch nicht gesund. Er wohnte ja neben mir. Aber da hatte er, als diese Krise war, als ich diese Auseinandersetzung hatte mit Ulbricht, beim Bericht zum 29. Plenum – da hatte ich ja gesagt: »Ich möchte nicht, daß es Ulbricht wie Rákosi geht!« – da schaute er auf, ganz erstaunt. Ich möchte sagen: mit einer gewissen Zufriedenheit, endlich steht mal einer auf. Er war sonst immer ausgeglichen, er ist nie jähzornig geworden. Aber er hat, so lange wie er konnte, wie seine Kräfte reichten, Grotewohl im Politbüro unterstützt. Grotewohl hat immer gedacht, er würde gewissermaßen noch überleben können. Und er hat nie aufgegeben in seiner Überzeugung, daß der Sozialismus sich noch entwickeln werde ...

DWARS: Wie lautete denn der ursprüngliche Titel Ihres Buches? Sie schreiben, der Verlag habe den jetzigen gewollt.

SCHIRDEWAN: »Widerstand, Widerstand gegen Ulbricht«, das erschien mir sachlicher. Aber der Verlag wollte, da Ulbricht – das ist noch ein Begriff, ich bin nur ein Achtel-Begriff, vielleicht. Aber ich hab darüber nachgedacht, und ... ein ideologischer Aufstand war es schon. Ich schreibe ja auch: Wir haben keine Verschwörung geplant.

DWARS: Was vielleicht im nachhinein das Bedauernde war. Vielleicht wäre es doch besser gewesen, eine Fraktion zu bilden?

SCHIRDEWAN: Das konnte Harich mit seinem Abenteuersinn betreiben. Er hat uns große Schwierigkeiten gemacht. Und selbst der Dubček, der sagt doch selbst, er hat den Russen nicht alles gesagt, was er vorhatte. Wäre er auch ein Dummkopf gewesen. Ich durfte ja auch nicht weitergehen, als die Russen gingen. Mehr ging doch nicht. Alles andere wäre zur Provokation geworden. Auch in Moskau. Das war zu schwer, zu schwer ... Wenn Sie noch eine Frage haben?

DWARS: Nein, das waren die wichtigsten Dinge.

ROLF HECKER

Auf der Suche nach dem authentischen Marx

Aus der auf neun Bände konzipierten *Gesamtausgabe* der Schriften und Briefe von Karl Korsch liegen nunmehr sechs Bände vor, die das theoretische Schaffen und die politische Tätigkeit des Sozialphilosophen und Antistalinisten von 1908/09 bis 1935 fast vollständig dokumentieren. Der Editionsplan sieht eine chronologische wie thematische Anordnung des Schrifttums vor: *Band 1* »Recht, Geist und Kultur« (1909 bis 1918) führt in die Studentenzeit und die erste Auseinandersetzung mit dem Marxismus; *Band 2* »Rätebewegung und Klassenkampf« (1919 bis 1923) bringt die Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung, in denen Korsch sein basisdemokratisches Konzept entwickelt; *Band 3* »Marxismus und Philosophie« (1920 bis 1923) enthält unter anderem *Marxismus und Philosophie*, das neben Georg Lukács' *Geschichte und Klassenbewußtsein* (beide erschienen 1923) zu den klassischen Werken des kritischen Marxismus zählt; *Band 4* »Kommunistische Politik« (1924 bis 1928) umfaßt die Zeit des Ausschlusses von Korsch aus der KPD und die von ihm organisierte Opposition (in Vorbereitung); *Band 5* »Krise des Marxismus« (1928 bis 1935) dokumentiert den Rückzug Korsch's aus der offiziellen Politik und sein Engagement für Verfolgte des Stalinismus; *Band 6* »Karl Marx« entstand hauptsächlich bis Ende 1936 im Exil als eine zunächst breit angelegte Darstellung und Kritik des Marxismus, die jedoch begrenzt auf die bürgerliche Gesellschaft, politische Ökonomie und Geschichte (ohne die zunächst geplante Staatstheorie) blieb und 1938 in englischer Sprache veröffentlicht wurde (in Vorbereitung)¹; *Band 7* »Marxism, State and Counterrevolution« (1938 bis 1956) widerspiegelt die Fragmente, den Marxismus unter den geschichtlich veränderten Bedingungen nach 1945 in seiner politischen Funktion und theoretischen Heterogenität kritisch zu überprüfen (in Vorbereitung).

Karl Korsch², um an einige Daten seines politischen Wirkens zu erinnern, wird 1912 Mitglied der SPD, 1917 erfolgt sein Übertritt zur USPD, in den Jahren 1920 bis 1926 ist er Mitglied der KPD; 1923 Delegierter des 8. Parteitag's in Leipzig, im gleichen Jahr wird er zum ordentlichen Professor für Zivil-, Prozeß- und Arbeitsrecht in Jena ernannt und zum Justizminister der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierung in Thüringen gewählt³; nach 1924 zunehmend dem ultralinken Flügel zuneigend, wird er deren theoretischer Kopf. Nach dem Ausschluß aus der KPD 1926 ist er in verschiedenen Splittergruppen aktiv⁴; 1933 erfolgt seine Entlassung als Professor und er emigriert nach England und Dänemark und 1936 in

Karl Korsch 1886 - 1961

Rolf Hecker – Jg. 1953; Prof. Dr. sc., Marx-Engels-Forscher, Mitherausgeber der *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge*; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Zwei neue MEGA-Bände« (Heft 126, April 2001).

Besprochen wird: Karl Korsch: Gesamtausgabe, Briefe; Bd. 8: 1908–1939, Bd. 9: 1940–1958. Im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam und des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover, unter Mitarbeit von Götz Langkau und Jürgen Seifert, hrsg. von Michael Buckmiller, Michel Prat und Meike Werner, mit einer Einleitung von Michael Buckmiller, Verlag Stichting beheer IISG Amsterdam und Offizin Verlag Hannover; 2 Bde. zusammen 1740 S.

die USA, wo er ohne Festanstellung eine vielfältige Vortragstätigkeit entfaltet und bis zu seinem Tod lebt.

Die Jahre als KPD-Funktionär zeigen einen engagierten Politiker und Parlamentarier. Deshalb werden seine politischen Aktivitäten an der Universität Jena mit Argwohn beobachtet und führen 1924 zunächst zur Suspendierung als Professor, er klagt sich jedoch über Prozesse in die Anstellung. Auch der KPD-Führung waren so manche Aktivitäten suspekt, so 1923 die Durchführung einer »marxistischen Arbeitswoche«, die der Vorbereitung eines institutionell und parteipolitisch unabhängigen marxistischen Instituts diente⁵, das dann 1924 als *Institut für Sozialforschung* in Frankfurt/M. eröffnet wurde. Korsch kam allerdings als Direktor nicht in Frage, da er als »exponierter Kommunist ein rotes Tuch für die bürgerliche Reaktion [wäre] und die Legalität des Instituts gefährden [würde]«⁶. Obwohl sich die Arbeitsweise des Instituts, wie auch seine inhaltlichen Schwerpunkte nach Max Horkheimer Berufung zum Direktor 1931 veränderten, bestanden auch in den USA feste Arbeitskontakte zum emigrierten Institut und seinen Angehörigen und er erhielt von diesem von 1933 bis 1951 ein monatliches Stipendium (vgl. S. 28 f.).

Korsch orientierte sich stärker am Versuch einer Vermittlung zwischen dem Wissenschaftsanspruch des Positivismus und der sozialkritischen Theorie und Praxis der materialistischen Dialektik in der Nachfolge von Karl Marx. Seine Analyse der politischen Entwicklung unterschied sich von der der KPD-Führung. So stellte er 1926 akute Krisenerscheinungen fest, die »alle objektiven Elemente für eine konkret revolutionäre Politik« enthalte. Infolge der »Fürstenteignung« sah er die Chance, »die vorhandenen und neuentstandenen parlamentarisch-demokratischen Illusionen [zu] bekämpfen und die Machtfrage in den Vordergrund [zu] stellen«⁷. Allerdings war dies keine isolierte Betrachtung, sondern wurde von einem Flügel der KPD mitgetragen.

Die nun vorliegenden rund 600 Briefe aus unterschiedlichen archivalischen Quellen, neben dem *Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam* (IISG) gehören dazu zahlreiche private und öffentliche Archive, können nicht nur zur Rekonstruktion der *biographie intellectuelle* beitragen, sie überschreiten auch die Grenzen von Korsch's rein wissenschaftlichen Arbeiten, indem sie ihre Entstehungsgeschichte reflektieren. Einige der Adressaten seien hier genannt: Angelica Balabanow, Stefan S. Brecht, Ossip K. Flechtheim, Helmut Hirsch, Theodor Liebknecht, Erich Mühsam, Maximilien Rubel, Otto Rühle, Carl Schmitt und Eiichi Sugimoto. Die wichtigsten Korrespondenzpartner waren jedoch: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Felix Weil und Leo Loewenthal als die Exponenten des Instituts für Sozialforschung, weiterhin Bertolt Brecht, Paul Mattick und Roman Rosdolsky sowie Altersbriefe mit der früheren KPD-Kampfgefährtin Ruth Fischer.

Veröffentlicht werden alle bisher ermittelten Briefe, jedoch ist auffällig, daß die Zäsur des Jahres 1933 vielen Emigrantennachlässen gemeinsam ist, aus der Zeit davor sind im Korsch-Nachlaß des IISG keine Briefe vorhanden. Buckmiller merkt an, daß Korsch belastende politische Briefwechsel aus der Zeit der Fraktionskämpfe in der KPD und der Gruppe *Kommunistische Politik* selbst vernichtet

habe (vgl. S. 11). So können aus der politisch wirksamen Zeit Korsch's (1921–32) lediglich 50 Briefe abgedruckt werden. Der Herausgeber vertröstet den Benutzer auf den noch ausstehenden Band 4, in den alle weiteren noch zu ermittelnden Briefe aufgenommen werden sollen – was zugleich als Aufforderung zu verstehen ist, die Suche danach zu unterstützen.⁸ Daraus ergibt sich folgende Zusammensetzung der Briefe: aus den Jahren 1908 bis 1916 an den Studienfreund Walter Fränzel (S. 15-19); aus der Zeit 1917 bis 1919 an den Jenaer Straf- und Prozeßrechtler Heinrich Gerland (S. 19-23); aus den ersten Jahren der Emigration (1933 bis 1937) zirka 80 Briefe an verschiedene Adressaten; aus der Zeit 1938 bis 1941 sind 115 Briefe überliefert, darunter sind die an Mattick und Horkheimer besonders hervorzuheben; für 1942 bis 1950 unter anderem an Brecht, Hirsch und Paul Partos; für die Jahre 1950 bis 1957 verbleiben rund 125 Briefe, unter anderem an Fischer und Rosdolsky.

Die Edition eines Briefwechsels ist immer problematisch, da neben dem Abdruck der Briefe des Autors auch die Briefe der Adressaten in das Blickfeld rücken. So haben sich manche Gesamtausgaben entschieden, mit der Edition der Autor-Briefe auch die Adressaten-Briefe zu verbinden, denn dadurch offenbart sich zumeist erst der gesamte Reichtum der diskutierten Themen.⁹ Hier waren die Herausgeber vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt, denn in den meisten Fällen (Rosdolsky ist eher eine Ausnahme) sind die an Korsch gerichteten Briefe nicht überliefert. Buckmiller konstatiert: »Der von Hedda Korsch 1964 an das IISG übergebene Nachlaß ist kein Nachlaß von letzter Hand, da Hedda Korsch aus ihrer Sicht unbrauchbare Teile herausgenommen und endgültig vernichtet hat« (S. 12). So haben sich die Bearbeiter entschlossen, vorhandene Antwortbriefe sachbezogen und auszugsweise in den Anmerkungen zu zitieren.

Einer der ›roten Fäden‹ im Briefwechsel ist die immanente Beschäftigung Korsch's mit Marx, seine Studien auf Grundlage aller zur Verfügung stehenden Quellen, vor allem der vom Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut herausgegebenen Bände der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe, und die aufmerksame Verfolgung der Diskussionen über Marx nicht nur in den USA, sondern auch der Veröffentlichungen in der UdSSR. Immer wieder stellte sich ihm die Frage nach dem authentischen, dem ganzen Marx. Als Korsch in den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges eine tiefe Zäsur sah, eine »Epoche der Regression« im Weltmaßstab, die verbunden sei mit einem »Rückschritt im Geistigen und Kulturellen«, entschloß er sich, »auch einen Schritt zurück zu tun und wieder mit Marx anzufangen«. Diese Entscheidung fiel, nachdem es eine Zeitlang schlecht um ihn bestellt war und seine Studien »zu nichts« führten (vgl. S. 1167). Es war nicht zufällig Bertolt Brecht, der die Neuigkeit »Zurück zu Marx!« als erster erfuhr.

Der Brecht-Biograph Werner Mittenzwei merkt an: »Außerhalb des engeren Freundeskreises pflegte er am intensivsten das Gespräch mit Karl Korsch. Mit diesem Mann verband Brecht eine lebenslange Freundschaft. Von ihm empfing er nicht nur wichtige Literaturhinweise für sein Marxismus-Studium, auch direkte Anregungen verdankte er ihm. Obwohl sich das Verhältnis im Persönlichen sehr

freundschaftlich und unkompliziert gestaltete, war es gerade Korsch, dem Brecht nicht weniger kritisch gegenübertrat als später – im Exil¹⁰ – den Theoretikern der Frankfurter Schule. Brecht schätzte und liebte das Gespräch mit Korsch, aber seine marxistische Konzeption entwickelte sich im Widerspruch zu dessen Ansichten.¹¹ Die hier veröffentlichten Briefe bestätigen einerseits diese Einschätzung, andererseits zeigen sie wohl differenzierter, wie sich die gegenseitige Beeinflussung vollzog.

Brecht hatte möglicherweise einen Anteil an diesem »Zurück zu Marx!«, denn bereits Ende März/Anfang April 1945(!) hatte er an Korsch einen Teil seiner Versifizierung des *Kommunistischen Manifests* über »so etwas wie die Unnatur der bürgerlichen Verhältnisse« gesandt und ihn gebeten, »das Theoretische etwas in Ordnung zu bringen« (S. 1099).¹² Zuvor schon hatte Korsch Brecht auf dessen Bitte ein Exemplar von Engels' *Grundsätzen des Kommunismus* geschickt (überliefert im Brecht-Archiv, vgl. MEW, Bd. 4, S. 361–380). Am 15. April 1945 nahm Korsch zu den 380 Brechtschen Zeilen Stellung: »ein Meisterwerk!!«, dann folgen mehrere Seiten konkrete Hinweise und Formulierungsvorschläge (S. 1093–1999). An den vorgeschlagenen Korrekturen ist auffällig, daß Korsch auf eine präzise Begriffsbestimmung achtete, die vor allem den Klassencharakter und die Machtverhältnisse betraf.

Am 18. April 1947 begründete Korsch gegenüber Brecht seinen »Rückschritt« zu Marx und faßte seinen Plan zusammen: »Nachdem ich diesen Schritt einmal getan hatte, strömte es in mir von neuen Gedanken und Arbeitsplänen. Es scheint mir noch eine Form zu geben, den Marxismus darzustellen, die ich noch nicht probiert habe. Wenn ich zum Beispiel zum 100jährigen Geburtstag des K[ommunistischen] M[anifests], ... etwas schreiben wollte, so sollte es diesmal nicht mehr darauf ankommen, seine Genesis genau darzustellen... Jetzt kommt es darauf an, *das Jahrhundert des KM* – oder vielleicht gleich: *The first Marxian Century* – darzustellen. Ausgehend von der klassischen Form: die verschiedenen challenges, denen diese fertige Theorie nachträglich begegnete und wie sie darauf reagiert hat« (S. 1168 f.). So war dieser Brief zunächst eine »short outline« für die Neufassung seines Marx-Buches, dessen praktische Realisierung er nach einem Besuch bei Brecht in Angriff nahm – er übertitelte sein Manuskript: »Hundert Jahre Marx – Eine geschichtliche und kritische Darstellung seines Werks« (S. 1183). Obwohl Helene Weigel Anfang November 1947 das Manuskript nach Europa mitnehmen konnte, kam es nicht zu einer Drucklegung. Nachdem bis Mai 1948 in der Schweiz kein Verleger gefunden wurde, teilte Korsch mit, daß er sich aus anderen, »gänzlich positiven Gründen selbst entschieden« habe, das Manuskript »jetzt gar nicht« zu veröffentlichen (vgl. S. 1198). Auch der zweite Plan, das Brecht-Gedicht mit einer Einleitung und einer »konzentrierten Darstellung« des Marxismus von ihm erscheinen zu lassen (vgl. S. 1172), kam nicht zustande.

Die Beschäftigung von Korsch mit Marx prägte auch einige Briefe an andere Adressaten, so an Helmut Hirsch (geboren 1907), inzwischen Nestor der bundesdeutschen Historiker zur Geschichte des Sozialismus (unter anderem Biographien über Engels, Luxemburg und

»Dahin gehören auch die innerhalb der theoretischen Arbeit von Marx selbst hervortretenden Probleme: 1) Das Detail der ›klassischen‹ bürgerlichen Ökonomie und ihre ›positive‹ Fortsetzung besonders durch die englischen Theoretiker... 2) In ähnlicher Weise auch die bei der Arbeit an der ökonomischen Theorie wiederkehrenden, vorher von Marx nicht gelösten Probleme der (Hegelschen und nach-hegelschen) Dialektik. 3) Später besonders Probleme der Agrarwirtschaft: Amerika, Rußland, asiatische Gesellschaft. 4) Für Marx vielleicht weniger wichtig als für Engels: Urgeschichte. 5) Sehr spät, und leider meist nur in Engelschen Formulierungen belegt, die Probleme des Monopolkapitalismus und sogenannten ›Staatskapitalismus... Dazu kommen: II geschichtliche, III praktische challenges...« Korsch an Brecht, 18. April 1947, S. 1169.

Bebel)¹³, dem er auf sein Papier *Karl Marx als Publizist* (vgl. S. 1188) antwortete, daß eine mehr historische als biographische Betrachtung zum Thema passen würde. So hob er zwar Hirschs »zeitungswissenschaftliche vergleichende Darstellung von Marx als Journalist« hervor, kritisierte jedoch die Studie als Ganzes als »zu apologetisch«, insbesondere Marx' Charakterisierung in bezug auf seine revolutionäre Wirkung als »Medizinmann« (S. 1187). Korsch legte auch auf ein kleines Detail besonderen Wert: Hirsch hatte ihn als »Quelle« bezüglich Marx' Vaterschaft von Frederick Demuth angegeben. Korsch wies ihn an, dies zu streichen, denn »objektive Beweise gibt es nicht, die Behauptung wird Aufsehen erregen, und man kann so etwas nicht ohne genaue dokumentarische Untersuchung in die Welt setzen. Es kommt auch nach 100 Jahren nicht mehr so darauf an« (S. 1186 f.). Die »Lösung« der Frage konnte erst nach 1990 erfolgen, als entsprechende Dokumente, die von Rjazanov gesammelt worden waren, im Moskauer ehemaligen Parteiarchiv zugänglich wurden, die Marx' uneheliche Vaterschaft aus dem Bereich der »Deutung« holten.¹⁴

Ein weiterer Diskussionspartner war Franz Schurmann, der zwischen 1948 und 1951 regelmäßig an Korsch's Marx-Zirkel in Boston teilnahm.¹⁵ Mit ihm besprach er die Interpretation von Marx' Grundrententheorie. Er verwies dabei einerseits darauf, stets zwischen quantitativer und qualitativer Bestimmung zu unterscheiden (»es kommt Marx eigentlich gar nicht so sehr auf die *Größe* (Quantität) der »Rente« ... an, als auf ihre ökonomische Form bzw. wie man komischerweise hier ebensogut marxistisch sagen könnte, auf ihre »Substanz«« – S. 1232), und andererseits den historischen Charakter der absoluten Grundrente zu berücksichtigen. Gerade im Zusammenhang mit der Erörterung von Problemen des dritten Bandes des *Kapital* ging Korsch davon aus, daß »der Engelssche Text eben nur eine ungeordnete Menge von verschiedenen alten Mss. [ist], und die zahllosen Wiederholungen und das fortwährende Hineinziehen und wieder Herauswerfen von andern Fragen, das man bei den »Grundrissen« und »Mehrwerttheorien« hinnimmt und manchmal sogar als zusätzlichen Reiz empfindet, erscheint bei einem sog. »Dritten Band« schier unerträglich« (S. 1551). An diesem Zitat wird deutlich, daß Korsch stets genau zwischen Marx und Engels unterschied, ihre »wirklichen oder angeblichen Differenzen« (S. 1417) herausarbeitete.

Die Diskussionen im Umfeld mit seinen »neuerlich erworbenen jungen Marxologenfreunden« (S. 1387) – dazu gehörte auch Maximilien Rubel in Paris – brachte Korsch dazu, den Plan für sein Marx-Buch weiter zu modifizieren, wie er Ruth Fischer am 22. Februar 1951 mitteilte. Danach waren folgende Punkte vorgesehen: »1) Nochmalige kurze Formulierung der »klassischen« Marx'schen Theorie (um 1865) und ihres historical setting; 2) Marx's »erstes System« (Mss. 1857-58); 3) Marx-Bakunin (Staatlichkeit – moderner Staat – nat[ionale] u. Bauernfrage); 4) Antizipation der späteren bolschewistischen Entw[icklun]g des Marxismus bei Marx und Engels (1860-90) [-] zwischen 4 und 5 gehört eigentlich noch Lenin u. seine Diskussionsgegner u. seine Praxis. Das überlasse ich vorläufig dem Karl August [Wittfogel]! [-]; 5) Die asiatische Revolution

»Die grundsätzliche Stellung zu Marx und Marxismus war mir nun, da man alles in bestimmter Form niederschreiben muß, wieder sehr problematisch geworden, und nach langen Überlegungen und Kämpfen mit mir selbst war ich zu dem Resultat gekommen, daß in einem bestimmten, außerordentlich erweiterten und veränderten Sinne der Marxismus doch auch jetzt noch »lebendig« geblieben ist, vielleicht sogar erst in unserer Epoche gegenwärtige Wirklichkeit geworden ist und weiter wird.«
Korsch an Rosdolsky, 21. Februar 1952, S. 1411 f.

»Plötzlich, sozusagen über Nacht, wurden wir ... dessen gewahr, daß uns von Marx schon ein ganzes Jahrhundert trennt, und daß es heute deshalb unmöglich ist ein ›Marxist‹ zu sein, ohne zugleich ›Marx-Kritik‹ zu treiben. Ich habe hier natürlich nicht die elendige ›Bettelsuppe‹ im Auge, die man heute in Gestalt einer Marx-Kritik in Europa, aber insbesondere in diesem Lande [USA] serviert bekommt; sondern eine wirkliche Kritik, die nicht nur mit vielem aufräumen, aber auch vieles neu entdecken und zu seiner wirklichen Größe erheben wird. Eine solche ›Marx-Kritik‹ scheint mir aber erst in ihren Anfängen zu stecken.«
 Rosdolsky an Korsch,
 2. Hälfte Juli 1951, S. 1379.

(20. Jahrh.)« (S. 1324 f.). In dieser Struktur widerspiegelt sich vor allem die erst vier Monate zuvor begonnene Diskussion mit Roman Rosdolsky.

Am 9. Oktober 1950 hatte sich Rosdolsky an Korsch mit der Anfrage gewandt, ob dieser das Manuskript seiner Studie *Friedrich Engels und das Problem der ›geschichtslosen‹ Völker. (Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848-49 im Lichte der ›Neuen Rheinischen Zeitung‹)*¹⁶ lesen und beurteilen würde. Korsch stimmte mit Rosdolsky vielfach überein, so daß sie in den folgenden reichlich zwei Jahren jeweils über 30 Briefe einander schrieben.

Rosdolsky (1898 bis 1967) war ebenfalls Emigrant in den USA. Er stammte aus Lemberg, hatte ein Studium der Staatswissenschaften in Wien absolviert und war 1929 bis 1931 Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts in Wien.¹⁷ 1934 emigrierte er nach Polen, flüchtete 1939 vor der Roten Armee nach Krakau, wurde jedoch 1942 durch die Gestapo verhaftet. Es folgen die Konzentrationslager Ausschwitz, Ravensbrück und Oranienburg. Politisch hat sich Rosdolsky in der Kommunistischen Partei Ostgaliziens/Westukraine, seit Beginn der dreißiger Jahre in der trotzkistischen Bewegung engagiert. 1947 wanderte er in die USA aus und fand eine vorübergehende Anstellung an der Wayne State University in Detroit, bis zu seinem Tod arbeitete er als Privatgelehrter (vgl. S. 1301).

Rosdolsky beschäftigte sich mit der Geschichte Österreichs und Polens im 19. Jahrhundert, wie auch mit Marx/Engels-Schriften. So hatte Korsch einen Spezialisten gefunden, mit dem er sich über Marx/Engels-Interpretation vorzüglich austauschen konnte. Dabei stellte sich heraus, daß sich beide seit einiger Zeit mit Marx' ökonomischem Manuskript von 1857/58 beschäftigten (vgl. S. 1311).¹⁸ So informierten sie sich über ihre Lesefelder und empfahlen gegenseitig das Studium neuerer Literatur. Korsch qualte sich durch Aufsätze der Zeitschriften *Letopisi marksizma* und *Pod znamenem marksizma*, wie zum Beispiel der in *Letopisi* erstmals veröffentlichten Randglossen von Marx zu Bakunins *Staatlichkeit und Anarchie*¹⁹ und bat Rosdolsky, seine ›Übersetzungen‹ durchzusehen.

Wie aufmerksam sie auf neue Veröffentlichungen aus dem Marx/Engels-Nachlaß reagierten, zeigt ihre Meinungsäußerung zu der kleinen Broschüre *Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum*²⁰, die sie einerseits übereinstimmend als »elende Broschüre« (S. 1343) beziehungsweise als »unglaubliches Machwerk« (S. 1348) bezeichneten, andererseits registrierten sie, daß darin einige Passagen aus bisher unveröffentlichten Marx' Manuskripten über Rußland, Polen und Preußen zitiert wurden. Dieses Beispiel zeigt ihr großes Interesse an der Fortführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe. Korsch weist immer wieder auf diese Edition und ihren Nutzen hin (vgl. S. 1456).

Ein bestimmendes Element der Diskussion zwischen Korsch und Rosdolsky bildeten Aspekte der materialistischen Geschichtsauffassung bei Marx. Korsch bezog in seine Analyse immer wieder die Ergebnisse der 1848er Revolution und der Pariser Kommune, wie auch die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation ein und verglich sie mit Marx' Schlußfolgerungen. »Kurzum, ich muß versuchen, den wirklichen geschichtlichen Inhalt des Marxismus als

Theorie und Praxis auch für die Vergangenheit anders zu bestimmen und zwar so, daß seine wechselnden Erscheinungsformen als eine sich bis heute fortsetzende Bewegung begriffen werden können« (S. 1413).

Der Briefwechsel brach ab, nachdem Korsch Rosdolsky seine Meinung zu dessen Manuskript *Zur neueren Kritik des Marxschen Gesetzes der fallenden Profitrate*²¹ mitgeteilt hatte. Korsch schrieb am 8. Januar 1954, daß er mit dessen Methode und Argumentation »diesmal gar nicht einverstanden« sei. Er meinte, daß eine Auseinandersetzung mit Marx-Kritikern, in diesem Fall Joan Robinson und Paul Sweezy, nicht persönlich und beschimpfend gehalten sein darf. »Wenn die beiden ›Kritiker‹ Marx beschimpfen, braucht man doch nicht gleich wieder zu schimpfen, scheint mir. Ihr Artikel erinnerte mich in dieser und noch in andern Hinsichten an die schlimmsten Diskussionsmethoden der sozialdem[okratischen] Marx-Orthodoxie« (S. 1551).²²

Sicher sind manche Formulierungen Korsch's zur Marx-Interpretation angesichts der seit über fünfundzwanzig Jahren erscheinenden zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) mit vielen Erstveröffentlichungen, insbesondere von Marx' ökonomischen Manuskripten und der sie begleitenden Forschungsliteratur überlebt, jedoch kann konstatiert werden, daß Korsch zu der kleinen Gruppe von Wissenschaftlern gehörte, die in der Nachkriegszeit die Bedeutung von Marx' *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* für das Verständnis von Marx' Methode und ökonomischer Theorie erkannten und die sich um die Erforschung eines authentischen, ganzen Marx bemühten. Korsch nahm die Herausforderung der neuen Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg an und damit ein neues Herangehen an Marx.

Den Herausgebern ist eine umfassende Kommentierung der Briefe Korsch's gelungen. Dazu gehören Kurzbiographien nicht nur der Adressaten, sondern auch weiterer erwähnter Personen, Erläuterungen zu den Antwortbriefen und detaillierte Quellennachweise der zeitgenössischen Literatur wie auch Hinweise auf neuere Ausgaben. Angesichts dieser Fülle von Informationen erscheinen kleinere Mängel mehr als unbedeutend.²³ Abschließend sei die solide Ausstattung der Bände wie der gesamten Edition hervorgehoben, mit der Korsch nicht nur ein würdiges Denkmal gesetzt, sondern sein Gedankenreichtum in seiner Vielfalt erschlossen werden wird und damit erst eine historische Einordnung seiner Persönlichkeit in die Geschichte der KPD und der marxistischen Diskussion erfolgen kann. In diesem Sinne ist ein baldiges Erscheinen der in Vorbereitung befindlichen Bände zu wünschen.

»Historische Gesetze lassen sich aus der gedanklichen und sprachschriftlichen Manipulation mit willkürlich angenommenen Größen und Größenveränderungen usw. überhaupt nicht ableiten (wie dies in gewissen Sinne schon Rosa Luxemburg gegen die Akkumulationsschemata von Marx eingewendet hat und wie es sich wohl am krassesten in der Zusammenbruchstheorie des seligen Henryk Grossmann gezeigt hat). Und das gilt für (beziehungsweise gegen) den ganzen Marx.«
Korsch an Rosdolsky, 8. Januar 1954, S. 1552.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Karl Korsch: Karl Marx. Im Auftrag des IISG, hrsg. von Götz Langkau, Frankfurt/M. 1967.
- 2 Biographische Daten finden sich unter anderem in Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Frankfurter Schule, hrsg. von W. van Reijen und G. Schmid Noerr, Hamburg 1990, S. 78-81.
- 3 Die Wahl erfolgte auf Vorschlag von Heinrich Brandler (vgl. S. 1015, Anmerkung 3). Zur Entwicklung der Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Oktober 1923 vgl. Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 225-241.
- 4 Vgl. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Band 1 Die

- Weimaer Zeit, Berlin 1999, S. 230 f. In der von Walter Ulbricht redigierten *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Band 3: 1917 - 1923, Berlin 1966, wird Korsch wenigstens noch als kommunistischer Minister in Thüringen genannt (S. 424); während er in Band 4: 1924 - 1933, Berlin 1966, überhaupt keine Erwähnung mehr findet – ein Grundtenor des Umgangs mit Korsch in der SED-Parteigeschichtsschreibung.
- 5 Vgl. Michael Buckmiller: Die »Marxistische Arbeitswoche« 1923 und die Gründung des »Instituts für Sozialforschung«, in: Grand Hotel, a. a. O., S. 145-186.
 - 6 Belá Fogarasi an David Rjazanov, 20. Februar 1924, in: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924 -1928), (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderband 2), hrsg. von Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl, Rolf Hecker, Hamburg 2000, S. 138.
 - 7 Kinner: a. a. O., S. 91 f.
 - 8 Auch im Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte in Moskau konnten bisher keine Korsch-Briefe entdeckt werden, die im Zusammenhang mit der Herausgabe und Kommentierung der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe durch das von David Borisovitsch Rjazanov geleitete Marx-Engels-Institut gestanden haben könnten. Für diesen Hinweis gilt Dank Frau Dr. Galina Golovina (vgl. S. 13).
 - 9 Vgl. zum Beispiel Rolf Dlubek: MEGA²-Briefedition und Marx-Engels-Verständnis an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Marx-Engels-Edition und biographische Forschung, (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 2000), hrsg. von Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl, Rolf Hecker, Hamburg 2000, S. 17-38.
 - 10 Ein Hinweis auf Korsch in »Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina« (Leipzig 1980) konnte an der angegebenen Stelle nicht festgestellt werden.
 - 11 Werner Mittenzwei: Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtselfn, Bd. 1, 3., Berlin, Weimar 1988, S. 406 f. Im folgenden gibt Mittenzwei einen der seltenen biographischen Abrisse über Korsch in der DDR-Literatur.
 - 12 Das Lehrgedicht ist Fragment geblieben, eine der fünf Fassungen wurde erstmals 1957 veröffentlicht (vgl. Brecht: Werkausgabe, Bd. 10, S. 911-930).
 - 13 Vgl. Hirschs Kurzbiographie S. 1061; Rolf Hecker: Fortsetzung und Ende der ersten MEGA zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus (1931 - 1941), in: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931 - 1941), Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderband 3, hrsg. von Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl, Rolf Hecker, Hamburg 2001, S. 241 f.
 - 14 Vgl. Heinrich Gemkow, Rolf Hecker: Unbekannte Dokumente über Marx' Sohn Frederick Demuth, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1994)4, S. 43-59.
 - 15 Vgl. Schurmanns Kurzbiographie, S. 1234.
 - 16 Die Untersuchung erschien zuerst im Archiv für Sozialgeschichte, Bd. IV, Bonn 1964, S. 87-282, als Buch 1979.
 - 17 Vgl. Rolf Hecker: Fortsetzung und Ende der ersten MEGA, a. a. O., S. 252-254.
 - 18 Vgl. Roman Rosdolsky: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«. Der Rohentwurf des »Kapital« 1857-58, Band 1, Frankfurt/M., Wien 1968. Erinnert sei daran, daß dieses Marxsche Manuskript von 1857/58 erstmals 1939/41 im Format der ersten MEGA als *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, bearbeitet vom russisch-jüdischen Mitarbeiter des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts Pavel Veller, veröffentlicht worden war (vgl. Rolf Hecker: Fortsetzung und Ende der ersten MEGA, a. a. O., S. 252-267). Der Parteiverlag der SED, der Dietz Verlag, druckte im Karl-Marx-Jahr 1953 eine Nachauflage, die nicht nur in der DDR, sondern auch im »Westen« großen Absatz fand und Ende der sechziger Jahre eine große Rolle in den »Kapital-Debatten« in der Bundesrepublik spielte. Korsch wurde auf diese Ausgabe wenige Tage nach deren Erscheinen aufmerksam gemacht und bestellte sofort ein Exemplar (vgl. S. 1534). In der DDR hat sich der leider zu früh verstorbene Walter Tuchscheerer um die »Grundrisse«-Interpretation verdient gemacht (vgl. Walter Tuchscheerer: Bevor »Das Kapital« entstand, Berlin 1968).
 - 19 Vgl. MEW, Bd. 18, S. 599-642.
 - 20 Gemeint ist die von Efim Pavlovitsch Kandel', Leiter des Marx-Engels-Sektors im Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut, zu jener Zeit noch in Ufa evakuiert, verfaßte Broschüre. Das 87seitige Pamphlet erschien in russischer Sprache 1942, in deutscher Übersetzung 1946 im Verlag für fremdsprachige Literatur Moskau in einer Auflagenhöhe von 20.100 Exemplaren. Eine dreckreife Bearbeitung von Marx' [Manuskripten über Polen] durch die Marx-Engels-Abteilung des Berliner Instituts für Marxismus-Leninismus wurde noch Anfang der achtziger Jahre nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Alle Manuskripte und Exzerpte werden vollständig in der MEGA² veröffentlicht.
 - 21 Wieder abgedruckt in Rosdolsky: Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«, a. a. O., S. 467-482.
 - 22 Da hier nur die Briefe Korsch's vollständig abgedruckt sind, während Rosdolskys Briefe stellenweise in den Anmerkungen zitiert werden, würde eine vollständige Veröffentlichung der Rosdolsky-Briefe eine sinnvolle Ergänzung darstellen (Michael Buckmiller hat zugesagt, ihre Edition für die *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderband 5* vorzubereiten).
 - 23 Hier einige von diesen Kleinigkeiten: S. 416 ff. Bildunterschrift: Korsch traf sich in Berlin mit Eitaro Hattori (nicht Eiichi, vgl. Kurzbiographie S. 383); S. 388 zur Kurzbiographie I. I. Rubins: Er wurde am 27. November 1937 erschossen; S. 1313 Pavel Veller (Paul Weller) war kein ungarischer Emigrant, sondern Russe jüdischer Herkunft, der über viele Jahre an der ersten MEGA mitarbeitete (Kurzbiographie vgl. Rolf Hecker: Fortsetzung und Ende der ersten MEGA, a. a. O., S. 252-267); Transliteration russischer Titel/Namen, zum Beispiel »Marksizma« nicht »Marxisma«, »Archiv Marksa« nicht »Archiw Marxa« und ähnliches.

LOTHAR FRITZE

Ein Gott, der keiner war

Arthur Koestler hat seine Bekehrung zum Kommunismus mit dem Hinweis erklärt, er sei dafür »reif« gewesen – er habe »in einer sich auflösenden Gesellschaft« gelebt, »die verzweifelt nach einem Glauben verlangte« (11). Die Selbstdarstellung, die er von seiner Entwicklung zum Revolutionär gibt, macht deutlich, daß die Wurzeln dieser Entwicklung bis in die Kindheit zurückreichen. Koestler schreibt von der familiären Situation, den Verwerfungen des Ersten Weltkrieges, dem wirtschaftlichen Scheitern seines Vaters und wie er selbst mit 21 Jahren zum einzigen finanziellen Rückhalt seiner Familie wurde. Er spricht von Schuldgefühlen, die ihn schon als Kind überkamen, wenn ihm seine in Geldschwierigkeiten steckenden Eltern Bücher oder Spielzeug kauften, und er benennt eine »starke Antipathie gegen die ostentativ Reichen« (11), die er nicht aus Neid entwickelte, sondern weil sich diese alles leisteten – ohne jegliches Schuldgefühl.

Im Text begegnet uns ein Mensch mit hohen moralischen Standards – ein Mensch, dessen Gerechtigkeitsgefühl rebellierte, wenn andere unter Ungerechtigkeiten nicht ebenso leiden wie er selbst. Koestlers ausgeprägtes soziales Gewissen – er selbst reflektiert es kritisch als »sentimentale Gefühlsduselei« (12) – hat ihm jede Berührung mit ärmeren Menschen unerträglich werden lassen. In der Bewältigung seiner persönlichen Konflikte hatte er seine Sinne geschärft und war aufnahmebereit geworden für die sozialen Probleme seiner Zeit: für die mit der Inflation der zwanziger Jahre einsetzende Auflösung der mittleren Gesellschaftsschichten und dem damit verbundenen unheilvollen sozialen Polarisationsprozeß. Seine Reaktion auf diese Verhältnisse hält er selbst für typisch, denn bei aller Unterschiedlichkeit der persönlichen Lebenswege empfanden Tausende Angehörige der Intelligenz und des Mittelstandes zweierlei gemeinsam: »den schnellen Verfall der moralischen Werte und des alten Lebensstiles im Nachweltkriegseuropa und die gleichzeitige Lockung der neuen Heilsbotschaft aus dem Osten« (14).

Koestler beschreibt das »geistige Entzücken« (17), das ihm bei seiner Bekehrung zum Marxismus widerfahren ist. Der Ausdruck »einem ist ein Licht aufgegangen« sei dafür, so meint er, nur »eine armselige Bezeichnung« (17). Seine beeindruckende Darstellung handelt von den sozialen Voraussetzungen des politischen Engagements, von der Angst, in den sozialen und politischen Kämpfen unter die Räder zu kommen, von dem leidenschaftlichen Bedürfnis nach Erkenntnis und Wahrheit. Sie ist aufschlußreich für das, was

Lothar Fritze – Jg. 1954, Privatdozent Dr. phil. habil., Philosoph und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.
 Buchveröffentlichungen:
 »Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR« (München 1993);
 »Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse – Organisationsstrukturen – Funktionsmechanismen«, (München 1993);
 »Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende« (Weimar u. a. 1997); »Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus« (Weimar – Köln 1998).

Der Text bezieht sich auf:
 Arthur Koestler u. a.:
 Ein Gott, der keiner war.
 München 1962 (alle Seiten-
 angaben im Text beziehen
 sich auf Koestlers Darstel-
 lung auf den Seiten 9-71).

eine Bekehrung in Kopf und Gemüt bewirkt, und sie läßt die erkenntnistheoretischen und emotionalen Einstellungen deutlich werden, die sie ermöglichen.

Koestler zeigt uns seine persönliche Betroffenheit. Sie spielt bei der Übernahme eines Glaubens genauso wie bei dem Entschluß zum Engagement eine entscheidende Rolle. Dies ist weder verwunderlich noch zu kritisieren. Worauf es ankommt ist freilich, welche Rolle man der persönlichen Betroffenheit im eigenen Verhalten zugesteht. Wenn es bei Arthur Koestler heißt, ein Glaube werde nicht durch sachliche Überlegungen erworben, und die Vernunft könne wohl einen Glaubensakt begründen, aber erst, nachdem der Mensch sich auf ihn verpflichtet hat (9), so mag die zugrundeliegende Beobachtung den Tatsachen entsprechen – allein, es folgt daraus nicht, daß diese Art der Überzeugungsbildung akzeptabel oder gar unabänderlich ist. Da sie gleichwohl exemplarisch sein dürfte, erscheint es lohnend, ihr genauer nachzuspüren.

Der Einstieg ins Engagement

Die Verhältnisse erschienen verwirrend und bedrohlich. Weltwirtschaftskrise – eine kaum vorstellbare Arbeitslosigkeit! Reichstagswahlen 1930: Die NSDAP erhöht die Zahl ihrer Abgeordneten von 12 (Koestler spricht von 4) auf 107; auch die KPD legt zu, während die Parteien der demokratischen Mitte (so die Wahrnehmung von Koestler) »zermalmt« (16) werden. Er sieht den Anfang vom Ende der Weimarer Republik gekommen und zugleich nur genau eine Alternative: »Hakenkreuz« oder »Hammer und Sichel« – eine dritte Möglichkeit sei »augenscheinlich« (16) unmöglich!

»Ich tat meine Arbeit und schrieb über Elektronen, Chromosomen, Raketen-schiffe, Neandertaler und Spiralnebel; doch der zunehmende Druck der politischen Ereignisse wurde bald unentrinnbar. Bei einer Arbeitslosenzahl von rund einem Drittel aller Lohnempfänger lebte Deutschland in einem Zustand latenten Bürgerkrieges, und wenn man nicht als untätiges Opfer von dem nahenden Sturm hinweggefegt werden wollte, war es unumgänglich, sich politisch zu entscheiden. Stresemanns Partei war tot, die Sozialdemokraten betrieben eine Politik opportunistischer Kompromisse; die Kommunisten, hinter denen die mächtige Sowjetunion stand, schienen die einzige Kraft, um dem Ansturm der primitiven Horden mit dem Hakenkreuztotem Widerstand zu leisten.« (16)

Koestlers Situationsanalyse ist einfach (wenn auch nicht klar): Die Wirtschaftskrise hat Deutschland in einen latenten Bürgerkrieg versetzt. Der Druck (auf wen?), der von den politischen Ereignissen ausgeht, wächst und ist bereits »unentrinnbar« geworden. Es stehen katastrophische Umwälzungen bevor (»nahender Sturm«). Von jedem ist eine politische Entscheidung gefordert. Dafür nennt Koestler zwei Gründe. Die Situation ist für den einzelnen heikel. Ohne sich politisch zu positionieren, läuft er Gefahr, »hinweggefegt« zu werden. Unentschiedene, Nichtpositionierte und somit Untätige werden in den Kämpfen der Zeit Opfer. Daher ist persönlich Farbe zu bekennen »unumgänglich«. Die bestehenden Optionen sind jedoch keineswegs gleichwertig. Koestler sieht außer der Gefahr für das Individuum eine Gefahr für die Gesellschaft – nämlich, daß sich

die falsche Partei als Retter in der Not aufspielt (»primitive Horden mit dem Hakenkreuztotem«). Dieser Gefahr ist Widerstand zu leisten. Es gibt jedoch nur eine »einzige Kraft«, die dies wirklich vermag: die Kommunisten, die einen mächtigen Verbündeten haben. Für sie hat man sich zu entscheiden.

Die Analyse erscheint plausibel. Viele seiner Zeitgenossen werden so oder ähnlich gedacht und dieselbe Entscheidung getroffen haben. Sieht man jedoch genauer hin, fällt auf: Die Analyse strotzt vor Superlativismen (»Partei war tot«, »mächtig«), Dramatisierungen (»vom Sturm hinweggefegt«, »Ansturm der primitiven Horden«) und Ausschließlichkeitsbehauptungen (»unentrinnbar«, »unumgänglich«, »einzige Kraft«). In ihr kommt ein Denkstil zum Ausdruck, der es vor allem auf klare und eindeutige Alternativen abgesehen hat, der dazu tendiert, die Welt dichotomisch zu konstruieren und letztlich für radikale Lösungen geneigt macht. Selbstverständlich können sich Situationen derart zuspitzen, daß praktisch nur zwei radikal unterschiedene Alternativen existieren. Dies aber müßte das Ergebnis einer Analyse sein, die von der Vielgestaltigkeit, der Komplexität und Nichteindeutigkeit der Welt als Normalfall ausgeht und mit einer Multi-Optionalität für das menschliche Handeln zumindest rechnet. Das Operieren mit dramatischen Kennzeichnungen und skrupellosen Übertreibungen, der Verzicht auf Differenzierungen trübt hingegen die Wahrnehmungsfähigkeit. Die Realität wird in ein bipolares Schema gepreßt, in dem Nuancen und Abweichungen untergehen. Auf diese Weise kann die Entscheidungssituation auf ein fiktives Entweder-Oder reduziert werden, obwohl mehrere Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Zurichtung einer solchen Alternative setzt den einzelnen unter einen dramatischen Entscheidungszwang: dafür oder dagegen, Verbündeter oder Feind sein. In Anlehnung an Manès Sperber kann man von einer »Erpressung« mit der einzigen Alternative sprechen. Eine solch erpresserische Zurichtung ist gefährlich, weil sie Entscheidungssituationen, in denen Zweckmäßighkeitsüberlegungen rational wären, moralisch auflädt. Die Konstruktion radikaler Alternativen ist ein ideales Einfallstor für manichäisches Denken. Denn sobald das große Übel identifiziert ist, rückt die allein verbleibende Alternative in um so strahlenderes Licht. Dies ist keine logische, sondern eine psychologische Tatsache. Die Identifikation von Bösem macht gegen den Gegner dieses Bösen kritiklos. Man mag diesen psychologischen Zusammenhang durchschauen – und es ist trotzdem schwer, seiner Wirkung zu entfliehen.

Das bedingungslose Eintreten für den Gegner des Gegners beruht auf einem politischen Fehlschluß. Natürlich sind Fälle denkbar, in denen die Kooperation mit dem Gegner des Gegners die einzige Option ist. Und möglicherweise war eine solche Situation gegeben! Aber auch dann folgt nicht, daß man Freund des Kooperationspartners sein müßte, daß man die kritische Einstellung ihm gegenüber aufzugeben oder sich ihm geistig auszuliefern hätte. Weder die drohende Gefahr des Nationalsozialismus noch die politische Kräftekonstellation (die Gültigkeit der Koestlerschen Analyse hier unterstellt) liefern an sich einen Grund für die Übernahme der kommunistischen Ideologie. Die Erklärung Koestlers enthält an dieser Stelle

eine Lücke, über die er noch in seiner distanzierten, sich über sich selbst wundernden und sich selbst ironisierenden Darstellung allzu leicht hinwegspringt. Zwar kann man verstehen, daß angesichts der faschistischen Gefahr die Begeisterung für das kommunistische Experiment in der Sowjetunion wuchs. Etwas verstehen zu können besagt allerdings nur, es sei nachvollziehbar, daß einem dieser Kurzschluß unterläuft. Daß es sich tatsächlich um einen elementaren Fehler handelt, mag man sich durch eine Gegenprobe klar machen: Hätte etwa derjenige, der die stalinistische Sowjetunion für das größere Übel hielt – was in Deutschland keine Seltenheit war –, einen guten Grund gehabt, sich bedingungslos unter die Herrschaft der Nationalsozialisten zu stellen oder deren Rassenideologie zu übernehmen? Es gab gute Gründe, Stalins Herrschaft entschieden zu bekämpfen, aber keinen Grund, deshalb Freund des selbsternannten ideologischen Hauptgegners Stalins zu werden.

Bekehrung und intellektuelle Selbsterhebung

Koestler beschreibt sich selbst als einen Mann, der für die Bekehrung bereit war – der in bestimmter Weise disponiert war, einen Glauben zu übernehmen, der empfänglich war für eine Meistererklärung, durstig nach der schlagartigen Erleuchtung. Geistige Verunsicherung löst eine erwartungsvolle Suche aus. Der so Disponierte jedoch ist in spezifischer Weise schutzlos. Indem er nach Antworten fragt, Erklärungen sucht, Lösungen erwartet, steht die skeptische Haltung in einem emotionalen Widerspruch zu seinen Hoffnungen. Dies macht für ideologische Einflüsterungen und für Versprechungen anfällig. Intellektuelle Not fördert Leichtgläubigkeit. Nur Skepsis als verinnerlichte methodische Einstellung macht fähig zur Kritik.

»Doch es war nicht diese defensive Erwägung, die mich zur KPD hinzog. Ich war der Elektronen und Protonen satt und hatte begonnen, mich ernsthaft mit Marx, Engels und Lenin zu beschäftigen. Die Lektüre des Feuerbach und vor allem von Lenins Staat und Revolution löste in mir die seit langem fällige geistige Explosion aus. Das neue Licht scheint von allen Seiten in die Schädelhöhle hineinzudringen; die verwirrende Fülle der Erscheinungen nimmt plötzlich eine faßbare Gestalt an, als hätte ein Zauberstab die verstreuten Mosaikstücke eines Puzzle-Spiels mit einem Schlag zusammengefügt. Von nun an gibt es auf jede Frage eine Antwort; Zweifel und Konflikte gehören der qualvollen Vergangenheit an, jener weit zurückliegenden Vergangenheit, als man noch in schwachvoller Unwissenheit in der faden, farblosen Welt der Uneingeweihten gelebt hat.« (16/17)

Keine Hinwendung von den Natur- zu den Geisteswissenschaften erzwingt die Beschäftigung mit Marx, Engels und Lenin. Die Wahl der Lektüre erklärt sich aber zwanglos aus den Verhältnissen der Zeit. Nun allerdings hat der Suchende ein Erweckungserlebnis: Ein neuer Horizont tut sich auf – eine »geistige Explosion«! Der Verwirrte, der Entwurzelte, der Ängstliche – sie alle suchen Halt durch Orientierung. In einer dynamisierten Welt, die zunehmend mehr Fragen aufwirft als sie Antworten bereit hält, genießt eine Theorie, die die Verhältnisse durchschaubar macht, einen Glaubwürdigkeitsbonus – und zwar selbst dann, wenn man weiß, daß Durchschaubar-

keit und Erklärungskraft nicht Wahrheit verbürgen. In einem Wirtschaftssystem, das soziale Verwerfungen produziert, ohne ein Vertrauen auf die Existenz tragfähiger Lösungen vermitteln zu können, muß das Versprechen einer neuartigen Ordnung mit durchschlagenden Lösungsmöglichkeiten elektrisierend wirken – und zwar auch dann, wenn man sich klarmacht, daß Versprechen erst realisiert

werden müssen. Die marxistische Lehre konnte diese Funktionen zweifellos erfüllen. Sie ist (zumindest teilweise) wissenschaftliche Theorie, verbindet Theorie und Praxis, behauptet, den archimedischen Hebel zur grundlegenden Neugestaltung und fundamentalen Verbesserung der Verhältnisse präsentieren zu können, und benennt die soziale Kraft, die das Aufdämmern der neuen Zeit beschleunigen kann. In der Tat: Der neu gewonnene Glaube wirft Licht »von allen Seiten«.

Eine Theorie, die den Überzeugungs-Erfolg des Marxismus zeitigen will, muß verschiedene Leistungen erbringen. Orientierung verschafft zunächst eine sinnvolle Komplexitätsreduktion. Der Suchende empfindet Unbehagen an seinem geistigen Zustand (»verwirrende Fülle der Erscheinungen«), den er deshalb verlassen möchte. Orientierung erfordert Durchblick. Er möchte verstehen, was passiert und warum es passiert; er möchte wissen, ob es Möglichkeiten gibt, das, was passiert, aufzuhalten oder zu beeinflussen. Er sucht sich ein Bild von der Wirklichkeit zu machen, das »eine faßbare Gestalt« hat. Der Wille zum Verstehen hat neben dem kognitiven auch ein emotionales Moment. In einer Welt zu leben, die durchschaubar und verständlich ist, ist ein Wert an sich. Theorien, die den Eindruck erwecken, dies in hervorragender Weise zu leisten, entfalten eine besondere Anziehungskraft. Da die intellektuelle Anziehungskraft einer Theorie von ihrem Erkenntniswert unabhängig ist, ist jedoch gerade hier Vorsicht geboten.

Koestler betont mehrfach das Überraschungsmoment, das für die Übernahme eines Glaubens förderlich ist und in manchen Fällen konstitutiv sein dürfte. Das Überraschungsmoment selbst hat zwei Komponenten: Unerwartetheit (»als hätte ein Zauberstab«) und Schlagartigkeit (»plötzlich«, »mit einem Schlag«). Die Theorie muß zum einen eine ganz neuartige Perspektive enthalten, die die bisherige Sicht auf die Welt grundlegend und unerwartet verändert, so daß sich das, was zuvor noch als nicht zusammenhängend oder nicht miteinander vereinbar erschien, in überraschender Weise »zusammenfügt«. Die Theorie muß zum anderen unmittelbar einleuchten, so daß es einem wie Schuppen von den Augen fällt und man sich hinterher fragt, wie man je anders denken konnte, oder warum man nicht selbst darauf gekommen ist. Dies macht die eigene Unzulänglichkeit bewußt und disponiert zur demütigen Gläubigkeit.

Die Theorie muß darüber hinaus nicht nur das Orientierungsbedürfnis hinreichend befriedigen; sie muß das Gefühl vermitteln, den bestehenden Erkenntnishaft abschließend zu stillen. Orientierung läßt sich auf vielfältige Weise gewinnen: Dafür sind nicht nur regulative Ideen, die man für fallibel hält, brauchbar, sondern ebenso interpretationsbedürftige Leerformeln, die man als feststehende Orientierungsgrößen mißversteht. Die besondere Qualität hingegen, die

eine Theorie zum Kandidaten einer politischen Religion macht, erhält sie durch ihre scheinbare Endgültigkeit und Erklärungsomnipotenz (»auf jede Frage eine Antwort«). Ein Gedankenkonstrukt, welches diese Überzeugungsleistung zu vollbringen in der Lage sein soll, muß für den zu gewinnenden Jünger eine geistige Revolution darstellen – die er vielleicht erhofft, aber nicht wirklich erwarten darf. Daß vor allem die Theorie von Marx und Engels, aber auch Propagandaschriften von Lenin und selbst von Stalin gerade dies leisten konnten, ist immer wieder bezeugt worden.

Die Unerwartetheit und Plötzlichkeit des Einbruchs der Erkenntnis verschafft dieser selbst Offenbarungscharakter. Ein klares Licht geht auf und überstrahlt alles bisher – vermeintlich – Gewußte; es ist, als bricht Erkenntnis aus einer anderen Welt herein, als würde die Wahrheit geoffenbart. Ihre schlagartige Überzeugungswirkung gewinnt Erkenntnis aus dem mit ihr verbundenen Evidenzgefühl – dem Gefühl, etwas zutiefst Wahres gefunden zu haben, an dem schlechterdings nicht zu zweifeln ist. Evidenzgefühle machen unkritisch, ja sie machen geradezu unfähig zur Kritik. Zwar sind sie in der menschlichen Erkenntnispraxis nicht ausschaltbar: Sie begründen letztlich unsere Entscheidungen, die Erkenntnissuche an einer bestimmten Stelle abubrechen oder ein Argument zu akzeptieren. Gleichwohl sind Evidenzgefühle gefährlich, wenn sie die Meinung aufkommen lassen, die durch sie begründeten Entscheidungen seien endgültig. Gegen Evidenzgefühle können wir uns nur bedingt wehren. Auch ihnen gegenüber sind wir aber in der Lage, ein kritisches Verhältnis methodisch aufzubauen. Wir können und sollten uns bewußt machen, daß auch mit ihnen keine Wahrheitsgarantien verbunden sind und sie deshalb rational in Frage gestellt werden müssen.

Das Gefühl der Unbezweifelbarkeit ist also selbst schon ein guter Grund zum Zweifeln. Diese Verbindung herzustellen, erfordert eine kognitive Leistung, die es mit zwei Schwierigkeiten zu tun hat. Die eine Schwierigkeit besteht darin, aus wissenschaftstheoretischen, also abstrakt-methodologischen Überlegungen heraus gegen ein starkes Gefühl ankämpfen zu müssen; die andere darin, daß wir den durch dieses Gefühl angezeigten Wissensmodus, nämlich Gewißheit, gerade intuitiv erstreben. Wie groß diese Schwierigkeiten sind, wird durch Koestlers Darstellung plastisch vor Augen geführt. Das Streben nach einem Wissen, das sich durch Nichtüberbietbarkeit und Gewißheit auszeichnet, ist zentral für den Ideologiegäubigen. Die Bekehrung verschafft ihm das Gefühl, in eine andere Welt eingetaucht, ja selbst ein anderer geworden zu sein. Sein früheres Leben verortet der Bekehrte in einer »weit zurückliegenden Vergangenheit«, einer »faden, farblosen Welt«. Koestler ironisiert diese Haltung: Die überwundene Welt erscheint als eine Welt »schmachvoller Unwissenheit«. In ihr herrschten »Zweifel und Konflikte«, und diese wurden »qualvoll« erlebt. Was den Menschen bisher umtrieb, ist nunmehr einer abschließenden Beantwortung zugeführt worden. Diese Erkenntnis vollzogen zu haben, unterscheidet die Menschen nach »Eingeweihten« und »Uneingeweihten«. Sie zu vollziehen ist daher viel mehr als nur ein Erkenntnisakt; es ist eine Entscheidung, die wahrhaft die individuelle Existenz betrifft. Sie schafft die Distanz zu den Noch-nicht-Erleuchteten und sichert die Zugehörigkeit zum progressiven Teil der Menschheit.

Was an dieser Einstellung ist falsch? Falsch ist nicht das Bedürfnis, die Welt zu verstehen, falsch ist nicht das Streben nach Erkenntnis. Ebenso ist es sinnvoll, Widersprüche zu vermeiden. Unfruchtbar jedoch ist die Einbildung, sicheres Wissen sei erreichbar – ein Wissen, von dem wir wüßten, daß es wahr und gar nicht bezweifelbar ist. Es ist ein zwar verständliches, aber unreflektiertes Gewißheitsstreben, welches eine Reihe von Fehleinstellungen und Illusionen nach sich zieht – zumindest nach sich ziehen kann. Es ist die Verwechslung des Strebens nach Wahrheit mit dem Streben nach Gewißheit, welche eine höchst fragwürdige und, wie insbesondere die politische Praxis zeigt, gefährliche Einstellung zu denjenigen Erkenntnisinhalten ermöglicht, die wir zu einem gegebenen Zeitpunkt für wahr halten: die Überzeugung, die Wahrheit gefunden zu haben, verbunden mit der sich daraus ergebenden Auffassung, jeder weiteren Forschung entzogen, jeder Revision entflohen zu sein. Diese Einstellung verhindert Kritik; sie macht es nahezu unmöglich, ein kritisches Verhältnis zu seinen eigenen Überzeugungen zu unterhalten. Daher ist es auch falsch, sich der Illusion hinzugeben, nunmehr wäre der einzig richtige Weg gefunden. Falsch ist es, den Zweifel ausschließlich negativ zu beurteilen und nicht seine produktiven Momente zu betonen. Der Zweifel läßt uns weitersuchen. Nur wer an die Möglichkeit einer ultimativen Sozialtheorie glaubt, wird sich Kritik zu üben selbst verbieten können; nur wer überhaupt mit der Möglichkeit rechnet, den Königsweg finden und zugleich wissen zu können, daß er ihn gefunden hat, wird bereit sein, seine Loyalität bis zur »geistigen Selbstkastration« (45) zu treiben. Schon aus Gründen der Selbstachtung bleibt zu bedenken: Zu zweifeln, kritisch und für Revisionen offen zu sein, sind mentale und kognitive Dispositionen, die uns als vernünftige Wesen auszeichnen.

Die Angst des Jüngers

Er wollte heraustreten aus einer Welt der Unklarheit und Unübersichtlichkeit, der Kälte und Unbehaustheit (Koestler bemüht Matth. 8, V. 12: »Heulen und Zähneklappern«). Angekommen im »Zustand der Gnade des absoluten Glaubens« (58) erfährt der Bekehrte »innere Ruhe und Heiterkeit« und genießt »den Segen aller Bekehrungen: ein herrlich reines Gewissen« (27). Das Erreichte ist jedoch so wertvoll, daß nunmehr die Angst umgeht – Angst vor Verlust.

»Von jetzt an ist die innere Ruhe und Heiterkeit des Bekehrten durch nichts mehr zu gefährden – höchstens noch durch gelegentliche Anwandlungen der Furcht, er könne den Glauben wieder verlieren und damit alles dessen verlustig gehen, was das Leben allein lebenswert macht, um in die Dunkelheit zurückzustürzen, wo Heulen und Zähneklappern herrscht. Damit allein läßt sich vielleicht erklären, daß Leute, die an und für sich sehen und denken können, noch im Jahre 1950 guten Glaubens der kommunistischen Bewegung treu bleiben können. Es war stets nur eine kleine Minderheit in der Geschichte, die mit der Gefahr der Exkommunizierung zu spielen und im Namen einer abstrakten Wahrheit seelisches Harakiri zu begehren vermochte.« (17)

Die Angst, man könne den Glauben wieder verlieren und »in die Dunkelheit« zurückstürzen, steht zunächst im Kontrast zur erlangten

Gewißheit. Doch auch wo Gewißheit herrscht, existieren Anfechtungen. Zumal: Das Streben nach Gewißheit kann enttäuscht werden. Koestler zeigt, was für den Bekehrten und den Bekehrungswilligen psychologisch auf dem Spiel steht; er läßt durchblicken, wie ein ideologischer Glaube als Mittel der Bewältigung persönlicher Probleme fungieren kann, wie er zum Inhalt dessen wird, »was das Leben allein lebenswert macht«.

Hat man eine Ideologie internalisiert, empfindet man bereits den für möglich gehaltenen Glaubensverlust als elementare Bedrohung. Einer solchen Bedrohung wird entgegengearbeitet, indem man Überzeugungen gegen Widerlegungsversuche immunisiert. Zu diesem Zweck werden Erkenntnisschranken aufgebaut, die verhindern, daß man sieht, was zu sehen ist. Dabei steht die Partei als Trägerin der Ideologie hilfreich zur Seite. Wer vermag schon an der Partei zu zweifeln, wenn doch die Partei »die Inkarnation des Willens der Geschichte selbst« (62) verkörpert? Ist man bereit, sich »mit Haut und Haaren vom Apparat verschlingen zu lassen« (32), bietet selbst die nicht sofortige Unterdrückung eines Zweifels Anlaß zu Selbstvorwürfen. Wenn Kritik an Parteibeschlüssen »als abweichlerische Sabotage anzusehen« (45) ist, hat man nicht nur allen Grund, nicht zu zweifeln, sondern ist sogar nach Änderung der Parteilinie bestrebt, sich zu beweisen, daß man »schon immer der geforderten Meinung gewesen« (46) war.

Der Ideologiegläubige befindet sich in einer geistigen Situation, in der es ihm psychologisch geradezu unmöglich geworden ist, eine kritische Haltung seinen Überzeugungen und den Forderungen seiner Glaubensgemeinschaft gegenüber zu bewahren. Seine Autonomie steht auf dem Spiel. Ob einer, nachdem er sich einer Ideologie hingeeben und sich von einer militanten Organisation hat vereinnehmen lassen, seine geistige Unabhängigkeit aufrechterhalten kann, ist weniger eine Frage der Intelligenz (»Leute, die an und für sich sehen und denken können«), sondern primär eine Einstellungsfrage. Es erfordert bereits psychische Stärke, eine Auffassung überhaupt für zutreffend halten zu können, die alle Genossen als falsch und verderblich erachten, und es gehört Mut dazu, diese Auffassung auch noch zu vertreten.

Im Falle der kommunistischen Parteien kam eine Drohung hinzu, deren disziplinierende Wirkung kaum überschätzt werden kann: die »Exkommunizierung«. Bereits der innerparteiliche Kritiker galt als ideologischer Diversant und wurde wie ein Abtrünniger verstoßen. Für einen Jünger, dem nichts mehr am Herzen liegt, als sich für die Partei aufzuopfern und ihr Teil zu sein, ist der Ausschluß aus der Bewegung die nahezu größte denkbare Strafe überhaupt. Abtrünnige waren »verlorene Seelen« (29); indem sie sich selbst von der Partei abgetrennt hatten, waren sie Feinde geworden, ohne auf die Seite der Feinde übergegangen zu sein. Sie waren ausgestoßen und isoliert; mit ihnen zu diskutieren oder Kontakt zu halten, »hieß mit dem Teufel paktieren« (29).

Dabei sind die kognitiven Schwierigkeiten, einen Glauben zu überwinden oder trotz der immunisierenden Wirkungen dieses Glaubens widerstreitende Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, noch gar nicht benannt. Zwar macht Koestler selbst deutlich, daß es nicht nur

um eine »abstrakte Wahrheit«, sondern letztlich um das Leben von Menschen ging. Mußte aber nicht derjenige, der gegen die Partei Recht haben wollte, den Vorwurf gewärtigen, es ginge ihm allein um eine solche abstrakte Wahrheit? War nicht auch er irrtumsanfällig, so daß sich der Abtrünnige selbst zu prüfen hatte, ob er es nicht ist, der einem Götzen huldigt – vielleicht aus Gründen intellektueller Überheblichkeit? War er es nicht, der pure Rechthaberei betrieb oder einer rigoristischen Moral folgte? Ließ der ihm vorgeworfene Formalismus ihn nicht in den Geruch geraten, in egoistischer Manier lediglich moralisch unanfechtbar bleiben zu wollen, anstatt das Große und Ganze im Blick zu behalten?

Die Möglichkeit der Selbstkorrektur

Man wird die geistig-emotionalen Schwierigkeiten, sich von einer Ideologie zu verabschieden, genauso wenig geringschätzen wie die Konsequenzen, die die Exkommunizierung mutmaßlich nach sich zieht (»seelisches Harakiri«). Gleichwohl scheinen die Ängste, die mit diesen Ablösungen verbunden sind, wesentlich auf einem Denkfehler zu beruhen. Natürlich: Es ist schwer, Überzeugungen aufzugeben, über die man sich selbst identifizierte; und es ist kaum leichter, mit den Überzeugungen von Menschen zu brechen, denen man sich verbunden fühlt. Man gibt ein Stück von sich selbst preis; man verläßt eine Gruppe Gleichgesinnter, kappt persönliche Beziehungen, macht sich womöglich Feinde. Gleichzeitig aber überwindet man einen Irrtum, befreit sich aus geistigen Fesseln und blickt auf einen neuen Horizont. Diese Gewinne werden häufig nicht mit verrechnet. Der Ausbruch aus geistiger Gefangenschaft verändert einen selbst und hinterläßt ehemalige Freunde – aber man gewinnt eine neue Welt. Hat man die Selbstwandlung vollzogen, gibt es nicht mehr denjenigen, der den alten Zustand schätzte, niemanden mehr, der den vormals drohenden Verlust noch als einen solchen empfände. In beträchtlichem Maße resultiert die Wahrnehmung einer Gefahr des Glaubensverlustes und der Exkommunizierung aus der Unfähigkeit, die Maßstäbe zur Beurteilung des Vorgangs geistig vorwegzunehmen, wo diese doch erst in dem Wandlungsprozeß selbst an Überzeugungskraft gewinnen.

Arthur Koestler hat in seiner Person ein Beispiel gegeben, daß Selbstkorrektur möglich ist. Im Lichte von Erfahrungen hat er Glaubensüberzeugungen hinterfragt, sie schließlich aufgegeben und sich ihrer kritischen Analyse gewidmet. Die damit verbundene schonungslose Selbstkritik ist nicht nur intellektuell, sondern auch moralisch beispielhaft. Vor allem aber: Es werden durch eine derartige Analyse Fehler zutage gefördert, die einem nicht nur zu Koestlers Zeiten unterlaufen konnten.

KATJA OSKAMP

Du hast ja ein Ziel vor den Augen

Auf Höhe der Abfahrt Naumburg, als die ersten Hügel in Sicht kommen, wacht Paula auf. Bis München sind es mindestens noch drei Stunden. Herman gibt mir die Tüte vom Beifahrersitz nach hinten. Jetzt beginnt das Kulturprogramm: Banane kauen, Smarties lutschen, Trinkpäckchen ausschlürfen. Ich zaubere »Die kleine Raupe Nimmersatt« hervor. Paula kann das Buch auswendig. Sie liest es vor, mit meiner Betonung und mit Umblättern an den richtigen Stellen.

Was noch in der Tüte ist, will Paula wissen.

Ein Liederbuch, sage ich, eins von mir.

Zeig mal, sagt Paula.

Sie sucht nach Bildern, findet ein paar von diesen krakligen Kohlezeichnungen, die Pioniere beim Singen zeigen: singende Pioniere beim Wandern, singende Pioniere vor dem Fernsehturm, singende Pioniere am Lagerfeuer. Ich erschrecke über die finsternen Mienen. Die sehen ja überhaupt nicht fröhlich aus! Warum habe ich das als Kind nicht gemerkt? In meiner Erinnerung sind die Bücher voll von lustigen, lebensfrohen Gesellen. In meiner Erinnerung scheint das pure Gegenteil von dem stattzufinden, was ich jetzt schwarz auf weiß zu sehen bekomme.

Paula fragt, ob sie die Kinder ausmalen darf. Sie will die Trauerklöße bunt machen.

Auf keinen Fall, sage ich, ein Zeitdokument wird nicht verschandelt.

Paula zieht die Augenbrauen zusammen und knurrt.

Na gut, sing mal vor, sagt sie.

Darauf hatte ich gehofft. Singen fällt mir leichter als Vorlesen. Ich überblättere die Kapitel »Friede, Freundschaft, Solidarität« und »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit«. Ich singe mich durch den Abschnitt »Heimat und Wandern«. Herman schickt mir ein paar ironisch-ankennende Blicke durch den Rückspiegel. Paula will noch mehr hören, und ich singe alle Lieder, die unter »Frühling, Sommer, Herbst und Winter« stehen und an deren Melodien ich mich erinnere. Es sind viele. So geht die Zeit gut rum. Das war schon früher so, im Trabi auf dem Weg zum Balaton.

Paula schnappt sich das Buch, schlägt eine Seite auf und tippt mit dem Finger auf die Noten.

Sing das hier, sagt sie.

Das?, sage ich.

Ja das, sagt sie, sing jetzt.

Sie benutzt mich wie einen Musikautomaten.

Na gut, sage ich und singe:

Katja Oskamp – Jg. 1970; studierte von 1989 bis 1994 Theaterwissenschaften in Leipzig und Berlin, war zwischen 1995 und 1999 Schauspiel dramaturgin am Volkstheater Rostock und studiert seit 1999 am Deutschen Literaturinstitut Leipzig

*Du hast ja ein Ziel vor den Augen,
damit du in der Welt dich nicht irrst,
damit du weißt, was du machen sollst,
damit du einmal besser leben wirst.
Denn die Welt braucht dich genau wie du sie,
die Welt kann ohne dich nicht sein.
Das Leben ist eine schöne Melodie,
Kamerad, Kamerad, stimm ein!
Allen die Welt und jedem die Sonne,
fröhliche Herzen, strahlender Blick.
Fassen die Hände Hammer und Spaten,
wir sind Soldaten, Kämpfer fürs Glück.*

Nochmal, sagt Paula.
Lieber ein anderes, sage ich.
Nein, das hier nochmal, sagt Paula.

*Du hast ja ein Ziel vor den Augen,
damit du in der Welt dich nicht irrst,
damit ...*

– Mama?

– Ja?

– Was denn für ein Ziel vor den Augen?

Ich hab's geahnt. Was weiß denn ich, was das für ein Ziel ist! Herman hat's gut; der stammt aus Holland und sitzt am Steuer. Wieso fragt sie nicht, warum das Wandern des Müllers Lust ist, oder warum ich kein Vöglein bin.

– Das soll heißen, daß es gut ist, wenn man sich was vornimmt. Wenn man ein Ziel hat. Alleine anziehen oder so.

– Muß man da eine Brille haben?

– Wieso?

– Na an den Augen.

Ich forme aus Daumen und Zeigefingern zwei Ringe und schiele da durch. Paula lacht und macht es mir nach. Wir verlegen uns aufs Fratzen schneiden. Das hilft immer, wenn ich nicht weiter weiß.

Wir fahren nach München, das ist zum Beispiel unser Ziel, sagt Herman.

Jetzt, wo ich das Thema gerade abgehängt habe, hätte er sich auch nicht mehr einzumischen brauchen. Und überhaupt, was weiß Herman schon von dem Ziel. München ist nun ganz bestimmt nicht gemeint.

Oder das Ziel beim Eierlauf, sage ich.

Ich sehe, daß es in Paulas Gehirn kurbelt. Vermutlich stellt sie sich vor, wie sie beim Kindergartenfest extra eine Brille aufsetzt, um dann den Löffel mit dem Gipsei darauf um die Verkehrskegel zu balancieren. Und das allein wegen der ersten Zeile von dem Lied. An die zweite – *damit du in der Welt dich nicht irrst* – mag ich gar nicht denken, geschweige denn an den Rest.

Ich kann Paula schlecht sagen, daß es sich bei dem Ziel um nichts geringeres als den Aufbau des Sozialismus handelt. Das jedenfalls habe ich immer angenommen. Ich kann Paula noch weniger sagen,

daß dieses Ziel einem deshalb zum Greifen nah vor den Augen schweben muß, damit die Welt, in der man sich irren kann, nicht dazwischen paßt. Paula hat recht: Ein Ziel – so dicht vor den Augen – stellt eine enorme Sichtbehinderung dar. Es ist wie eine Brille, die einem die Augen verdirbt. Man kann nicht daran vorbei, darunter hindurch, darüber hinweg sehen. Nie taucht der Horizont auf; blind rammelt man gegen Wände, verwechselt oben, unten, vorn und hinten, und ist dabei der felsenfesten Überzeugung, auf kürzestem Wege den Sieg davon zu tragen.

Der Basti hat beim Eierlauf Schmu gemacht, sagt Paula.

Sie nimmt meine Hand und knetet daran herum. Es frustriert sie, daß Basti gewonnen hat. Und es frustriert sie, daß sie das Lied nicht versteht. Wenn Paula wüßte, daß es mir seit zwanzig Jahren so geht.

Der hat den Weg nicht eingehalten, stimmt's?, sage ich.

Ja, sagt Paula, der hat mich geschubst und dann ist er einfach gerade durchgerannt.

Schubsen ist blöd, sage ich.

Paula nickt und gibt auf. Sie sucht sich eine Pionierzeichnung aus dem Liederbuch und malt mit dem Finger die grimmigen Gesichter nach.

Hast du geglaubt, was du da singen mußtest?, fragt Herman in den Rückspiegel.

Ich spüre, wie mir das Blut ins Gesicht schießt. Ich fixiere Hermans Augen.

Was heißt denn geglaubt! Was heißt denn mußtest!, sage ich.

Ich meine, wußtest du, was du da singst, sagt Herman.

Ich hatte eine tolle Musiklehrerin, Frau Klebbe, sage ich.

Du weißt ja den Namen noch, sagt Herman.

Wir hatten einmal pro Woche Musik, meist in der letzten Stunde. Frau Klebbe packte ihre Gitarre aus, und wir sangen fünfundvierzig Minuten, ohne Pause, ein Lied nach dem anderen. Die Jungs verdrückten sich auf die hinteren Bänke, was Frau Klebbe mit einem milden Lächeln hinnahm. Dafür saßen wir Mädchen ganz vorn und trällerten, die Wangen rot vor Eifer. Wir hatten keine Probleme, die Melodien zu halten, und über die Melodien gelangten die Texte leicht in unsere Gehirne und blieben dort zuverlässig gespeichert. Wenn uns die zweite Stimme nicht gleich gelingen wollte, lachte Frau Klebbe, und wir fingen nochmal von vorn an. Wir hatten Lust dazu. Wir taten es freiwillig. Schließlich kannten wir die Niederlagen und die ewige Angst zu versagen zu Genüge aus anderen Fächern: Eine bekam regelmäßig Durchfall vor Mathearbeiten, die andere konnte vor Sportleistungskontrollen tagelang nichts essen, die dritte warf sich nachts schwitzend auf dem Kopfkissen umher, unter dem das Blatt mit den zu lernenden Grammatikregeln lag.

Frau Klebbe aber gab uns die Gewißheit, in etwas gut zu sein, richtig gut. Dafür mochten wir sie, und davon wurden wir immer besser. Wir sangen die Lieder beim Appellprogramm, wir sangen sie im Schulchor, in der Hofpause, auf den Wandertagen. Und jedes Mal teilten wir ein gemeinsames Erfolgsgefühl.

Was für ein Ziel war das denn jetzt?, fragt Herman.

Er grinst in den Rückspiegel. Herman weiß, daß ich mich ärgere.

Die ersten vier Zeilen lauten übersetzt: feste den Sozialismus stär-

ken, nicht vom imperialistischen Feind beeindruckt lassen, gute Taten vollbringen, dann in Kürze Kommunismus, sage ich.

Für den Bruchteil einer Sekunde waltet der Schrecken in Hermans Augen; dann hat er sich wieder im Griff.

Nicht schlecht, sagt er.

Als Frau Klebbe uns *Du hast ja ein Ziel vor den Augen* beibrachte, müssen wir schon Thälmann-Pioniere gewesen sein, zehn oder elf Jahre alt. Ich kann mich nicht erinnern, daß sie den Text je mit uns behandelt hat. Die Botschaft muß in einem Maße klar gewesen sein, daß über den Inhalt nicht gesprochen zu werden brauchte.

Ich wußte genau, daß meine Interpretation auf jeden Fall hinhaute und für eine Eins reichte. Dennoch hinterließ sie ein diffuses Gefühl der Unzufriedenheit, weil sie so abstrakt war. Im Grunde wimmelte es in dem Lied von Rätseln.

Wieso sang ich mich darin selber mit *Du* an? Oder sangen wir Mädchen irgendjemand anders an? Oder sang hier jeder jeden an, und also doch wieder nur sich selbst?

Daß die Welt mich genau so brauchte wie ich sie, ja, daß sie ohne mich nicht sein konnte, das stimmte beim besten Willen nicht. Dafür hatte ich auf dieser Welt schon viel zu oft gestört oder war übersehen worden. Die Vorstellung freilich war verlockend. Wenn schon nicht auf mich, auf wen aber traf diese Aussage dann zu? Wohl nur auf jemanden, der schon ein echter, ausgewachsener Kommunist war. Vielleicht waren Leute wie mein Vater damit gemeint, oder sogar noch größere Helden. Ob ich je zu ihnen zählen würde?

Was genau verschlüsselten all die optimistischen Überbegriffe? In zwölf kurzen Zeilen immerhin vier mal *Welt*, drei mal *damit*, zwei mal *Leben* und je ein mal *Melodie*, *Herzen*, *Blick*, *Sonne*, *Glück*. Sie suggerierten, daß man auf der richtigen Seite war und eine blendende Zukunft in Aussicht hatte, wenn man sich nur an eins hielt: sich nicht in der Welt zu irren. Und damit das nicht passieren konnte, hatte man ja ein Ziel vor den Augen. Da biß sich doch, verdammt nochmal, die Katze in den Schwanz!

Im Großen und Ganzen bestand mein Ziel mit zehn oder elf Jahren darin, gute Zensuren zu kriegen, keinen Ärger zu machen und Lieder zu singen. Aber ich war mir nie ganz sicher, ob das schon ausreichte, um in die Reihen derer aufgenommen zu werden, ohne die die Welt nicht sein konnte.

Noch heute würde ich gern wissen, was in den Köpfen der anderen abließ, während sie von dem Ziel sangen. Ich bin nicht ein einziges Mal auf die Idee gekommen, einfach nachzufragen, weder bei Frau Klebbe, noch bei meinen Freundinnen. Keiner hat je nachgefragt. Wir haben die Wörter genau so heruntergeleiert wie Paula »Die kleine Raupe Nimmersatt«. Auf diese Weise wuchs in meinem Kindergehirn ein Berg von Halbverdautem, stetig genährt durch neue Lieder.

Ich weiß selber, daß das Lied beschissen ist, sage ich zu Herman.

Das hat sogar Paula gemerkt, sagt Herman.

Du kannst als Ziel alles mögliche eingeben, es funktioniert trotzdem, das ist ja das Schlimme, sage ich.

Was denn zum Beispiel?, fragt Herman.

Denk dir doch selber was aus, sage ich.

Als ich dreizehn war und erfuhr, daß das Eintreffen des Kommunismus sich doch verzögern würde, fing ich an, das Ziel, das ich ja vor den Augen hatte, heimlich auszuwechseln. Da es sowieso keiner für nötig hielt, das besungene Ziel zu benennen und endlich ein für allemal den Sinn des Liedes aufzudecken, dachte ich beim Singen an den Liebesbrief, den ich Sascha Krenzin schreiben würde. Unter *besser leben* verstand ich den Zungenkuß, den er mir daraufhin in meinen Träumen zärtlich und hingebungsvoll im Gebüsch neben dem Sportplatz gab. Es ist dann auch so gekommen. Schließlich waren wir *Soldaten, Kämpfer für's Glück*.

Mit siebzehn bestand das Ziel, das ich ja vor den Augen hatte, im Eintritt in die Junge Gemeinde. Die Welt, in die ich mich nicht länger verirren wollte, war die der Bonzen, Schleimer, Funktionäre, die Welt meiner Eltern. *Allen die Welt, und jedem die Sonne* hieß Reisefreiheit, besonders an heiße Karibikstrände, und es hieß Chancengleichheit für alle. Anstelle von *Du hast ja ein Ziel vor den Augen* sang ich »Dona nobis pazem« und Biermann-Lieder. Ich verdächtige Frau Klebbe der Volksverdummung und lehnte das Lied entschieden ab. Vergessen habe ich es nie.

Sagen wir, es ist mein Ziel, einen festen Arbeitsplatz zu finden, sagt Herman, ich müßte Bewerbungen schreiben und dürfte nicht saufen, und dann hätte ich einen Job, ein fettes Einkommen und würde mir einen Breitbildfernseher kaufen.

Genau, sage ich, du mußt nur ganz fest daran glauben beim Singen. Ist das ein Scheißlied, sagt Herman.

Trotzdem fühle ich mich manchmal gezwungen, diesen Schwachsinn zu verteidigen. Mein Selbsterhaltungstrieb verbietet es mir, mich in den über und über einleuchtenden wie vernichtenden Urteilen, die über das Lied verhängt werden, aufzulösen. Keines von ihnen reicht ganz aus, um mit dem Lied für immer abzuschließen. Also stoße ich die Urteile und die Urteiler zuweilen unsanft von mir, denn ich brauche Platz, wenigstens ein bißchen, eine kleine urteilsfreie Lücke zum Atmen und Denken.

Es ist nämlich, als ob zwischen uns, zwischen dem Lied und mir, noch immer eine alte Rechnung offen ist. Obwohl ich weiß, daß es sich mir nie zu seiner wahrhaftigen Gestalt entblättert zu Füßen legen wird, weil es für etwas anderes erschaffen wurde, kann ich nicht aufhören, mir genau das zu wünschen. Ich wünsche mir die Einlösung einer uralten, leeren Versprechung aus Kindertagen. Ein ungeklärter Rest in mir, das Halbverdaute, wartet darauf, daß sich endlich das Ziel zeigt am Horizont, das eine Ziel, mein Ziel.

Das wird nicht klappen, wie lächerlich, höre ich euch alle und mich selber sagen. Denn zwischen dir und deinem Ziel steht für immer das Lied.

Ich weiß, antworte ich, aber laßt mich in Frieden mit meinem inneren Feind ringen. Stört mich nicht dabei, meine Gebrechen zu pflegen.

– Mama?

– Ja?

– Mir ist schlecht.

Bist du wahnsinnig!, sage ich und reiße Paula das Liederbuch vom Schoß. Sie hat den Pionieren die Gesichter ausgekratzt, fein säuber-

lich, jedes einzelne. Die dünnen, gelbgrauen Seiten mit den Kohlezeichnungen haben Löcher; Paula ist übersät von Papierkrümel.

Mein schönes Buch, sage ich, mußt du kotzen?

Ja, sagt Paula und tut es.

Ich suche nach der Tüte, nach Taschentüchern, nach irgendwas, aber es ist ohnehin zu spät. Vom Würgen schießen Paula die Tränen in die Augen.

Herman fährt auf einen Parkplatz. Ich schnalle Paula ab, stelle sie neben das Auto, ziehe ihr die beschmadderten Sachen aus und Wechselsachen an. Herman löst den Bezug vom Kindersitz. Überall dieser Brei aus Banane, Smarties, Apfelsaft und Papierkrümel.

Wenn man im Auto zu lange nach unten guckt, wird einem schlecht, sage ich.

Weil ich die Kinder in deinem Buch so doll angeguckt habe, sagt Paula. Sie zittert ein bißchen. Sie ist so blaß wie ehemals die Pioniere, die jetzt gesichtslos sind. Herman polstert den nackten Kindersitz mit einer Decke.

An der nächsten Raststätte gehen wir waschen, sage ich.

Wir steigen wieder ein. Paula nimmt meine Hand, dreht den Kopf zur Seite und macht die Augen zu.

Das stinkt, sagt Herman.

Er öffnet das Fenster einen Spalt breit. Wir sind irgendwo zwischen Schleiz und Hof. Ich kann nicht ausfindig machen, wo hier eine Grenze verlaufen sein soll.

Mit der freien Hand suche ich das Lied im Buch. Am unteren Rand der Seite steht kleingedruckt: »Der Dichter und Komponist Louis Fürnberg schrieb das Lied im Frühjahr 1937 für die sozialistische Spieltruppe ›Das neue Leben‹.«

Das Klingedruckte ist der Grund dafür, daß meinem Vater die Tränen kommen, wenn er das Lied hört. Wegen des Mutes, der dem Lied zu seiner Entstehung verhalf, verzeiht mein Vater ihm bis heute alles. Aus diesem altersmüden Grund zeigt er Paula auch im Fernsehen, wer Gregor Gysi ist, und nimmt sie in der Eiseskälte mit zur Liebknecht-Luxemburg-Demo.

Ich streiche mit dem Finger über die ausgekratzen Gesichter. Erst waren sie fröhlich, dann waren sie grimmig, und jetzt sind sie einfach weg.

Paulas Frage nach dem Ziel kann ich umgehen, indem ich das durchlöcherte Buch verschwinden lasse. Aber Paula wird mich wieder fragen, so lange, bis ich überhaupt nicht mehr weiß, wo ich herkomme. Herman aus Holland hat's gut; der kann einfach mit Paula hinfahren und es ihr zeigen, sein Land.

Willst du wirklich nochmal anhalten, sagt Herman in den Rückspiegel.

Wir können ja nicht vollgekotzt in München ankommen, sage ich.

Aber Paula schläft doch, sagt Herman.

Ja, sage ich, noch.

MARIO CANDEIAS

Links ist nicht genug

Synaspismos steht im Griechischen für Koalition. Seit 1989 verbirgt sich hinter diesem Kürzel ein Bündnis von ehemaligen KP-Mitgliedern, progressiven Linken, Ökologen, Feministinnen und Antimilitaristen. Mittlerweile entsenden sie Vertreter in das griechische, das europäische und in die kommunalen Parlamente aller größeren Städte des Landes. Das Bündnis mit der Kommunistischen Partei ist allerdings ob dieses Erfolges zerbrochen. Seither hat sich *Synaspismos* selbst als Partei etabliert. Mitte Februar kamen nun etwa 100 Teilnehmer zusammen, um sich auf die »Suche nach solidarischen Formen der Ökonomie« zu machen und dem »herrschenden Neoliberalismus entgegenzutreten«, so Präsident Nikos Constantopoulos. Die Ergebnisse neoliberaler Globalisierung seien weithin bekannt, unklar bliebe, warum sie so »erfolgreich« sei. Entsprechend wurde zunächst der Begriff der Globalisierung in den Mittelpunkt der vorwiegend ökonomischen Analysen gestellt.

Mario Candeias – Jg. 1969; Diplom-Politologe, promoviert zur Zeit an der FU Berlin und ist Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«, zuletzt veröffentlicht: »Ein neuer Kapitalismus?« (hrsg. zusammen mit Frank Deppe, Hamburg 2001).

Die Tagung »Globalization, Economic Regulation and the Left« wurde von der griechischen Partei *Synaspismos* ausgerichtet und fand am 14./15. Februar 2002 in Athen statt; ihre Ergebnisse sollen insbesondere in die Neuformulierung des *Synaspismos*-Partei-programms einfließen.

Herman Schmidt, Europaparlamentarier aus Schweden, beschrieb unter dem Eindruck der derzeitigen militärischen Regulation des Weltmarktes Globalisierung und Europäische Union in düsteren Farben. Eine Reregulierung hielt er, ob global oder auf europäischer Ebene, für illusorisch. Statt dessen plädierte er für eine Rückkehr zur flexibleren Kooperation autonomer Nationalökonomien auch innerhalb der Europäischen Union. Auch Frédéric Lordon vom Cepremap-Institut in Frankreich betrachtete die Globalisierung im Prinzip als umkehrbar, dies hätten Erster Weltkrieg und Große Depression gezeigt. Sie sei kein rein ökonomischer sondern ein politischer Prozeß, vorangetrieben durch die nationalen Regierungen. Die neoliberale Globalisierung sei, so analysierte er im Anschluß an Gramsci, das Ergebnis der Konvergenz europäischer und amerikanischer Eliten, die einen neuen hegemonialen Block bildeten. Allerdings rekurrierte Lordon offenbar auf eine verkürzte Form des Begriffs, da bei ihm nur sie Eliten, jedoch nicht auch der partielle Konsens mit subordinierten Klassen zur Sprache kamen. Als Lordon Neoliberalismus schließlich auf eine erzwungene Amerikanisierung reduzierte, wurde der Boden des Konzepts von Gramsci entgültig verlassen. Maria Negreponi-Delivan, Rektorin der Universität Mazedonien, beschrieb Neoliberalismus polemisch als Rückkehr zum »reinen laissez faire« und als Ersetzung nationaler Regierungen durch globale Finanzmärkte. Dagegen betonte Kostas Mellas (Piräus), daß jede Form der Deregulierung immer mit neuen institutionellen wie gesetzlichen Formen der Re-Regulierung verbunden sei. Insofern seien die Na-

tionalstaaten nicht grundsätzlich geschwächt worden, sondern sie hätten sich transformiert.

Als eine der treibenden Kräfte der Globalisierung wurden von mehreren Rednerinnen und Rednern die neuen Informationstechnologien identifiziert. Während Thodoros Pelagidis (Athen) die Substitution menschlicher Fähigkeiten durch Maschinen betonte, sang sein Kollege Nikos Leandros ein Hohelied auf die ›immaterielle Arbeit‹ – nicht Arbeit, sondern Wissen sei nun die wichtigste Quelle des Werts. Von diesen pseudo-analytischen Sichtweisen hob sich der nüchterne Blick Nikos Kaimakis (Athen) ab. Er untersuchte den großen Entwicklungsabstand, den Griechenland im Bereich neuer Technologien zu anderen EU-Ländern aufweist. Bei der Schließung der technologischen Lücke müßten der Staat und insbesondere die (verbliebenen) Staatsunternehmen eine Vorreiterrolle spielen, um neue Formen der Exklusion zu verhindern. Die Gestaltung der neuen Technologien solle nicht den Kapitaleigentümern überlassen bleiben, sondern müsse sich unter Beteiligung der Arbeiter vollziehen. Die politische Kraft letzterer sei allerdings, so Georgia Petraki (Athen), in den letzten 30 Jahren nicht zuletzt durch Transnationalisierung der Produktion und durch Unternehmensaufkäufe gebrochen worden – so seien in den letzten Jahren zehn Prozent aller griechischen Unternehmen von Transnationalen Konzernen aufgekauft worden. Das schlug sich laut Yiannis Psyharis (Thessalia) in Massenentlassungen, Arbeitsintensivierung, Kostenreduktion und in einer Zweiteilung der Entwicklungstempi zwischen den griechischen kleinen und mittleren Firmen und den internationalen Konzernen nieder. Für die griechischen Beschäftigten bedeute dies, eine abhängige Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen. Ilias Ioakimoglou (Athen) zeigte auf, wie sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion europaweit ein ›disziplinärer Neoliberalismus‹ institutionalisiert habe. Konnten zuvor noch unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen zwischen den einzelnen Ökonomien durch Wechselkursanpassungen kompensiert werden, wurde dies nunmehr durch die Fixierung der Wechselkurse beziehungsweise die Einführung des Euro unmöglich gemacht, wodurch wachsender Druck auf die Löhne ausgeübt wird. Die Lohnkosten gelten nun als wesentlicher Konkurrenz- und alleiniger Ausgleichsfaktor für das Produktivitätsgefälle.

Panos Trigazis (Athen) arbeitete heraus, wie einerseits die Ungleichheiten in der Welt zunehmen, globale Migrationsströme in Gang gesetzt werden und nicht zuletzt Gewalt produziert wird, während auf der anderen Seite die USA ihren Etat für Entwicklungshilfe reduzieren und gleichzeitig ihren militärisch-industriellen Komplex stärken. Das Weltsozialforum von Porto Allegre würde jedoch zeigen, daß die Unzufriedenheit wächst und sich zu artikulieren beginnt. Seine Hoffnung setzte Trigazis auf eine radikale Reform von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation. Miren Etxezarreta (Barcelona) warnte allerdings vor übertriebenen Hoffnungen. Diese Institutionen, und gerade auch die EU, hätten den Neoliberalismus in den Nationalstaaten erst durchgesetzt und nachhaltig etabliert. Sie zeigte, wie immer neue Bereiche der ökonomischen Steuerung auf europäische Ebene gehoben

werden, während die Sozialpolitik den Mitgliedsstaaten überlassen bleibe. Gleichzeitig setze die EU ökonomische, aber auch politische Schranken, um spezifische, neoliberale Formen einer Sozial- und Beschäftigungspolitik zu erzwingen. So werde mit den Abkommen von Amsterdam, Nizza und Lissabon eine neue Art der ›Vollbeschäftigung‹ – über die Schaffung von Niedriglohnssektoren, flexibler und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und workfare (Arbeitszwang) – festgeschrieben.

Gegen Ende der Konferenz standen die »sozialistischen Perspektiven« auf der Tagesordnung. Wie schon bei den meisten anderen Beiträgen war das Repertoire der Reformvorschläge schnell erschöpft. Euclid Tsacalotos von Attac bekräftigte die Forderung nach Einführung der Tobin-Steuer auf internationale Finanztransaktionen. Eliza Papadaki (Athen) forderte vermehrte Staatsinterventionen zur Reduzierung von Ungleichheiten und eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik. Auch Nikos Leandros plädierte für eine Ausweitung der Fiskalpolitik via deficit spending. Thodoros Sakelaropoulos (Athen) malte ein blumiges Bild eines »Sozialismus durch Umverteilung«, der sich am schwedischen ›Volksheim‹ der sechziger und siebziger Jahre orientierte. Darüber hinaus trat er für eine ›Kontrolle der Unternehmen‹ ein (offen blieb allerdings durch wen – vermutlich war der Staat gemeint). Natürlich standen mehr Wachstum und Vollbeschäftigung auch auf der Wunschliste, wobei bemerkenswerterweise kein Wort der Kritik an der geschlechterbezogenen Einseitigkeit und ökologischen Destruktivität derartiger Konzepte fiel. Insgesamt überwog ›reinsten Sozialdemokratismus‹, ohne daß eine sozialistische Perspektive sichtbar wurde. Die Warnung von Marika Fragaki (Athen), Keynesianismus sei zu wenig, vielmehr sei eine politische Kontrolle der Märkte notwendig, verhalte ungehört. Kostas Lapavistas (London) Hinweis, wir bräuchten neue Ideen, die auf Marx aufbauten, hatte angesichts seiner eigenen, durch und durch keynesianisch geprägten Vorschläge etwas hilfloses. Dimitris Milonakis (Kreta) erinnerte an die Debatten um eine »sozialistische Marktwirtschaft« (insbesondere an die Kontroverse zwischen Oskar Lange, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek in den dreißiger Jahren), betonte jedoch, daß es sich noch immer um ein unausgearbeitetes Konzept handle, dessen sich künftige Generationen annehmen sollten.

Insgesamt standen in den Vorträgen wohl die destruktiven Seiten des Neoliberalismus zu sehr im Zentrum. Seine produktiven Züge, ohne die die Kraft neoliberaler Hegemonie nicht zu begreifen ist, wurden kaum thematisiert. Notwendig erscheint heute mehr denn je eine erneuerte Kritik der Politischen Ökonomie und die Mobilisierung von Widerständen. Stärker als technokratische Modelle der Finanzmarktregulierung sind Projekte gefragt, die an der Alltagserfahrung der Menschen ansetzen und über das bestehende System hinausweisen.

Der Ablauf der Veranstaltung offenbarte zudem ein weiteres zentrales Problem: Partizipation Interessierter und Austausch von Ideen war nicht wirklich gewollt – es gab keine freie Diskussion, dafür aber 29 ausführliche, meist viel zu lange Beiträge in viel zu kurzer Zeit. Auf diese Weise lassen sich keine Verbündeten in der Bevölke-

rung gewinnen und keine neuen Ansätze entwickeln. Entsprechend drückte die Veranstaltung in weiten Teilen die Sehnsucht nach einer Rückkehr zum Fordismus und zu vergangenen (wenn auch nur vermeintlichen) Stärken der Linken aus. Die Jahre zwischen 1950 und 1973 wurden als wahres »golden age« (Lordon) beschrieben, in dem eine »ausgeglichenes und gleichberechtigtes Verhältnis« von Kapital und Arbeit (Petraakis) bestanden habe. Die Wiederauferstehung des Nationalstaats (Schmid, Lapavistas und andere) und die Herstellung »nationaler Autonomie« (Christos Pitelis, Athen) wurde beschworen. Tatsächlich, so Lapavistas, sei die Globalisierung nichts Neues, der Neoliberalismus gescheitert, die Finanzmärkte zusammengebrochen – nun sei der beste Moment, den Staat wieder ins Spiel zu bringen. Erstaunlich, wie schnell sich im Kopf die Kräfteverhältnisse zum Guten wenden können, schade nur, daß die materielle Realität hinter den vorschnellen Abgesängen auf die Globalisierung zurückbleibt. Trotz Bekenntnissen zu Internationalismus und globaler Solidarität liefen die meisten Beiträge auf eine Verwirklichung nationaler Wege zum Sozialismus hinaus. Lenin war, neben Keynes, denn auch der meist genannte Theoretiker. Die Konzepte einer Rückkehr zu Keynesianismus und Nationalstaat standen so im auffälligen Kontrast zur antikapitalistischen Rhetorik, mit der der Koordinator der Tagung, Yiannis Tolios, am Ende die Ergebnisse zusammenzufassen suchte und die in der Forderung nach Abschaffung des Privateigentums und nach Verstaatlichung gipfelte – wohl eher ein Armutszeugnis für die Linke (nicht unbedingt für Lenin).

Förderpreis 2002 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. fördert alternative, humanistischen Idealen verpflichtete philosophische, ökonomische, politische, historische und kulturwissenschaftliche Forschungen. Sie verleiht jedes Jahr einen Förderpreis an Studierende und jüngere WissenschaftlerInnen bis zum vollendeten 40. Lebensjahr, die mit ihren Forschungen in herausragender Weise dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme zu erkennen und Lösungswege aufzuzeigen.

Der Preis wird an Studierende und WissenschaftlerInnen verliehen, die sich selbst um den Preis bewerben, von Dritten oder von der Jury vorgeschlagen werden.

Unveröffentlichte Preisträgerarbeiten werden nach Maßgabe der Möglichkeiten durch die Stiftung in ihrer Reihe »Hochschulschriften« veröffentlicht. Die BewerberInnen werden gebeten, ihre Arbeiten in einem Ausdruck *und* in digitalisierter Form einzureichen.

Der Förderpreis wird in drei Stufen verliehen:

- | | |
|----------|---------|
| 1. Preis | 1.500 € |
| 2. Preis | 1.000 € |
| 3. Preis | 500 € |

Bewerbungen und Vorschläge sind bis zum 30. Juni 2002 an den Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu richten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10, 04107 Leipzig, Tel: 0341- 9608531, Fax: 0341- 2125877
e-mail:RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Medienpolitisch sollten uns, so wir der veröffentlichten Meinung Glauben zu schenken geneigt sind, der Konkurs der KirchMedia-Gruppe und – zumindest in der Berliner Region – die Fusion von ORB und SFB umtreiben. Aber wer nicht gerade auf ein »Premiere«-Abo hereingefallen ist und nun darum bangt, womöglich bald nicht mehr werbefreies Fernsehen sehen zu dürfen, versäume nichts, wenn er die aufgeregten Artikel nicht las. Was scherten ihn die Sorgen des Leo Kirch? Und was, bitte sehr, die Fußballer und ihre Vereine, die sich sorgten, die Zuwendungen von Kirch könnten ausbleiben?

Doch ganz so einfach war die Sache natürlich nicht, denn es gibt natürlich genügend Fans, die nichts dabei finden, daß ihre Lieblinge Millionen scheffeln. Doch für Unfans war die Kirch-Pleite zwar ein nicht uninteressanter wirtschaftlicher Vorgang, aber so richtig heiß gemacht hat sie Außenstehende nicht. Zu Recht. Das fehlte noch, daß wir uns einen Kopf über die Kopfeten machten ... Das mögen natürlich politische Verantwortungsträger, wie sich eine bestimmte Spezies Mitbürger gern nennen läßt, anders sehen. Die reden in diesem Zusammenhang von Arbeitsplätzen und ähnlichem.

Von Arbeitsplätzen war auch die Rede, als im Berichtszeitraum die Debatte über die Fusion der Regionalsender ORB und SFB in ein neues Stadium geriet. Sie machen Ernst – und (fast) alle tun so, als handle es sich dabei um einen normalen Vorgang. Natürlich kann ich hier nichts beweisen (das ist ja einer der Vorteile der »UTOPIE«-Rubrik »Festplatte«, daß ihr Autor munter drauflos behaupten darf und nichts beweisen muß ...); aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Intendanten Rosenbauer (ORB) und Schättle (SFB) genau wissen, daß die Fusion vor allem zu einer Dominanz des SFB führen wird. Und der

ist – dafür kann er natürlich nichts – nach wie vor ein originärer *West-berliner* Sender. Der ORB wird, das ist gar keine Frage, untergebuttert werden. Eine Frage hingegen ist, ob uns das leid tun muß oder nicht.

Machen wir uns nichts vor: Es interessiert die breite Öffentlichkeit einen feuchten Kehricht. Die wollte wissen, ob sie in London die alte Britin anständig und respektabel unter die Erde bekommen: was für ein Tag für den Adelsreporter des NDR, der am Tage der Beisetzung stundenlang über die Segnungen der Monarchie palavern durfte. Und die von Lüsternheit befallenen Teile der »breiten Öffentlichkeit« wollten wissen: Hat er, oder hat er nicht – der schweizerische Botschafter Borer mit der Visagistin. Wahrlich, da stehst du staunend herum. Und Andreas Kurz, bei der »Berliner Zeitung« zuständig für eine angemessene Darstellung des hauptstädtischen Party-Packs, wurde seiner Profession gerecht, als er in eine Fernsehkamera blödelte, das abberufene Botschafterehepaar sei »das Sahnehäubchen« der Berliner Gesellschaft gewesen. Aber wer Hauptstadt sein will, muß wohl auch das ertragen können. Und wem haben wir die Hauptstadt Berlin zu verdanken – der PDS! Schon vergessen, die Abstimmung im Bundestag? Wenn die PDS damals nicht...

Und schon sind wir bei den Parteien, diesem Fundamentalirrtum in der Geschichte. Ihr Glück: Es gibt momentan weit und breit keine Alternative zu ihnen, egal wie sie heißen mögen oder welchen Ideen sie sich verpflichtet zu fühlen meinen. Und ihr Unterhaltungswert ist ja nicht von der Hand zu weisen.

Nehmen wir den Spendenskandal der Kölner SPD. Da mußte man kein Freund der CDU oder gar der CSU sein, um Generalsekretär Münteferings Medienauftritte genießen zu können. Sich diesen selbstgerechten Besserwisser winden zu sehen und ihn stottern zu hören: In diesem Falle hatte man das Gefühl, die Rundfunk- und Fernsehgebühren gut angelegt zu haben. Von nicht unbeträchtlichem Unterhaltungswert waren in diesem Zusammenhang auch die Erektionen des CDU-Obmanns im CDU-Spenden-Untersuchungsausschuß, Andreas Schmidt. Der Staatsbürger saß vor der Glotze – und staunte. Und er konnte rätseln, warum sich der Mann wohl so aufführte. Denn die Kohl'schen Ehrenwort-Spenden oder die Geldeintreibpraktiken seiner Parteifreunde von Kanther bis Koch werden doch nicht dadurch appetitlicher, daß sich nun auch die SPD – wie eine Partei benimmt.

Damit wir uns nicht mißverstehen (was natürlich auch kein Beinbruch wäre ...): Ich halte das Parteienwesen für kein moralisches, sondern für ein strukturelles Problem, soll heißen: Wundern Sie sich bitte nur in Maßen, falls eines Tages auch eine andere Partei – einen Teufel werde ich tun und Namen nennen – in CDUSPD-Probleme geraten sollte. Der Spendenteufel lauert überall.

Da fällt mir doch eben die »ehemalige DDR« ein. Als letztens Lotte Ulbricht hochbetagt starb, wurde ihrer in vielen Blättern gedacht. Der Gedenkartikel im »Neuen Deutschland« war von einer DDR-höfischen Grandezza, daß man gar nicht glauben wollte, daß sein Autor, ehemals Geschichts-Professor, 1989 zu den ersten gehört hatte, die sich an der Humboldt-Universität ihrer Parteifleppen entledigten. Für Ulk sorgte die »Berliner Zeitung«. Der unterlief vor lauter DDR-Ehemaligkeit die Formulierung »die ehemalige Lotte Ulbricht«.

Politik kann eben auch Spaß machen.

Fritz Fiehler:
 Die Gesellschaft der Vermögens-
 besitzer. Über Geld, Chicago und
 Milton Friedman,
 VSA-Verlag Hamburg 2000,
 250 S. (20,40 €)

Obwohl es sich bei diesem Buch »nur« um die überarbeitete Fassung einer Dissertation handelt, stellt es einen bedeutenden Beitrag zur theoretischen Beschreibung des sich in den letzten Jahrzehnten vollzogenen Umbruchs in der Welt des Kapitals dar. Im Kern geht es dabei um den in der bisherigen kritischen Theorie kaum reflektierten Wandel der Gesellschaft von einer Gesellschaft aus Einkommensbeziehern in eine Gesellschaft von Vermögensbesitzern. (Besser wäre es, hier von Vermögens-eigentümern zu sprechen.) Dieser Wandel vollzog sich im wesentlichen im 20. Jahrhundert und impliziert für die Theorie eine nicht unbeträchtliche Akzentverschiebung: Standen bisher die Warenproduktion und der Warenaustausch im Fokus der ökonomischen Analyse, so ist dies jetzt die Vermögenshaltung. Damit verändert sich aber auch der Gegenstand der soziologischen Betrachtung: Stand bisher vor allem der Warenproduzent (Kapitalist und Arbeiter, letzterer als unmittelbarer Produzent) im Mittelpunkt, so ist dies jetzt der Vermögensbesitzer, welcher als »Kassenwart, Investor und Spekulant in einem« erscheint (S. 80). Der Reichtum der Gesellschaft, welcher Marx noch als eine »ungeheure Warensammlung« erschien (1859), tritt uns jetzt als »eine ungeheure Sammlung von Vermögen unterschiedlicher Form« (S. 81) entgegen. Seine Elementarform ist mithin nicht mehr die einzelne Ware, sondern das Vermögen als solches, welches einen wie auch immer gearteten »Zins« abwirft. Der »Besitz von Vermögen« wird damit zur entscheidenden Frage für die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft, das heißt, der Rentier rückt jetzt an die erste Stelle, »Lohnarbeiter und Manager kommen später« (S. 11 f.).

Der Autor geht das Problem nicht von der empirischen Seite an, wie man erwarten könnte, sondern theoretisch, indem er die wichtigsten Texte, die in Reaktion auf die sich

in der Realität vollziehenden Veränderungen veröffentlicht wurden, referiert. Dabei beweist er freilich einen nicht hoch genug einzuschätzenden Kenntnisstand und einen guten Überblick. Trotzdem erhält das Ganze dadurch den Charakter einer Theorie aus »zweiter Hand«, einer Beschreibung eben und nicht den einer schlüssigen Erklärung eines neuen gesellschaftlichen Phänomens, was schade ist, denn eine Reihe von Theoremen und Hypothesen hätte sich durchaus empirisch belegen lassen. Ein Blick in das Literaturverzeichnis zeigt jedoch sofort, welchen Problemen sich der Autor bei der Abfassung des Textes gegenüber sah: Die Fülle an wichtigen Aufsätzen und Büchern läßt sich kaum bewältigen. Im Grunde genommen findet sich hier alles, was in den letzten hundertfünfzig Jahren an wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Werken von Rang veröffentlicht worden ist, zuzüglich einer repräsentativen Auswahl »linker« (alternativer) kapitalismuskritischer Quellen aus den letzten vierzig Jahren. Bei der Darstellung hält sich Fiehler dann jedoch in der Hauptsache an die Großen: Marx, Keynes und Friedman. Nun läßt sich Theorie bekanntlich nicht »theoriefrei« wiedergeben, auch in der Theoriegeschichte nicht. Der Autor muß Position beziehen, und er tut es auch, egal, ob er dies sich und dem Leser eingesteht oder nicht. Im vorliegenden Buch werden die Auffassungen von Keynes und Friedman in der Hauptsache *kritisch* referiert, wodurch sich die Position des Autors in bestimmtem Maße zu erkennen gibt. Ganz entgeht er dem Eklektizismus, vor dem er selbst warnt (S. 17), dadurch aber nicht. Teilweise mag dies der Tatsache geschuldet sein, daß es in der Gegenwart keinen theoretischen Ansatz gibt, der den hier thematisierten Übergang von der Gesellschaft der Einkommensbezieher zu einer modernen Gesellschaft von »Vermögensbesitzern« widerspruchsfrei zu erklären vermag. Am wenigsten kann dies die monetaristische Theorie von Milton Friedman leisten, da sie diesen Übergang unmittelbar reflektiert und ihr somit die theoretische und ideologische Distanz fehlt, um ihn erklären zu können.

Wenn das vorliegende, vor allem Friedman referierende, Buch auch keine hinreichende wissenschaftliche Erklärung für diesen Prozeß liefert, so läßt es sich doch unter verschiede-

nen Aspekten mit Gewinn lesen: als theoriegeschichtliches Resümee der Diskussion der letzten hundert Jahre, als komparative Studie zu Keynes und Friedman mit gelegentlichen Exkursen zu Marx und als kritische Referenz gegenüber Friedman. Letzteres verwundert vielleicht etwas, aber auch die zum Schluß zitierte Absage Modiglianis 1977 an den Monetarismus (»Wir sind heute alle Monetaristen... Keiner ist mehr ein Monetarist.« – S. 230) läßt offen, welches die Konturen des neuen, den Monetarismus schließlich überwindenden Paradigmas eigentlich sind. In der gegenwärtigen Diskussion wird eine Rückkehr zum Keynesianismus hier ebenso für möglich gehalten wie eine neuerliche Symbiose verschiedener Ansätze. Ohne eine tiefere Analyse der sich tatsächlich vollziehenden praktischen Prozesse, zum Beispiel auf dem Gebiet des Geldwesens, wird diese Frage aber wohl kaum zu beantworten sein. Daran aber mangelt es generell, nicht nur in diesem Buch.

ULRICH BUSCH

**Peter Döge, Michael Meuser (Hrsg.):
Männlichkeit und soziale
Ordnung. Neuere Beiträge
zur Geschlechterforschung,
Leske + Budrich Opladen 2001,
239 S. (22,50 €)**

Das hier vorgestellte Buch versteht sich als ein Beitrag zur Geschlechterforschung, in dessen Zentrum vor allem die Frage nach den Konstitutions- und Reproduktionsbedingungen von Männlichkeit steht. Die einzelnen Beiträge stammen aus der soziologischen und politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung und behandeln die geschlechtlichen Dimensionen sozialen Handelns von Männern in verschiedenen sozialen Feldern wie Familie, Politik, Beruf oder Militär. Insbesondere die lebensweltlichen und sozialstrukturellen Hintergründe des vergeschlechtlichten Handelns werden thematisiert; zu diesen Hintergründen zählen beispielsweise homosoziale Gemeinschaften, Milieuzugehörigkeiten und ethnische Herkunft.

Männlichkeitsforschung, so eine Ausgangsthese der Herausgeber, bezieht sich auf die

noch dominierende Seite des Geschlechterverhältnisses und kann einen Beitrag zur Problematik der hegemonialen Position von Männern sowie zur Erschütterung der »Evidenz des Selbstverständlichen« (Bourdieu) liefern. Die Artikel versuchen explizit eine modische Behandlung des Themas »Männlichkeit« zu umgehen und verstehen sich nicht als ein weiteres Produkt auf dem Markt der Männergruppen-, Selbsterfahrungs- oder Betroffenheitsliteratur. Vielmehr wollen sie anhand vertiefter Analysen versuchen, die Horizonte der industrie-, berufs-, militär-, technik-, medien- und migrationssoziologischen Untersuchungen um den Aspekt von Männlichkeit zu erweitern.

Den Auftakt des Buches bildet eine instruktive Einführung über die ideengeschichtliche Entwicklung und die aktuellen Perspektiven der Männlichkeitsforschung von Meuser und Döge. Sowohl politikwissenschaftliche als auch soziologische Klassiker werden bezüglich Geschlechterforschung näher betrachtet und erörtert. Auch »neuere« Forschungen von Bourdieu oder Connell sind Ausgangspunkt einer sich im Aufbau befindenden Männerforschung in der BRD. Die in dem Band versammelten Beiträge legitimieren sich ausgehend von dem dürftigen Systematisierungs- und Entwicklungsgrad einer sozialwissenschaftlichen Männlichkeitsforschung.

Die folgenden zwei Artikel behandeln Männlichkeit und soziale Milieus. So machen Cornelia Koppetsch und Maja S. Maier auf die notwendige Berücksichtigung sozialstruktureller Differenzierungen in der Männlichkeitsforschung aufmerksam und untersuchen in milieuvvergleichender Perspektive die Verhältnisse von kulturellen Leitbildern von Männlichkeit und deren alltagspraktische Normierungen. Welche Ordnungen von heterosexueller Partnerschaft werden von den Paaren ausgehandelt? Wie realisieren sich Partnerschaften in individualisierten, familiären und traditionellen Milieus? Auch der Beitrag von Ralf Bohnsack betrachtet die sozialstrukturellen Differenzierungen, jedoch im Hinblick auf Ethnizität. Er untersucht den geschlechtlichen und ethnischen Habitus von Jugendlichen türkischer Herkunft. Unter der Rubrik Männlichkeitskulturen versammeln sich vier weitere Artikel. Doris Janshen fragt sich, was Männer-

kultur eigentlich ausmacht und untersucht die spezifischen Normen, die zu einer Aufteilung von Machtpositionen unter Männern führen. Dem Militär kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu, weil dort Männern Kompetenzen vermittelt werden, auf denen eine hegemoniale Männerkultur aufbauen kann. Auch Uta Klein behandelt das Militär, allerdings das Israels, das seit seiner Gründung auch die Wehrpflicht für Frauen kennt. In Israel ist das Militär nach Klein eine »rite de passage« zur Männlichkeit und zur homo-sozialen Gemeinschaft unter Männern, in der Kameradschaft zwischen ihnen wichtiger wird als zwischen Männern und Frauen. Rafael Behr untersucht eine andere, traditionell männliche Institution: die Polizei. Die von Behr ausgemachte Kriegermännlichkeit, die dort die vorherrschende Männlichkeitskonstruktion darstellt, bildet seiner Analyse zufolge auch den Referenzpunkt des eigenen Handelns von Polizistinnen. Inwieweit Technikkompetenz immer noch vorwiegend Männern zugeschrieben wird und welche Auswirkungen Männerkonstruktionen wie das »scientific warrior« auf die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik haben, analysiert Peter Döge. In den inhaltlichen Ausrichtungen der staatlich geförderten Forschungen kann man aber nicht nur eine Hierarchisierung zwischen Männern und Frauen erblicken, sondern auch Hierarchisierungen unterschiedlicher Männlichkeiten. Unter der Sektion Mann, Beruf und Familie untersuchen Cornelia Behnke und Renate Liebold die diskursiven Strategien von männlichen Führungskräften, mit denen diese einerseits den wachsenden Unmut der Ehefrauen über das traditionale Familienarrangement und andererseits ihre eigene berufliche Karriere miteinander zu verbinden versuchen. Es wird deutlich, daß die Männer ihr berufliches Engagement nicht zugunsten einer stärkeren Familienorientierung aufgeben möchten. Hannes Ummel weist in einer Fallanalyse nach, wie Krankenpfleger versuchen, ihre geschlechtsuntypische Berufsbiographie in das geschlechtliche Selbstkonzept zu integrieren. Aber selbst wenn die Rahmenbedingungen enttraditionalisiert sind, bestimmen habituelle geschlechtliche Dispositionen das Handeln. So gelingt es auch den Pflegern nicht, geschlechtstypisierende Selbst- und Fremdwahrnehmungen zu überwinden.

Familienpolitik ist nicht nur Mütterpolitik, sondern auch Väterpolitik, so Wiebke Kolbe in ihrem Beitrag über die Vaterschaft in der Sozial- und Familienpolitik in Schweden und Deutschland. Kolbe zeigt in ihrem Vergleich auf, wie Vaterschaft jeweils spezifisch sozial konstruiert wird. In der den Band abschließenden Sektion zu Männern und Medien analysiert Guido Zurstiege sehr instruktiv die historischen Veränderung von Männerbildern – und dadurch auch des Geschlechterverhältnisses – anhand der Werbung. Er zeigt aufgrund von Studien zu Werbeanzeigen der fünfziger, sebziger und neunziger Jahre auf, wie Männerkörper, trotz der häufigen Darstellungen nackter Männer, zunehmend einem kritischen Blick unterworfen werden. Werbung ist aber auch »exklusive Kommunikation« und unterliegt einer »sozialen Ausblendungsregel« (S. 213), da sie lediglich auf diejenigen Männer und Frauen abzielt, die sich den Konsum leisten können. Michael Meuser richtet seinen Blick auf die Männlichkeitsdiskurse in Männerzeitschriften. In diesen wird eine Körperreflexivität propagiert, welche die Männer einer normativen Anpassung an Körperästhetiken unterwirft, die bislang auch für Frauen galten. Andere Perspektiven auf Männlichkeit und Weiblichkeit werden jedoch nicht vermittelt. Zwar ist der Diskurs der Männerzeitschriften mittlerweile reflexiver geworden, der hegemoniale Geschlechterdiskurs wird aber nicht kritisch in Frage gestellt.

Der Band liefert sehr interessante Einblicke in die neuere Männlichkeitsforschung und überzeugt durch seinen klaren Aufbau und die Analysen aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Allerdings mangelt es den Forschungen an einer Einbeziehung der Kategorie des sexuellen Begehrens – wie die Herausgeber auch selber zugeben – und an der Anknüpfung an die Dekonstruktion. Zwar sind Studien zu den gelebten Existenzweisen von Geschlecht immer noch sehr wichtig, aber dennoch wäre eine dekonstruktive Sichtweise auf die Kategorie Geschlecht in diesen Beiträgen notwendig, gerade um nicht wiederum die Geschlechterbinarität festzuschreiben und deren Relationalität zu anderen Kategorien besser zu verdeutlichen. Was die Männlichkeitsforschung benötigt, ist eine grundsätzliche Problematisierung und Genealogie der Kategorie Ge-

schlecht sowie eine grundlegende Kritik des (heterosexuellen) Systems bipolarer Zweigeschlechtlichkeit.

STEPHAN MOEBIUS

Thomas Meyer:
Die humane Revolution.
Plädoyer für eine zivile
Lebenskultur,
Aufbau-Verlag Berlin 2001,
160 S. (15,00 €)

Die sozialen Lebenswelten, in denen sich die unterschiedlichen Menschen im Alltag als Gleiche erleben können, müßten abgesichert werden. Der Autor nennt dies eine kulturelle Gegenkraft gegen die Herrschaft des Augenblicksmenschen, der nur an seine unmittelbaren und eigennützigen Interessen denke. Die Globalisierung der Ökonomie habe in den Institutionen des Staates zu einer Kultur der Zeitlosigkeit geführt, in der nur noch die Gegenwart existiere. Die »großen Ideologien«, wie der Nationalsozialismus und Kommunismus, seien als Lebensentwürfe völlig widerlegt. Ganz im Sinne Sartres präsentiert uns der Autor die verschiedenen Gesellschaftsformen des 20. Jahrhunderts als »Projekte«, »Experimente«, »Entwürfe«, die im »Laboratorium für Großversuche der menschlichen Rasse« entstanden seien. Weder die nationalsozialistische Revolution von 1933, noch die russische Oktoberrevolution von 1917 führt der Autor auf gesellschaftliche Verhältnisse zurück, deren Hunger, Elend und Krieg die Menschen verzweifelt nach menschlichen Orientierungen suchen ließen. Daß sie sich in ihrem Blick auf die Zukunft irrten, war eben nicht Folge eines gescheiterten »Entwurfs«, sondern Unwissenheit über die Ursachen ihres Elends, ihrer Entfremdungen und ihrer Illusionen über die »neue« Zeit. Das Scheitern dieser »großen Ideologien«, so der Autor, sei eine wesentliche Grundlage für die Orientierungslosigkeit der Menschen von heute, die weder an ein Jenseits glauben würden, noch an ein Paradies auf Erden. Diese Orientierungslosigkeit, die sich besonders in der wachsenden Gewaltbereitschaft der Jugend zeige – was Thomas Meyer sehr

plausibel mit vielen Fakten belegt –, müsse durch eine politische Anthropologie bekämpft werden.

Die ungehemmte Vorherrschaft des ökonomischen Kapitals verzehre das »soziale Kapital«, worunter der Autor die Gefährdung von Familie, Schule, Verein und Liebe versteht. Ohne diese Lebenswelten stehe die Zivilisation ständig vor einem Abgrund, der nur durch vehemente Einmischung des Sozialstaates zu verhindern sei. Auschwitz müsse als ständige Möglichkeit der Moderne gesehen werden, wenn sich die Politik aus der Ökonomie und dem Schutz der sozialen Lebenswelten zurückziehe. Er widerspricht Martin Walser, der das Nachdenken über Auschwitz beenden wollte. Meyer will Auschwitz als Mahnmal präsent halten. Ein Mahnmal, das uns an die Folgen des übersteigerten Partikularismus in der Gesellschaft erinnert. »Der Widerspruch zwischen der betriebswirtschaftlichen Rationalität und ihren sozialen Folgen bis hin zur Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verlangt die Zivilisierung des neuen Kapitalismus.«

Zwar dürfe sich die Politik nicht »gegen die Märkte« stellen, sie dürfe aber auch nicht einfach im Fahrwasser des neoliberalen Kurses bloß »für die Märkte« eintreten, sondern müsse vielmehr eine Politik »mit den Märkten« werden.

Was an diesem Kapitalismus neu ist, beschreibt er ausführlich in seinen Reflexionen über die erste und zweite Moderne, den digitalen Kapitalismus und den »Gegenwartsdruck der Medien«, die er für den Rückgang des »Sozialkapitals« im wesentlichen verantwortlich macht. Das Programm, mit dem der Autor, der als Professor für Politikwissenschaft und Leiter der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig ist, diesen superschnellen Kapitalismus zügeln möchte, ist der Appell an die Politik, sie möge anthropologisch werden.

Diesem Buch fehlt eine ontologische Basis, das heißt eine historische Reflexion darüber, was den Menschen denn eigentlich zum Menschen macht, und was ihn an seiner menschlichen Entfaltung hindert. Meyer beschreibt seine politische Anthropologie zwar als zweipolig, einerseits gebunden an die »individuellen menschlichen Grundbedürfnisse«, ande-

rerseits abhängig von den »sozialen Lebenskontexten«, wozu er Zeit für Gespräche, für Liebe und Freundschaft zählt. Doch das erklärt nicht, warum diese zwei Pole so schwierig in Einklang miteinander zu bringen sind. Warum treten Menschen immer heftiger und brutaler gegeneinander in Konkurrenz? Das liegt doch nicht nur daran, wie der Autor unterstellt, daß uns die »Lebensentwürfe« ausgegangen sind. Die Konkurrenz der Menschen hat zwar mit dem Bewußtsein, aber doch wesentlich mit dem Sein der Menschen zu tun. Wer täglich nur von Marktanteilen, Marktkonkurrenz, Umsatz und Wettbewerb lebt, dessen Persönlichkeit paßt sich diesem Pragmatismus leicht an. Für den Autor ist diese Ökonomie eine Art Moloch, den es durch die Politik im Zaum zu halten gelte, um Gerechtigkeit walten zu lassen. Dabei haben wir Menschen diese Ökonomie selbst gemacht. Dieser Ökonomie passen wir uns und unsere Bildung an. Daß diese Ökonomie uns heute nicht als Gattung einigt, wozu die technisierte Arbeit objektiv längst in der Lage wäre, sondern uns ständig mehr als Menschen und Nationen in Konkurrenten oder Kunden verwandelt, können wir nicht Gott oder den Politikern in die Schuhe schieben.

Der Mensch hat als gesellschaftliches Wesen durch seine immer intensivere und technisiertere Arbeit eine Beziehung zur Natur geschaffen, die ihn von dieser mehr und mehr unabhängig macht. Der Mensch schafft mit seiner Arbeit die Grundlage seiner Kultur – Konkurrenz hier, Konkurrenz da.

Thomas Meyer präsentiert mit seiner politischen Anthropologie wenig neue Ideen. Er popularisiert den »kategorischen Imperativ« des Philosophen Kant, nach dem jeder das eigene Handeln als Maßstab für das allgemeine Handeln bewerten sollte und plädiert, ganz im Sinne Albert Schweitzers, für eine zivile Lebenskultur. Schweitzer forderte nach dem Ersten Weltkrieg die Umgestaltung des modernen Staates in den Kulturstaat, dessen Kraft »in der Geistigkeit und im Ethischen« liege. Thomas Meyer, der, im Gegensatz zu Schweitzer, keine religiöse Transzendenz als objektive Perspektive für seine Vision vom »Sozialstaat« zu bieten hat, hinter der sich die Menschen illusionär verwirklichen könnten, deutet die gesellschaftliche Wirklichkeit und

geht an deren objektiven Kategorien, wie die der Arbeit, vorbei. Er entwickelt keine ontologische Analyse, die zur Kritik des Zwecks der gesellschaftlichen Arbeit führen könnte und damit zur Identität des Menschen mit sich selbst. Der Einfluß seiner politischen Anthropologie wird deshalb klein bleiben. Meyers »humanistische Revolution« würde die SPD, in deren Programmkommission er sitzt, nicht nur vom Wähler entfernen, auch der Kanzler wird die anthropologische Politik als untauglich einstufen. Sie taugt nicht, um die Staatsgeschäfte für den »neuen« Kapitalismus gestalten zu können. Der Kanzler hat bereits am Beispiel Lafontaine gezeigt, was er mit Anhängern des Idealismus macht, er isoliert sie als schöngeistige Weltverbesserer, die von der harten Wirklichkeit nichts verstanden haben. So bleibt das Buch eine, sicher gut gemeinte, Absichtserklärung, um ein Stückchen Menschlichkeit zu retten.

JÜRGEN MEIER

Georg Seeblen, Markus Metz: Krieg der Bilder – Bilder des Krieges.

Abhandlung über die Katastrophe
und die mediale Wirklichkeit,
Edition TIAMAT Berlin 2002,
160 S. (14,00 €).

Die Lage ist ernst, aber hoffnungslos. Mit diesen dünnen Worten könnte man das Fazit aus der Lektüre eines neuen Buches von Georg Seeblen über den Krieg der Bilder, die Katastrophe und die mediale Wirklichkeit beschreiben. Zusammen mit dem Journalisten Markus Metz, der zu dem Band einen Text über Planspiele und Testhandlungen des militärischen Informationskrieges der US-Streitkräfte beisteuerte, versucht sich Seeblen an einer übergreifenden Darstellung vom Bild des Krieges in den Medien und den medialen Beschichtigungen des realen Krieges. Äußerer Anlaß der Arbeit war natürlich der Terroranschlag vom 11. September 2001.

Seeblen beginnt zunächst mit einer systematischen Einführung des Zusammenhangs von Katastrophe, Bild, Terror und Krieg. Es geht ihm hier vor allem um die Erfassung des der-

zeitigen Gewaltmechanismus. Ein meta-komplexes System hat sich da der Gesellschaft aufgedrängt, das sich aus drei Komponenten zusammensetzt: aus den Medien, der Relevanz des Krieges und den kaum noch zu trennenden Sphären Politik und Ökonomie. Die drei Systeme verhalten sich mittlerweile nicht mehr hierarchisch zueinander, sondern schieben einander an und schaukeln sich hoch. Zu den Katastrophen, die jedes der drei Systeme schon für sich allein produziert, gesellt sich eine weitere hinzu. Seeblen nennt sie »Resonanzkatastrophe« und meint damit augenscheinlich solche Aktionen wie den Flugzeugangriff auf die USA vom letzten Herbst, aber auch den latenten Staatsterrorismus des Westens sowie die kleinen und mittleren Kriege in den vergangenen Jahren. Ohne die Berücksichtigung eines der drei Systeme wird sich eine gesellschaftspolitische Analyse von Angriff, Terror und Katastrophe nicht bewerkstelligen lassen.

Für Seeblen ist allerdings der 11. September 2001 kein »ground-zero-Datum«, nachdem nun alles, die Welt und wir, anders würde. Das Ganze hat leider System und läuft schon seit längerem so. Verdunkelt wird durch die »Erklärung« der Einzigartigkeit der letzten Katastrophe, daß Terror und Krieg zunächst tendenziell und nun erneut wieder massiv zum legitimen Bestandteil der Politik gehören. Im Kapitalismus wohl gemerkt, das sollte man gut ideologiekritisch wie staatstheoretisch ab und an noch hinzufügen. Daher wurde der sogenannte Krieg gegen den Terror auch vorsorglich auf seine Endlosigkeit hin definiert.

Seeblen schreibt dazu: »Die Antwort auf die visuelle Kriegserklärung ist der ziellose Krieg, einer, der keine Ahnung davon zuläßt, wo denn der mögliche Endpunkt, der Sieg zu finden sei, der den Umschlag zum Frieden bezeichnen würde. Mochte man kurzfristig noch einmal auf die Phantasie von den »chirurgischen Eingriffen« zurückkehren, der »Patient« (unter dem man sich so etwa zwei bis drei Erdteile vorzustellen hat) ist zum Objekt einer Langzeittherapie erklärt worden, bei der man in erster Linie wohl gar nicht mehr nach den Heilungschancen fragen darf. Es ist die Ordnung des Krankenhauses, um die es geht, und die es in Kauf nimmt, daß immer wieder neue Krisen und Krisenherde zu bekämpfen sind.« Kurzum, der neue Krieg wird ein permanenter

werden. Äußerst erschwerend für dessen grundsätzliche Bekämpfung kommt hinzu, daß dieser Krieg nahezu geschichtslos ablaufen will und ohne wirkliche politische Adressaten geführt werden soll. Überhaupt »führen«. Können die High-Tech-Kriege der Zukunft »geführt« werden? Seeblen und Metz bezweifeln das. Die Verselbständigung des Meta-komplexes Medien (Simulation), Krieg (Tod) und Ökonomie (unter bestimmten Bedingungen ebenfalls Simulation oder Tod) kann nur noch bedingt kontrolliert werden. Aus dem Ruder geraten nicht nur ökonomische Parameter, Daten von Kriegszielen oder Wahrnehmungsschleifen nach dem MTV-Muster, sondern gerade die Steuerung der Ebenen Geld, Waffen und Bilder zu einem ideellen »Gesamt-rechner« wird zunehmend erschwert. Die logische Folgerichtigkeit von Handlungen ist nicht mehr gewährleistet. Auf Eins kommt nicht mehr unbedingt Null, sondern vielleicht Null-Null und damit fliegt der angeblich »intelligente« Düsenjet ohne Besatzung nicht mehr nach Kuala-Lumpur, sondern trifft einige tausend Kilometer weiter ein paar ahnungslose Südchinesen. Dafür kann man sich dann bei Lockheed oder Boeing bedanken.

Schon der Anschlag auf das World Trade Center hatte keinen »Autor« (keinen Bekenner). Mehr noch, er hatte keinen »Text«. »Verfasst« war die terroristische »Botschaft« in der »Sprache«, die diese Zivilisation zu ihrer gemacht hat – »Faszination Bild«. Offenbar war die einzige bewußte Orientierung der Terroristen die Tatsache, daß sie mit Sicherheit ins Fernsehen gelangen würden. Das Fernsehmedium aber ist nicht nur politisches Leitmedium, sondern auch ein geschichtsloses Medium. Vermutlich gehören beide Funktionen sogar zusammen. Möglicherweise fällt es deswegen so schwer, gegen die anlaufende Kriegsmaschinerie wirksam zu opponieren, weil sich vor sie die Bildermaschine geschoben hat. Akzeptiert man den Krieg heute und hier widerspruchlos, weil es auf allen Fernsehkanälen sowieso ballert? Oder ist der nachrichtendienstliche Alptraum der Schreckensmeldungen aus aller Welt schon so drückend, daß Passivität und Fatalismus die gute Stube auszufüllen drohen? Unter Umständen beides.

Von politischer Macht sollte aber auch noch gesprochen werden. Es gibt für die permanen-

ten Krieger der westlichen Zivilisation so etwas wie ein mediales worst-case-Szenario. Sie dürfen und sie haben nicht vergessen, daß ein kritischer Fernsehjournalismus mit den Bildern vom realen Krieg das desaströse Vietnam-Abenteuer der USA mit beenden half. Die historische Lehre für die zukünftige Kriegsstrategie muß danach lauten: Wer Kriege durchführen will, der darf vom Endzweck des Todes so wenig wie möglich zeigen. An dieser Vervollständigung eines wahren Medienkrieges als dritter Front neben dem Geschäft und der Vernichtung arbeiten in den USA und den anderen NATO-Ländern ganze Stäbe und Abteilungen. Kosovo und Afghanistan haben die Effizienz ihrer Leistungen schon bewiesen. Wenn die Geschichte auf diese Art und Weise still gestellt wird, dann fällt es schwer, auf vergangene Katastrophen und Kriege irgendwie noch kritisch zu verweisen. Das Hauptargument der Kriegsherren muß dann in der dauernden Behauptung bestehen, die Computerbilder der heutigen Kriege wären »sauber«, weil es die realen Feldzüge angeblich auch wären. Vertraut uns und den Bildern, sagen sie. Dieser Mythos ließe sich eigentlich leicht entziffern, denn selbst, wenn man kaum Kenntnisse von ökonomischen oder politischen Prozessen hat, weiß man doch im Prinzip, daß Kriege immer mit dem Tod verbunden sind und demnach nichts Gutes verheißen. Metz hat in seinem Abschnitt über den »Information War« dann auch aufgezeigt, daß die Legende vom »sauberen« High-Technology-War nur für diejenigen gelten soll, die den Krieg erstens entfesseln, zweitens die technologischen Möglichkeiten dazu haben und die drittens vom Zielgebiet weit genug entfernt sind. Der Anspruch höherer Kriegswirkungen und die Vermeidung eigener Verluste durch Computersteuerung bedeuten für die definierten Ziele (Menschen) damit natürlich nicht weniger Leid und Tod.

Die Idee der gesellschaftlichen Katastrophe war phantasmagorisch in der US-amerikanischen Populärkultur, deren Ursprung im übrigen europäischer Natur ist, schon immer latent vorhanden. Im stärksten Teil des Buches widmet sich Seeßlen schließlich den Auswüchsen der Katastrophenphantasien im US-Kino und findet hinter den vordergründigen und spekulativen Actionkonstellationen der Katastro-

phen- und Science-Fiction-Filme zwei authentische soziale Kerne, die einen Eindruck davon zu vermitteln scheinen, wie brüchig das Selbstverständnis der US-Gesellschaft in Wahrheit ist. In einer Durchsicht der Filme vom Blockbuster bis zum C-Picture klingt nämlich an, daß die USA einerseits Angst haben und andererseits wohl von beträchtlichen Selbstzweifeln geprägt sind. Wahlweise äußert sich dies in den Filmen entweder in dysfunktionalen Gesellschaftszuständen, die nur durch selbstlose Helden im Einklang mit der Gemeinschaft halbwegs wieder gerade gebogen werden können, wobei jedoch eine Schädigung des US-amerikanischen Idylls nicht zu verhindern ist. Oder die Filmstruktur wird paranoid und hysterisch. Sie verfällt ins Chaos, und keine noch so genrespezifische Kinoberuhigung vermag die verlorengegangene Ordnung im Urzustand wiederherzustellen. Nahezu alle Katastrophenfilme aus den USA von [Towering Inferno] über [Blade runner] bis zu den mehr als dümmlichen »Terminator«-Filmen oder [Independence Day] reden von irreparablen Verletzungen.

Der Angstfaktor bezieht sich dabei durchaus auf das unterschwellige Bewußtsein, daß sich der Reichtum der Vereinigten Staaten bestimmt nicht nur aus der mythischen Selbsterklärung von technologischem Willen und eigener Hände Arbeit zusammensetzt. Viele US-Bürger scheinen zu wissen oder wenigstens zu ahnen, warum sie in vielen Teilen der Welt nicht gerade beliebt sind. Ihr Wohlergehen verursacht Kosten, die von außerhalb getragen werden. Das macht Angst. Auf der anderen Seite derselben Medaille liegen die Selbstzweifel. Dann sollte man verschiedentlich die Wahrheit sagen. Wenn Noam Chomsky sozusagen ein wenig das intellektuelle schlechte Gewissen der US-Elite darstellt, dann ist Bruce Willis dazu der Counterpart des white collar im Mainstream-Kino.

Die entscheidende qualitative Neuerung der Katastrophenstruktur im US-Film war in letzter Zeit bereits die Diffusion des Feindbildes, die zunehmend abstrakter werdende Konsistenz der Gefahr für »Gottes eigenes Land«. Filme wie [The Fifth Element] oder [Armageddon] (zweimal Bruce Willis) bekämpfen keine konkreten Gegner mehr, sondern das »schlechthin Böse« als Bedrohung der Erde in

Gestalt schwarzer lebloser Riesenplaneten oder Meteoriten. Auch die Konzepte des »Information War« wollen uns letztendlich glauben machen, abstrakte Ziele zu treffen, hinter denen sich nichts moralisch Verwerfliches mehr verbergen soll. Der Effekt ist eine provozierte Gleichgültigkeit gegenüber den vielen sehr realen Kriegsopfern. Das heißt nach Seeßlen: »Vielleicht gibt es da eine Gleichung zwischen der Realität beziehungsweise Irrealität der Kriegsziele und der Realität bzw. Irrealität des Kriegsbildes. Aber je weniger Adressaten, desto mehr Opfer gibt es, und je virtueller der Krieg, desto gleichgültiger sind sie uns. Ein Krieg, der kein Subjekt und kein Objekt mehr kennt, keine Kriegserklärung und kein Kriegsziel, der hat, nachdem auch ein ›Sieg‹ nicht eigentlich mehr von Bedeutung ist, vor allem eins als Sinn: sich selbst.«

Wie gesagt, die Lage ist hoffnungslos, aber ernst.

PAUL C. MARTIN

**Alexandra Michailowna Kollontai:
Diplomatische Tagebücher
1922-1940 in 2 Bänden,
Akademie-Verlag Moskau 2001,
1072 S.**

Es gibt nur wenige Menschen, deren überragende Größe aus der Verbindung von Intellekt, Gefühl und äußerem Erscheinen hervorgeht. Zu diesen Menschen zählt Alexandra Kollontai, deren 130. Geburtstag und 50. Todestag in diesem Jahr begangen werden.

Alexandra Kollontai wurde am 19. März 1872 in St. Petersburg als Tochter von Michail Domontowitsch in eine alte Gutsherrenfamilie hineingeboren. Sie wuchs in einer Atmosphäre auf, die sich an der europäischen Aufklärung orientierte. Eine große Bibliothek mit russischen und ausländischen Autoren gehörte ebenso dazu wie der Sprach- und Musikunterricht der Mutter, die zweifellos den Ton in der Familie angab. Prägend für die weitere Entwicklung des jungen Mädchens war darüber hinaus der Einfluß des Kindermädchens Maria Strachowa, bei dem sich linke Überzeugungen mit festen Moralprinzipien verbanden.

Ihr erster rebellischer Akt war ihre Ehe. Wie damals üblich, sollte sie eigentlich eine gute Partie machen und früh verheiratet werden. Das abschreckende Beispiel ihrer ältesten Schwester vor Augen, die 19jährig einen gut-situierten Mann von fast 70 Jahren geheiratet hatte, bewog sie zum heftigen Protest. Gegen den Willen der Eltern vermählte sie sich 1893 aus tiefer Leidenschaft mit ihrem Vetter, dem mittellosen Ingenieur Wladimir Kollontai und gebar einen Sohn. Doch die Ehe hielt nicht lange: Sie konnte und wollte sich nicht mit dem Dasein als Mutter und Hausfrau zufrieden geben, begann sich dem aufstrebenden Marxismus zuzuwenden und nahm immer stärkeren Anteil an sozialen Fragen.

Ihr nächster rebellischer Akt richtete sich gegen ihre Ehe. 1898 verließ sie Mann und Kind und ging nach Zürich zum Studium der Nationalökonomie. Damit begann ihr Leben als Berufsrevolutionärin. Sie bereiste mehrere westeuropäische Staaten, um sich mit der Arbeiterbewegung vertraut zu machen und begann publizistisch aktiv zu werden. Georgi Plechanow, Rosa Luxemburg, Laura und Paul Lafargue und Karl Kautsky wurden zu Gesprächspartnern und Weggefährten. Hatte sie sich nach den Auseinandersetzungen in der SDARP 1903 und deren Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki noch nicht entscheiden können, sich einer der beiden Richtungen anzuschließen – zu tief war noch die Verehrung für Plechanow –, so nahm jedoch in den darauffolgenden Jahren die Überzeugung von der Notwendigkeit der Klassenauseinandersetzungen zu und damit ihre Hinwendung zu den Bolschewiki. In Auswertung der Klassenkämpfe um 1905 kam sie zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeiterbewegung ohne eine aktive Beteiligung der Frauen nicht erfolgreich sein kann und begann sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, »daß die Arbeiterbewegung auch die Frauenfrage als eines ihrer Kampfziele in ihr Programm aufnehme«¹. Damit begann sozusagen die Geburtsstunde des Kollontaischen Wirkens für die Befreiung der Frauen – ein Tätigkeitsfeld, dem sie sich unabhängig von ihren konkreten Aufgaben ein Leben lang widmete. Gemeinsam mit Gleichgesinnten eröffnete sie 1907 den ersten Arbeiterinnenklub und bereitete den Ersten Allrussischen Frauenkongreß von 1908 vor. Ihr Referat konnte sie

jedoch nicht mehr selbst halten, es wurde von der Textilarbeiterin Warwara Wolkowa vorgebracht – die Kollontai konnte sich rechtzeitig vor einer drohenden Verhaftung durch die zaristische Polizei durch Flucht ins Ausland retten. Bis zur Februarrevolution 1917 lebte sie als politische Emigrantin in verschiedenen europäischen Ländern und den USA. Hier kam sie mit den führenden Köpfen der internationalen Arbeiterbewegung auf Tagungen und in persönlichen Begegnungen zusammen, wie zum Beispiel August Bebel, Klara Zetkin, Rosa Luxemburg und natürlich Lenin. Gemeinsam mit Klara Zetkin setzte sie sich auf dem Internationalen Sozialistinnenkongreß 1910 für die Einführung eines Internationalen Frauentages ein.

In den Jahren der Emigration war Alexandra Kollontai vorwiegend als sozialdemokratische Journalistin, Lektorin, Agitatorin und unermüdliche Vorkämpferin der proletarischen Frauenbewegung tätig. Dabei bewältigte sie ein fast unvorstellbares Arbeitspensum: So bereiste sie zum Beispiel von Oktober 1915 bis Februar 1916 80 Städte in den USA und hielt 123 Vorträge in vier Sprachen.

Nach der Februarrevolution konnte sie nach Rußland zurückkehren, mischte sich sofort in die revolutionären Handlungen ein, wurde Deputierte des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates und von der Kerenski-Regierung im Sommer verhaftet. Auf Ersuchen von Maxim Gorki kam sie auf Kautionsfrei und war aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes im November 1917 in Petrograd beteiligt. In der Leninschen Regierung wurde sie die weltweit erste Ministerin mit dem Ressort Staatliche Fürsorge. Mit großem Elan widmete sie sich dieser Aufgabe, gleichzeitig rebellierte sie wieder. In den Auseinandersetzungen um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk stand sie auf der Seite der Gegner und legte im März 1918 aus Protest gegen den Vertrag ihr Ministeramt nieder.

Es folgte wieder eine Zeit der Agitations- und Propagandaarbeit, sie reiste durch das Land, widmete sich vor allem der Thematik Sittlichkeit, Moral, Befreiung der Frau und übernahm die Leitung der Frauenabteilung des ZK der KPR(B), gab eine Frauenzeitschrift heraus und organisierte mehrere Frauenkongresse.

Und dann wieder eine Rebellion: Zusammen mit anderen gründete sie die Arbeiteropposition, die sich für verstärkte Beteiligung der Arbeiter an der Gestaltung der Wirtschaft und gegen die Übermacht der Bürokratie aussprach. Auf dem Parteitag der russischen Kommunisten und dem Kongreß der Komintern 1921 erhielten die Anhänger der Arbeiteropposition eine entschiedene Abfuhr, und diesmal gab die Kollontai nach.

Für gewöhnlich endet hier das Interesse an Leben und Tätigkeit von Alexandra Kollontai, was zum Teil auch damit zusammenhängt, daß ihre bisher veröffentlichten autobiographischen Publikationen mit diesem Lebensabschnitt enden.² Um so erfreulicher ist es, daß der nachfolgende Lebensabschnitt, der fast dreißig Jahre währen sollte, nun dokumentiert wird. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung liegen seit Ende des vorigen Jahres die *Diplomatischen Tagebücher 1922-1940*³ der Kollontai in einer zweibändigen Ausgabe vor und vervollkommen so das Bild über das bewegte Leben dieser außergewöhnlichen Frau. Sie war die erste weibliche Spitzendiplomatin der Welt und das für ein Land, das selbst erst um seine völkerrechtliche Anerkennung rang.

Die Besonderheiten der *Diplomatischen Tagebücher* werden von ihr selbst wie folgt charakterisiert: »Ich stütze mich nicht auf Dokumente, und darin liegt der Wert meiner Aufzeichnungen. Ich schreibe darüber, was ich selbst sah, über jene Personen und Eindrücke, die ich persönlich hatte. Ich überprüfe lediglich gelegentlich die Daten, die eventuell bei den Aufzeichnungen verloren gegangen sind. Für die zukünftigen Historiker ist der unmittelbare Eindruck der lebendigen Teilnahme jener Jahre von Interesse. Die Aufgabe zukünftiger Historiker wird es sein, meine Angaben mit den Dokumenten anderer Zeitgenossen zu vergleichen und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.«⁴ Und in der Tat sind ihre *Diplomatischen Tagebücher* sehr vielschichtig. Sie beschreibt in ihnen ihre Tätigkeit in Norwegen, Mexiko und Schweden in den Jahren 1922 bis 1940. Dabei geht sie weit über die Darstellung der »reinen Diplomatie« hinaus: Natur, Geschichte und Kultur der einzelnen Länder und Völker haben ebenso ihren Platz wie die Charakteristika einzelner Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens.

Wie für eine Reihe anderer unbotmäßiger Revolutionäre auch war für sie ihre Abkommandierung in den diplomatischen Dienst eine Art Verbannung. Stalin persönlich sprach sich dafür aus, daß sie nach Kanada gehen sollte, doch England verweigerte die Akkreditierung. Zu skandinavischen Ländern jedoch hatte sie noch von früher vielfältige Kontakte, so daß Norwegen einer Akkreditierung zustimmte. Daß auch die Kollontai sich als verbannt betrachtete, wird aus vielen Auslassungen über die Sowjetunion und ihre damit verbundenen Sehnsüchte und Sorgen deutlich. So oft es ging, nahm sie auch die Gelegenheit wahr, nach Hause zu fahren.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Tagebücher die Frauenthematik, wobei sowohl das Leben der Frauen in den einzelnen Ländern, als auch in der Sowjetunion reflektiert wird. Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Alexandra Kollontai zur Beendigung des Winterkrieges 1939/40 zwischen der Sowjetunion und Finnland. Von den 15 Heften beschäftigt sich ein gesamtes Heft mit diesem Thema.⁵ Ihre diplomatischen Aktivitäten von Schweden aus trugen wesentlich dazu bei, daß der Krieg 1940 beendet werden konnte. Auch hatte sie nicht unwesentlichen Einfluß auf die weitere Haltung Schwedens im Zweiten Weltkrieg.

Die *Diplomatischen Tagebücher* stellen einen ungewöhnlich intimen Blick auf einen hochbrisanten historischen Zeitabschnitt dar. Und bei all dem wird der Zusammenhang zwischen den »großen« und den »kleinen« politischen und diplomatischen Problemen hergestellt. Da werden Gespräche mit Stalin genauso wiedergegeben wie ihre Sorgen darüber, wie sie sich der Kleiderordnung des diplomatischen Protokolls einpassen muß. Sie zeigen, wie eine mutige Frau für den sozialen Fortschritt unter schwierigen Bedingungen gekämpft hat und gestatten gleichzeitig einen Blick auf viele persönliche Probleme und Nöte.

Die Geschichte des Manuskripts erhellt Muchamedshanov⁶. Noch zu Lebzeiten übergab die Kollontai ihren Text an das Marx-Engels-Lenin-Institut (in Moskau) und bestimmte in ihrem Testament, daß die Tagebücher im Jahre 1972, zu ihrem 100. Geburtstag also, veröffentlicht werden sollen. Das Manuskript befand sich im geschlossenen Teil

des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und es führte kein Weg zu seiner Veröffentlichung, weder zu ihrem 100. Geburtstag, noch später. Erst im Zusammenhang mit der Perestrojka wurde der Text zur Veröffentlichung vorbereitet und Teile aus ihm publiziert. Die Ereignisse des Jahres 1991 jedoch machten alle weiteren Vorhaben zunichte. Somit ist die jetzige Edition die erste vollständige Ausgabe der Diplomatischen Tagebücher Alexandra Kollontais und schließt damit eine Lücke sowohl in der Forschung zu ihrem Leben und Werk einerseits und zur Geschichte der sowjetischen Diplomatie andererseits.

Die Tagebücher sind mit umfangreichen Anmerkungen versehen, die historische Persönlichkeiten und Ereignisse erläutern. Ein Personen- und Sachregister fehlt allerdings, das eine sinnvolle Ergänzung des wissenschaftlichen Apparats dargestellt hätte. Eine Vielzahl historischer Fotografien illustrieren anschaulich den flüssig geschriebenen Text.

HELLA HERTZFELDT

- 1 Kollontai, Alexandra (o. J.): Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin, Berlin.
- 2 Vgl. Kollontai, Alexandra (o. J.): Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin, Berlin; Dieselbe (1980): Ich habe viele Leben gelebt..., Berlin.
- 3 Kollontai, A. M. (2001): *Diplomatitscheskije dnevniki 1922-1940 v dvuch tomach*, Moskva.
- 4 Kollontai, A. M. an Mirny, S. M. 17. November 1950, zitiert nach: Muchamedshanov, M. M.: »Exelenz madam Kollontay«, in: Kollontai, A. M. (2001), *Diplomatitscheskije dnevniki 1922-1940*, a. a. O., S. 18 f. (Übersetzung – H.H.).
- 5 Vgl. Kollontai, A. M. (2001): *Diplomatitscheskije dnevniki 1922-1940*, a. a. O., Bd. 2, S. 470 ff.
- 6 Vgl. Muchamedshanov, M. M.: »Exelenz madam Kollontay«, a. a. O., S. 30.

PIERRE BOURDIEU In Favour of a New European Enlightenment

The article documents the lecture Pierre Bourdieu – who died January 23, 2002 – gave at the conference on »Bankwatch – the Counter-Power to the Big Money«, June 17, 2001 in Frankfurt/Main. In his talk he called for the formation of a new European social movement that unites critical scientists and trade unionists as well as activists from non-governmental organisations. It is in this sense that he spoke of a new European Enlightenment, a radical movement that is not against the ›project‹ of the European Union but in favour of a People's United Europe. The European Union should therefore be a multinational structure that brings people closer together, equalising social standards rather than exclusively paving the way for multinational corporations.

ERHARD CROME: Socialism as Policy

How to behave as a left socialist party? – that is one of the main topics of debate for a new party-program for the Party of Democratic Socialism (PDS). The historical disputes between Social-Democracy – in Germany the SPD – and Communism are over. Today the PDS can neither be a traditional communist party nor a traditional social-democratic party. It also cannot even be a party out of the historical ›Marxist‹ mould. It has to rely upon various critical views of society and history – new Marxist ones but also others. After the failure of ›Real Socialism‹, capitalism the world over, is provoking anew the ›social question‹. When one social-theoretically differentiates between ›Gemeinschaft‹ (community) and ›Gesellschaft‹ (society), in accordance with some of the concepts of Ferdinand Tönnies and Peter Ruben, one could arrive at the conclusion: 1989 passed the verdict on communism, as an order of ›Gemeinschaft‹, and not as an order of ›Gesellschaft‹. Socialist policy will become more and more necessary.

JENS FIETJE DWARS: »... on the level of the elites.« An Interview with Karl Schirdewan

Shortly before he died Jens F. Dwars interviewed the 87 years old Karl Schirdewan who was one of the most promising leading party-activists in the Ulbricht-Government in Eastern Germany in the early 1950s. But in 1957 Schirdewan was banned and removed from the communist party elite because of his critical ideas on a ›democratic socialism‹. Nevertheless during the interview it becomes astonishingly clear how firmly Schirdewan had internalised the ›principles‹ of party discipline and political correctness that guided his relations to ›his‹ party throughout all those decades of oppression. In this regard Schirdewan could probably be seen as the archetype of a communist cadre of that time – who fought against the Nazi-Regime, survived Concentration Camps, were unable to prevent their party from becoming ›stalinist‹, but remained true to the party.

VOLKMAR SCHÖNEBURG Sovereignty of the People vs. Federal Constitutional Court

›All state authority emanates from the people‹ – this sentence expresses the ›classical‹ West European formula for the concept of sovereignty of the people. It is the people therefore, as legislative sovereign, that controls particularly the exertion of the state monopoly over the use of force and simultaneously protects human rights. The state machine subordinates itself to the people's legislative sovereignty, which – in turn – subordinates itself to the state's monopoly on use of force. Although the principle of people's sovereignty is embodied in the German Constitution, in this country it lurks only in the shadows. This can be attributed both to the status of this principle in the German Constitution and to the influence of the Federal Constitutional Court, greater than in any other country. In its jurisdiction, this Court has stretched its power to the outer limits of its function of defending and concretising basic constitutional rights and freedoms. Thus, the court has cast itself into the role of a ›super legislator‹. It acts as a political arbitrator creating legislation and even postulates a state's duty to prosecute and punish. Consequently, the court stands out as an example for a shift of authority as the sovereign from the people to the judiciary. The transfer of the basic right of the people to an instrument of the state, or in other words, the predominance of the Federal Constitutional Court in the political system shows that democracy has been substituted by surrogates. Schöneburg concludes by making an appeal for support of all initiatives making use of the people's legislative rights and that are attempting to enhance these rights.

LOTHAR FRITZE: From Conversion to Apostasy

In his article Lothar Fritze tries to explain, how one can become a almost ›religious‹ believer in communism, and then turn away from this ideology. Using the example of Arthur Koestler's self-assessment, it is shown that the main reason for Koestler's ›conversion‹ to communism lay in his strong commitment to justice and a better world. Under the concrete historical circumstances of his youth this idea attained such a strong influence on his way of seeing the world; that he became a really fanatic communist follower. But – as Fritze argues – the preference for radical ›solutions‹ is based also on an incapacity for self-criticism and self-correction.

Redaktion:
Arndt Hopfmann
Jörg Schultz

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im ›rtf‹-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen: Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 2978 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €